5

Bonn, Donnerstag 10. Mai 1962

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Katzer, Kiesinger, Kraske, Krone, Krüger, Lorenz, von Merkatz, Müllenbach, Scheufelen, Schmidt, Stoltenberg, Süsterhenn, Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur Lage. Bericht über die Beratungen der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung der Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Wahlanalyse des Bundesgeschäftsführers. Kulturkongreß 1962.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 18.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, besonders aber Frau Weber. *(Beifall.)* Frau Weber hat nach langer und nicht ungefährlicher Erkrankung ihren ersten Ausgang, soweit ich unterrichtet bin, hier in die Vorstandssitzung gemacht, und zwar in beispielhafter Pflichterfüllung, wie sie ihr eigen ist. Sie hat mir eben gesagt, sie wolle den Tod nicht, und dabei bleibe sie. (*Weber:* Der Tod will mich auch nicht!) Wir wünschen ihr von Herzen Glück zu diesem Lebenswillen, den wir in unserer heutigen Zeit sehr gut gebrauchen können.

Ich darf noch mitteilen, wer sich entschuldigt hat: die Herren Schwarz[1], Seebohm, Dr. Gurk, Johnen, Pferdmenges, Dr. Fay, Dr. Jochmus, Wegmann, Meyers (*Zuruf:* Und Herr Albers, der ist krank.) und Herr Albers. Ich darf mich wohl für bevollmächtigt ansehen, auch Herrn Albers unsere Wünsche zur baldigen Genesung zu übermitteln. Seine Krankheit ist wohl nicht ganz ungefährlich. Es wird ihn sicher freuen, wenn er hört, daß wir hier im Vorstand seiner gedacht haben.

Meine Damen und Herren! Ich war eben einen Augenblick draußen im Flur und hörte das Rauschen der Stimmen hier in diesem Saal. Es kam mir vor – verzeihen Sie, es ist alles andere als eine Herabsetzung – wie das Geräusch von schwärmenden Bienen. *(Bewegung.)* Die Zeiten sind etwas erregt, aber um so ruhiger wollen wir bleiben im Interesse unserer Partei.

Den Vorschlag zur Tagesordnung kennen Sie. Wir sind jederzeit in der Lage, sie zu ändern. Ich denke, wir fangen einmal an. Ich stehe an der Spitze mit einem Bericht zur politischen Lage. Ich würde aber sagen „Bericht zur Lage", nicht aber „Bericht zur politischen Lage"; denn heutzutage ist alles politisch, was man tut oder unterläßt.

1 Werner Schwarz (1900–1982), Landwirt; 1953–1965 MdB (CDU), 1959–1965 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

BERICHT ZUR LAGE

Sie wissen, daß Herr Krone und ich am Montag und Dienstag dieser Woche in Berlin gewesen sind.[2] Wir haben Besprechungen gehabt mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und im Senat. Es hat uns auch der Wunsch nach Berlin geführt, um an der Grabstätte unseres Freundes Jakob Kaiser[3] einige Zeit verweilen zu können, um ihm einen Grabstein – der eine sehr sinnige Darstellung seines ganzen Lebens und Wirkens enthält – zu widmen; es war sehr würdig. Leider machte ein schweres Gewitter unserer Zusammenkunft vorzeitig ein Ende.

Wir haben dann eine Sitzung mit dem Vorstand der CDU von Berlin abgehalten und fanden dort eine sehr temperamentvolle und optimistisch-zuversichtliche Stimmung, über die ich mich sehr gefreut habe. Es war eine Wohltat, gerade bei der Berliner CDU eine Stunde verbringen zu können.

Was das Verhältnis zu dem Senat von Berlin und zu dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, angeht, so habe ich mit ihm ein längeres Gespräch unter sechs Augen gehabt und habe ihm gesagt, wir sollten doch beide nicht davon ausgehen, daß er Sozialdemokrat und ich Christlicher Demokrat sei, sondern davon, daß er als Regierender Bürgermeister von Berlin und ich als Bundeskanzler die Verantwortung für Berlin trügen. Von dem Standpunkt aus sollten wir miteinander verkehren. Sie wissen, daß er glaubt, etwas zurückgesetzt zu sein. Nun, er hat gesagt, damit sei er sehr einverstanden. Ich meine, das ist auch der richtige Standpunkt, um gemeinsam für die Interessen Berlins zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Unsere Zeitungen sind etwas unruhig über gewisse Aussprachen – ich will das Wort „Auseinandersetzung" überhaupt vermeiden – zwischen uns und den Vereinigten Staaten, das heißt der Administration der Vereinigten Staaten, um ganz korrekt zu sein. Sie werden in den heutigen Zeitungen gelesen haben, daß in einer Pressekonferenz Präsident Kennedy selbst gesagt hat, man dürfe nicht übertreiben. Ich habe in Berlin zwei Pressekonferenzen abgehalten.[4] Die eine am ersten Tage hat etwa eineinhalb Stunden und die zweite am zweiten Tage etwa eine Stunde gedauert. Auf der ersten Pressekonferenz sind, wie mir mitgeteilt wurde, rund 200 Journalisten, auf der zweiten Pressekonferenz rund 100 gewesen. Auf dieser zweiten Pressekonferenz, die im Maison de France in Berlin stattfand, waren fast nur Vertreter ausländischer Zeitungen, insbesondere auch östlicher und russischer Zeitungen anwesend, aber nicht von Zeitungen aus der Ostzone. Ich habe in beiden Pressekonferenzen ziemlich ausführlich dargelegt, daß der Verlauf der NATO-Konferenz in Athen[5], die wenige Tage vorher zu Ende gegangen war, außerordentlich

2 Am 7./8. Mai 1962. Vgl. Berichte in BULLETIN vom 9. Mai 1962 S. 719 und 10. Mai S. 726.

3 Jakob Kaiser (geb. 1888), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU), war am 7. Mai 1961 verstorben. – Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 16 Anm. 54.

4 Zu den Pressekonferenzen am 7. und 8. Mai 1962 vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 111 f.; AdG 1962 S. 9851 f.; „Die Welt" vom 9. Mai 1962. – Vgl. Anm. 8.

5 Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen. Kommuniqué in BULLETIN vom 8. Mai 1962 S. 709 f.

befriedigend sei; denn man habe auf dieser NATO-Konferenz – namentlich wenn man zurückdenkt an die NATO-Konferenz, die im Dezember vergangenen Jahres in Paris stattgefunden hat[6] – doch einen erheblichen Fortschritt in der Zusammenarbeit wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren! Ich habe namentlich auf der zweiten Pressekonferenz, wo so viele Leute aus dem Osten waren, insbesondere aus den Satellitenstaaten Sowjetrußlands, sehr nachdrücklich erklärt, daß die freie Welt die Führerschaft der Vereinigten Staaten unbedingt brauche und unbedingt anerkenne. Ich habe dann weiter ziemlich ausführlich gesprochen über die menschliche Seite des Berlin-Problems und der Mauer. Ich war an dem Vortag an der Mauer gewesen und war, wie jedesmal, sehr davon ergriffen. Ich hatte an diesem Mittag auch die kirchlichen Spitzen beider Konfessionen zu einem gemeinsamen Essen eingeladen.[7] Hierbei haben wir uns eingehend unterhalten über die menschliche Seite, und zwar sowohl des Auseinanderreißens von Berlin wie über die menschlichen Tragödien, die sich in der Sowjetzone abspielen. Wir waren uns auch mit den Herren von beiden Konfessionen darüber einig, daß man auf diese menschliche Seite viel mehr als bisher hinweisen müsse, weil in der großen Öffentlichkeit völkerrechtliche oder juristische Fragen oder – was uns Deutsche angeht – nationale Fragen weniger Beachtung finden als die menschliche Seite dieser ganzen Tragödie, die da an 16 bis 17 Millionen Menschen vollzogen wird. Ich meine, meine Ausführungen waren nicht ohne Erfolg und nicht ohne Eindruck.

Ich habe durch Herrn Schröder auch Herrn Rusk in Athen darauf aufmerksam machen lassen, wenn er in seinen Gesprächen mit den Russen mehr auf die menschliche Seite dieses Problems eingehe, dann werde wohl doch eine Erleichterung bei diesen Verhandlungen erzielt. Ich habe nachdrücklich betont – was ich schon früher gesagt habe –, daß wenigstens für mich die Frage der Zone, des Ostsektors von Berlin und Berlins überhaupt nicht in erster Linie eine nationale, sondern eine menschliche Frage ist, daß also das Los der Menschen dort mit das Bedeutungsvollste ist, das wir erleichtern wollen.

Auf dieser Pressekonferenz ging es etwas hitzig zu, namentlich auf der zweiten. Die Temperatur im Saal wurde noch dadurch erhöht, daß der gastgebende Franzose bereits nachmittags um 5 Uhr Veuve Cliquot aus dem Jahre 1953 spendierte. Aber im großen und ganzen sind diese Pressekonferenzen gut verlaufen. Gott sei Dank ist auch alles stenographiert und Präsident Kennedy davon unterrichtet worden, der nun

---

6 Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris. Kommuniqué in BULLETIN vom 19. Dezember 1961 S. 2221 f.

7 Mittagessen am 8. Mai 1962 um 13 Uhr mit Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Generalsuperintendent D. Hans-Martin Helbich, Vizepräsident Prof. D. Dr. Oskar Söhngen, Msgr. Dr. Wolfgang Haendly, Prälat Dr. Maximilian Prange und Msgr. Erich Klausener (Teilnehmerliste in StBKAH 04.13).

seinerseits in seiner gestrigen Pressekonferenz versucht hat, die Meinungsverschiedenheiten, die bestanden haben, beizulegen, indem er sagte, man dürfe die Dinge nicht übertreiben.

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen ist eine gewisse Differenz zwischen den Vereinigten Staaten und uns vorhanden. Ich halte mich für verpflichtet, weil ich Ihnen gegenüber die Verantwortung trage, darauf kurz einzugehen. Ich bitte Sie aber sehr, die Dinge nicht zu übertreiben und namentlich in der Öffentlichkeit möglichst wenig davon zu sprechen. Das State Departement hat uns in einer Note einen ernsten Vertrauensbruch vorgeworfen[8], und zwar hervorgerufen durch Indiskretionen, die von uns begangen sein sollen. Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr schwerwiegender Vorwurf. Aber solange ich Bundeskanzler bin, werde ich nicht zulassen, daß man – gleichgültig wer er ist – dieser Bundesregierung einen ernsten Vertrauensbruch vorwirft. Wenn man das einsteckt, dann bleibt man nicht mehr hundertprozentig verhandlungsfähig. Wir haben eine Untersuchung bei uns angestellt, woher diese Meldungen an die Presse gekommen sind. Das Auswärtige Amt glaubt, langsam der Quelle näherzukommen. Jedenfalls steht fest, daß aus dem Auswärtigen Amt, aus der Botschaft in Washington und auch aus der Besprechung, die über dieses betreffende Papier mit den Vorsitzenden der Fraktionen – von Brentano, Ollenhauer, Mende und Krone, der auch dabei war – stattgefunden hat (*Zuruf:* Und Dollinger!) und Dollinger, kein Vertrauensbruch begangen worden ist. Ich hoffe, daß wir die amerikanische Administration auch davon überzeugen können, daß wir vertrauenswürdig waren über zehn Jahre lang und es auch jetzt sind und daß hier kein Vertrauensbruch begangen wird!

Diese Kontroverse ist eigentlich dasjenige, was am wesentlichsten ist. Daß man über einzelne Punkte der Vorschläge, die gemacht werden, verschiedener Meinung sein kann, ist ohne weiteres klar. Das ergibt sich bei jeder Verhandlung, denn sonst wäre das Wort „Verhandlung" überhaupt nicht mehr am Platze. Darüber braucht keiner verstimmt zu sein, und es ist auch keiner verstimmt. Ich möchte Sie aber bitten, namentlich nachdem Präsident Kennedy in der gestrigen Pressekonferenz diese Erklärung abgegeben hat, nicht mehr über die Sache zu sprechen, auch nicht in der Öffentlichkeit, sondern wir wollen es dem Auswärtigen Amt überlassen, nun weiter festzustellen zu versuchen, wo ein Vertrauensbruch begangen worden ist.

---

8 Am 11. April 1962 hatte Adenauer amerikanische Vorschläge zum Plan einer internationalen Zugangsbehörde für West-Berlin erhalten und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen am 12. April zu einer Besprechung geladen. Am 13./14. April wurden Einzelheiten der Vorschläge veröffentlicht. Daraufhin warf Dean Rusk der Bundesregierung einen Vertrauensbruch vor. Nach Protesten von deutscher Seite räumte Kennedy in einer Pressekonferenz am 9. Mai ein, die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich nur auf Einzelheiten des amerikanischen Vorschlags (AdG 1962 S. 9831 und S. 9852). Vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 106–111; ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 178–185; Auszug aus der Pressekonferenz Kennedys in DzD IV/8,1 S. 494–497.

Ich möchte nun etwas sagen über die Löhne, Preise, Gehälter und Gewinne. Ich muß Ihnen gestehen, wenn man z. B. heute die Zeitungen aufschlägt, dann erschrickt man geradezu über die Entwicklung, die sich da zeigt. Der Vertrag mit der Bauwirtschaft ist nach meiner Meinung kein guter Vertrag.[9] Ich denke nicht an die Unternehmer, sondern an den Staat. Auf der Tagung der Abteilung des DGB, der die Beamten umfaßt, bei der ich am Dienstag war[10], ist die Forderung nach einer nicht unerheblichen Erhöhung der Gehälter, und zwar vom 1. Januar 1962 an, aufrechterhalten worden. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt – und an dem Standpunkt auch festgehalten –, daß wir nicht in der Lage sind, in diesem Jahre eine Erhöhung der Gehälter vorzunehmen, daß wir aber bereit sind, mit den Organisationen über Veränderungen und eventuelle Erhöhungen ab 1. Januar 1963 zu verhandeln.[11] Sie kennen die Schwierigkeiten, die wir mit unserem Haushaltsplan gehabt haben. Sie wissen von diesem großen Defizit. Die Steuereinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres haben sich noch mehr als bisher zugunsten der Länder und zum Nachteil des Bundes entwickelt. Wir stehen also in dieser ganzen Frage „Verteilung der Einnahmen aus den Steuern zwischen Bund und Ländern" vor sehr wichtigen Entscheidungen, die im Laufe dieses Jahres getroffen werden müssen.

Ich weiß nicht, ob es jetzt am Platze ist, auf die Angelegenheit mit dem Volkswagenwerk einzugehen.[12] Ich habe für heute nachmittag um 6 Uhr den Vertreter der Mercedes-Benz[13] und die Herren Berg[14] und Pferdmenges – aber nicht Herrn Nordhoff[15] – zu mir geladen. Herr Erhard wird zuerst sprechen. Ich werde dann versuchen, in dieser ganzen Sache mit den Herren zu einer Verständigung zu kommen. Das Wort „Verständigung" kommt nicht von „verständigen", sondern es ist abgeleitet, daß man den anderen „versteht". *(Heiterkeit.)* Ich hoffe, daß wir dazu kommen und daß es dann gelingen wird, den ganzen Komplex ohne weitere große Aufregungen aus der Welt zu schaffen. Das wäre wohl das beste, was gemacht werden könnte. Ob es gelingen wird, weiß ich nicht. Ich kann es jetzt nicht beurteilen. Ich weiß wohl, daß sich die Herren Berg und Pferdmenges dahin bemühen werden, aber das Ergebnis

---

9 Am 28. April 1962 wurde der Tarifkonflikt im Baugewerbe beendet. Die Tariflöhne wurden rückwirkend zum 1. April 1962 um 6 % angehoben. Vgl. „Bonner Rundschau" vom 30. April 1962 „Streikgefahr in der Bauindustrie gebannt".

10 Vgl. Anm. 2.

11 Eine Erhöhung der Gehälter um 6 % für Angestellte und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes beschloß das Bundeskabinett (gegen die Stimmen der FDP-Minister) am 13. Juni 1962. Der dafür benötigte Mehraufwand für 1962 wurde auf 155 Millionen DM geschätzt (AdG 1962 S. 9913; zu den Tarifverhandlungen im Frühjahr 1962 vgl. auch Koerfer S. 628–635).

12 Das Volkswagenwerk hatte am 1. April 1962 kurz nach dem Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard zum Maßhalten die Autopreise erhöht (AdG 1962 S. 9863).

13 Walter Hitzinger, Robert Pferdmenges und Fritz Berg (Terminkalender). – Walter Hitzinger (1908–1975), 1961–1966 Vorsitzender der Daimler-Benz AG.

14 Fritz Berg (1901–1979), 1949–1971 Präsident des BDI.

15 Heinrich Nordhoff (1899–1968), 1948–1968 Generaldirektor des Volkswagenwerks, seit 1955 Honorarprofessor an der Technischen Universität Braunschweig.

müssen wir abwarten. Ich möchte es Ihnen anheimstellen, ob Sie unter diesen Umständen nicht davon absehen wollen, jetzt hier in eine große Diskussion über diese ganze Frage einzutreten.

Meine Damen und Herren! Wir stehen im Jahr der Landtagswahlen. Am 8. Juli sind die ersten Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen ein Drittel aller Wahlberechtigten der Bundesrepublik umfaßt, so daß also das Ergebnis dieser Wahl nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für unsere gesamte Partei im Hinblick auf die Bundestagswahl 1965 von großer Bedeutung ist. Vielleicht wird einer der Herren aus Nordrhein-Westfalen dazu etwas sagen. Es ist schade, daß weder Herr Johnen noch Herr Meyers hier ist, aber Herr Dufhues ist in der ganzen Sache sehr objektiv; vielleicht werden wir von ihm etwas über die Vorbereitungen der Wahl hören. Das wird uns sicher alle interessieren.

Wir werden dann heute zu sprechen haben über die Arbeit des Herrn Barzel. Es war eine Aufgabe, die außerordentlich schwer war, namentlich bei der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit. Diese Arbeit[16] enthält eine Fülle von Material, das noch in einem anderen Zusammenhang gebraucht werden kann.

Herr Kraske wird über die „Fortführung der Wahlanalyse" sprechen. Er hat auch einige Ausführungen zu machen, die er nur mündlich machen möchte. Wenn wir das Ganze übersehen, dann muß ich sagen, die CDU in Nordrhein und Westfalen hat ein großes Geschenk bekommen – notabene ohne Verdienst, deswegen sage ich „ein Geschenk" –, weil es den Herrn Kühn[17] an der Spitze der Sozialdemokraten sieht. Das ist nach meiner Meinung ein schlagender Beweis dafür, daß im Grunde genommen bei der Sozialdemokratie alles so bleibt, wie es früher gewesen ist, und daß diese ganzen schönen Gewänder, die man sich angelegt hat, eben nur Gewänder sind, die man jederzeit ablegen kann. Herr Kraske wird sicher einen Teil seines Vortrages der Befragung nach der Stimmung in der Öffentlichkeit widmen. Ich möchte dazu nur folgendes bemerken – vielleicht kann Herr Kraske darauf eingehen –: Nach der letzten Umfrage von EMNID „Welche der heutigen Parteien ist Ihnen am sympathischsten?" ergibt sich folgendes Bild:

	SPD	CDU
Februar	35 %	54 %
März	42 %	47 %

Es ist also immerhin ein Emporsteigen der SPD vorhanden. Wenn man sich über die guten Resultate freut, dann muß man auch Kenntnis von den schlechten Resultaten nehmen; obgleich ich nicht glaube, daß diese Befragungen nun hundertprozentige Wahrheitsergebnisse bringen, so sind sie immerhin ein Anhaltspunkt. Und wenn man

16 Vgl. Anm. 49.

17 Heinz Kühn (1912–1992), 1948–1954 und 1962–1979 MdL NW, 1953–1963 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 161 Anm. 40 und EBD. 3 S. 452 Anm. 38.

das sieht, muß man sich die Frage vorlegen, woher kommt plötzlich eine solche Verschlechterung. Ich habe keine Erklärung dafür. Es wird wohl der Mühe wert sein, noch einmal die Gründe zu untersuchen, was dem zugrunde liegt.

Ich habe dann das Ergebnis einer Befragung von Allensbach, die sich auf März und April bezieht. Hier ist aber die Frage anders gestellt worden, und zwar lautet sie: „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?"

Es waren einverstanden

im Februar	47 %
im März	42 %
im April	43 %

Nicht einverstanden waren

im Februar	24 %
im März	26 %
im April	23 %

Die Zahl der Meinungslosen waren

im Februar	29 %
im März	32 %
im April	34 %

Diese Befragungen gehen nicht ganz konform in ihren Ergebnissen. Es sind aber auch verschiedene Fragestellungen. Bei der Frage von Allensbach ist der Bundeskanzler an die Spitze gestellt worden, bei der Frage von EMNID die Partei. Immerhin, das sind die letzten Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, und ich meine, daß sie unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, in die Tagesordnung einzutreten. Im Laufe der Tagesordnung werden wir auf manche Fragen, die ich eben angeschnitten habe, wahrscheinlich noch zurückkommen.

Darf ich Sie zunächst fragen, ob Sie wünschen, daß ich noch über irgend etwas Auskunft geben soll – das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen dann zum Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Beratungen der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung der Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden

Dazu hat Herr Ministerpräsident von Hassel das Wort.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Kieler Parteitag im September 1958 hatte beschlossen, die Landesvorsitzenden zu beauftragen, die

Möglichkeiten für eine Reform der politischen Spitze der Partei zu untersuchen. Die Landesvorsitzenden haben zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer in den Jahren 1958 und 1959 eine Reihe von Sitzungen abgehalten – insbesondere die Sitzung vom 2. Juli 1959 in Berlin – und dabei zu klären versucht, erstens wieweit Reformen an der Spitze der Partei erforderlich sind, zweitens wo die Grenzen der Möglichkeiten von Reformvorstellungen sind.[18] Diese Überlegungen haben ihren Niederschlag gefunden in der Überarbeitung des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanzordnung und der Parteigerichtsordnung. Die Ergebnisse dieser Beratungen – was zunächst das Statut angeht – haben wir durch den 9. Parteitag in Karlsruhe im April 1960 bestätigt. Die Geschäftsordnung hat der Bundesvorstand am 16. September 1959 erlassen, während die Finanzordnung und die Parteigerichtsordnung vom Bund aus am 28. September 1959 beschlossen wurden. In seiner Sitzung vom 7. Februar dieses Jahres hat der Bundesvorstand beschlossen, noch einmal eine Parteireform zu überprüfen. Mit der Vorbereitung dazu wurden die Landesvorsitzenden erneut beauftragt.

Wir haben seinerzeit mit der Parteireform einen Engeren Vorstand geschaffen, ohne aber die eigentliche Spitze mit klaren Zuständigkeiten festzulegen. Deshalb fiel der Vorschlag des Bundesvorstandes vom 7. Februar 1962, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden vom Amt und von der Person her zu wählen, auf fruchtbaren Boden, zumal auch ähnliche Gedanken bereits durch die Landesvorsitzenden in den Jahren 1958 und 1959 eingehend erörtert worden waren.

Der Auftrag des Bundesvorstandes vom 7. Februar an die Landesvorsitzenden lautete, zunächst das Amt eines Geschäftsführenden Vorsitzenden zu schaffen und zum anderen – das war die einheitliche Auffassung – für dieses Amt den westfälischen Landesvorsitzenden und Innenminister Dufhues zu gewinnen.

Die Landesvorsitzenden haben mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer zweimal getagt, nämlich am 16. März und 12. April dieses Jahres.[19] In der ersten Sitzung konzentrierte sich die Diskussion im wesentlichen auf folgende Punkte: Soll die Spitze bestehen aus dem Bundesvorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und vier Stellvertretern oder aus dem Bundesvorsitzenden und vier Stellvertretern, von denen einer durch den Bundesparteitag zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt werden soll? Hierbei ging es insbesondere um die Zusammensetzung des Engeren Vorstandes in konfessioneller Hinsicht. Bei dieser Diskussion machte Herr Dr. Krone den Vorschlag: Ich mache den Platz frei für Josef Hermann Dufhues. – Ich darf im Einverständnis aller Teilnehmer sagen, daß diese Sitzung in einem ausgesprochen guten Geist geführt worden ist.

---

18 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 462 Anm. 59, S. 490 Anm. 81 und Sitzung des Vorstands vom 7. Februar 1962.

19 Vgl. dazu Bericht von Hassel an Adenauer vom 13. April 1962 (ACDP VII-002-017/1).

Bis zur zweiten Sitzung am 12. April tauchte ein neuer Gedanke auf, der früher schon einmal angeklungen war, nämlich anstelle oder zusätzlich des Engeren Vorstandes ein Präsidium zu schaffen. Die Meinung der Mehrheit ging dahin, ein solches Präsidium anstelle des bisherigen Vorstandes vorzusehen. Das Präsidium sollte sich wie folgt zusammensetzen: aus dem a) Bundesvorsitzenden, b) Geschäftsführenden Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, c) vier weiteren Präsidialmitgliedern.

Zu dieser Lösung haben wir uns dann später völlig einheitlich entschieden. Damit haben wir die hervorgehobene Stellung unseres Freundes Dufhues in der Form erreicht, wie es in der Sitzung des Bundesvorstandes vom 7. Februar dargestellt worden ist. Wir haben weiter erreicht, daß Heinrich Krone Mitglied in diesem Präsidium bleibt und daß außerdem unser Freund Erhard eines der vier Präsidialmitglieder wird. Man war sich darüber einig, daß der Geschäftsführende Vorsitzende einen Stellvertreter bekommen soll, und zwar einen evangelischen Freund, so daß die konfessionelle Parität gewahrt ist.

Ich darf also wiederholen: Diese Formulierung, und zwar vom Grundgedanken wie auch von der personellen Seite her, hat in der zweiten Sitzung die einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden gefunden. Die Landesvorsitzenden sind der Auffassung, daß das neu zu schaffende Amt des Geschäftsführenden Vorsitzenden nur dann sinnvoll ist, wenn Herr Dufhues entsprechende Befugnisse erhält. So muß er nach unserer Auffassung die Befugnis haben, anstelle des Bundesvorsitzenden die Parteiarbeit zu leisten. In ihrer Sitzung vom 12. April haben die Landesvorsitzenden – weil diese Arbeit im großen Kreis zu schwierig war – die Herren Dufhues, Dr. Stoltenberg und Dr. Kraske beauftragt, einen genauen Vorschlag zu erarbeiten, wie diese Grundgedanken in unserem Statut zu realisieren seien. Inzwischen verteilt Herr Müllenbach[20] diese von der Organisation erarbeiteten Vorschläge für eine Änderung des Statuts der Bundespartei aufgrund der Beschlüsse der Konferenz der Landesvorsitzenden. Links finden Sie die alte Fassung des Statuts, wie sie der Bundesparteitag in Karlsruhe formuliert hat; rechts steht die neue Fassung nach dem Vorschlag der drei genannten Herren.

Wenn man diesem Grundsatz folgt, so ist es nötig, eine Reihe weiterer Bestimmungen zu ändern; das gilt zunächst für den § 21a, der bisher wie folgt lautet: „Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre." Nunmehr soll er lauten: „Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weitere Mitglieder des Präsidiums. Er kann anstelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Die Wahlen erfolgen jeweils für zwei Jahre." Der Anlaß zu diesem zweiten Absatz ist folgender: Wir wissen nicht, ob auf die Dauer, wenn Konrad Adenauer eines Tages die Führung in der Partei aus der

20 Peter Müllenbach (1919–1995), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 378 Anm. 121.

Hand legt, die jetzt gefundene Konstruktion die endgültige sein wird, oder ob man nicht doch dann zu einer anderen Konstruktion kommen muß.

§ 23 lautet bisher: „Fällt einer der fünf Vorsitzenden während der Wahldauer aus, dann kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist." Jetzt soll er folgende Fassung erhalten: „Fällt einer der Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied des Präsidiums während der Wahldauer aus, kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist."

Adenauer: Ich muß einen Einwand machen. Hier heißt es jetzt „Wahldauer". Das ist doch falsch. Es muß „Amtszeit" oder „Wahlperiode" heißen.

Von Hassel: Diese Formulierung haben die Herren aus der alten Fassung abgeschrieben; der Fehler liegt also in der alten Satzung.

§ 24 lautet in der alten Fassung: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er innerhalb von vier Wochen einberufen werden. Alle sechs Monate muß eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden." Er soll nunmehr wie folgt geändert werden: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorsitzenden oder den Geschäftsführenden Vorsitzenden einberufen. Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er innerhalb von vier Wochen einberufen werden. Alle sechs Monate muß eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden."

§ 25 hatte bisher folgende Fassung: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

a) dem Vorsitzenden,
b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,
c) dem Bundesschatzmeister,
d) dem Bundesgeschäftsführer,
e) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
f) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
g) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
h) den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, soweit sie der CDU angehören,
i) 15 weiteren Mitgliedern."

Er soll nunmehr wie folgt formuliert werden: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. dem Präsidium; ihm gehören an: der Bundesvorsitzende, der Geschäftsführende Vorsitzende, dessen Stellvertreter, vier weitere Mitglieder. Im Falle des § 21a 2 besteht das Präsidium aus: dem Bundesvorsitzenden, einem ersten Stellvertreter, einem zweiten Stellvertreter, vier weiteren Mitgliedern.
2. folgenden weiteren Mitgliedern:
   a) dem Bundesschatzmeister,
   b) dem Bundesgeschäftsführer,

c) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
d) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
e) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
f) den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, soweit sie der CDU angehören,
g) 15 nach § 23 b vom Bundesausschuß gewählten Mitgliedern."

§ 26 lautet bisher wie folgt: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Er wählt aus seiner Mitte einen Engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der Engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich." Nunmehr soll er lauten: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Das Präsidium vertritt die Bundespartei gerichtlich und außergerichtlich. Der Geschäftsführende Vorsitzende führt die Geschäfte der Partei. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich." Der Passus: „Er wählt aus seiner Mitte einen Engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der Engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten," entfällt durch die Konstruktion des Präsidiums.

§ 27 lautet in der alten Fassung: „Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Der Engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen; auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern ist er innerhalb einer Woche einzuberufen." Als neue Formulierung wird vorgeschlagen: „Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden oder den Geschäftsführenden Vorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Das Präsidium tritt mindestens einmal im Monat zusammen."

Aufgrund eines Rechtsgutachtens, das im Auftrage des Bundesschatzmeisters Rechtsanwalt Benda[21] MdB vorgelegt hat, werden außerdem folgende Satzungsergänzungen vorgeschlagen:

Zu § 26: „Der Bundesvorstand darf keine Verbindlichkeiten eingehen, durch die die Mitglieder mit ihrem persönlichen Vermögen verpflichtet werden. Für rechtsgeschäftliche Verpflichtungen der Partei haften die Mitglieder gesamtschuldnerisch nur mit dem Parteivermögen. Aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen der Partei einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde nur für Vorsatz. Handeln mehrere, so haften sie gemäß Satz 1 als Gesamtschuldner. Im Innenverhältnis haftet

21 Dr. Ernst Benda (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1955–1957 MdA Berlin, 1957–1971 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister des Innern, 1971–1984 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1984 o. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg i.Br.

die Bundespartei für Verbindlichkeiten eines nachgeordneten Verbandes nur, wenn sie dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat."

Zu § 31: „Der Bundesvorstand kann treuhänderisch über das Parteivermögen verfügen, soweit dieses nicht besonderen Vermögensträgern übertragen ist. Er kann insbesondere Parteivermögen an die besonderen Vermögensträger übertragen."

Ich würde anregen, die Paragraphen 26 und 31 zunächst auszuklammern, weil darüber nachher der Bundesschatzmeister noch berichten wird. Diese Fragen haben mit der Parteireform an sich nichts zu tun.

Adenauer: Ich danke dem Herrn Kollegen von Hassel, den Landesvorsitzenden und ihren Stellvertretern für die Arbeit, die sie geleistet haben. Ich möchte mir eine Frage erlauben. Soviel ich weiß, hat der Vorsitzende der Fraktion mehrere Stellvertreter. Hier steht aber in § 25 unter 2c: „dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter". (*Von Hassel:* Wir wollen nur zwei haben! – *Krone:* Es müßte heißen: „und einem seiner Stellvertreter"!) Dann wird es also dem Vorstand oder dem Vorsitzenden der Fraktion überlassen, zu sagen, welcher von seinen Vertretern genommen wird. Ist das der Sinn dieser Bestimmung?

Von Hassel: Jawohl, es war die Überlegung, zwei Stellvertreter aus konfessionellen Gründen vorzusehen. Deshalb muß es heißen „und einem seiner Stellverteter". (*Dufhues:* „Durch einen vom Vorstand der Fraktion benannten Vertreter" ist eine unbestimmte Fassung.) Ein Landesvorsitzender kann sich vertreten lassen.

Adenauer: Ich würde doch vorschlagen, was Herr Dufhues meint; denn eine Fraktion ist ein gefährliches Ding. (*Dufhues:* Ich schlage vor „und einem vom Vorstand der Fraktion benannten Vertreter".) Sie meinen, einen von den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden? (*Kraske:* Ich würde sagen „und einem seiner Stellvertreter, der vom Vorstand der Fraktion benannt wird".) Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Zum § 26! Die Sozialausschüsse haben sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Frage beschäftigt und festgestellt, daß der Auftrag, den die Landesvorsitzenden hierbei hatten, eigentlich sehr weitgehend ausgelegt wird, wenn der Engere Vorstand ganz wegfallen soll. Wir hatten den Landesvorsitzenden den Auftrag gegeben, im Grunde die Frage des Geschäftsführenden Vorsitzenden zu prüfen und seinen Einbau in der Satzung vorzusehen. Nunmehr stellen wir aber fest, daß der bisherige Engere Vorstand ganz gestrichen worden ist und statt dessen die Zahl der Stellvertreter erhöht wurde, was man nunmehr das Präsidium nennt.

Wir sind der Meinung, daß es nicht gut ist, wenn der Engere Vorstand ganz wegfällt, da das Präsidium in der jetzigen Zusammensetzung überwiegend mit Ministern besetzt ist, die beruflich außergewöhnlich stark in Anspruch genommen worden sind, so daß praktisch Herr Dufhues mit einem Herrn oder höchstens zwei Herren im Präsidium die Entscheidungen treffen würde, und danach käme dann direkt dieser große Bundesvorstand. Wir sind der Auffassung, daß es sinnvoller ist, den Engeren Vorstand im Interesse der wirksamen Fortführung der Geschäfte durch Herrn Dufhues zu belassen. Deshalb würde ich bitten, dem Vorschlag der Sozialausschüsse Rechnung zu tragen.

Von Hassel: Über diese Frage ist sehr eingehend gesprochen worden. Im Jahre 1959 neigte man dazu, eine Straffung in der Parteispitze herbeizuführen. Als einen gewissen Ausweg dafür hat man damals den Engeren Vorstand vorgesehen. Ich möchte fast sagen, heute finden wir wieder zu den Überlegungen von damals zurück. Die Landesvorsitzenden haben sich zu dieser Konstruktion des Präsidiums bekannt, und niemand wollte diesen Engeren Vorstand bestehen lassen. Aber der Bundesvorstand hier entscheidet darüber, was dem Parteitag vorgeschlagen wird. Wir waren jedenfalls der Auffassung, daß der Engere Vorstand die Arbeit nicht erleichtert, sondern daß er eher etwas schwerfällig ist. Ich kann nur das wiedergeben, was die Landesvorsitzenden gesagt haben. Deshalb bitte ich einen der Herren, aufzustehen und mir zu helfen.

Dufhues: Abgesehen von der Fülle der Organisationen, die wir hätten, wenn der Engere Vorstand bestehen bliebe, haben sich folgende Bedenken herausgestellt. Irgendwo müssen die Kompetenzen abgegrenzt und klargestellt werden, welche Funktionen die einzelnen Gremien haben. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich wäre, derartige Abgrenzungen vorzunehmen, wenn wir noch einen Engeren Vorstand bestehen ließen. Denn dann überschneiden sich die Kompetenzen, und damit wäre nicht eine klare Verantwortung, sondern eher eine gewisse Ratlosigkeit gegeben. Diese Chance wollten wir niemandem geben. Das war der zweite Grund bei den Überlegungen, die in der Landesvorsitzendenkonferenz angestellt worden sind.

Zimmer: Seit dem Bundesparteitag in Goslar haben wir immer wieder in Perioden die Spitze der Partei organisiert. Es wurden verschiedene Pläne beschlossen und durchgeführt. Heute haben wir wieder einen neuen Plan vorliegen, dem ich an sich in seinem Inhalt zustimme; aber ich möchte fragen, was haben Sie denn alles geprüft? Glauben Sie, daß diese Formulierung nicht zu sehr eine Ad-hoc-Formulierung ist und vielleicht bei der nächsten passenden Gelegenheit wieder durch eine neue ersetzt werden muß? Hoffentlich ist das nicht der Fall, sonst warne ich davor, immer wieder nach dem Ablauf von zwei oder drei Parteitagen zu neuen Organisationsformen kommen zu wollen. (*Adenauer:* Warum denn nicht?) Ich frage ja, ob Sie glauben, daß man es so machen soll. (*Von Hassel:* Der zweite Abschnitt nimmt das doch vorweg.) Muß denn der zweite Abschnitt sein? (*Dufhues:* Sonst wäre es ja eine Ad-hoc-Lösung.) Ich habe ja nur die Frage gestellt. Aber meine Sorgen erschöpfen sich nicht mit den Fragen der Organisation.

Fricke: Ich will nicht auf die Frage des Kollegen Zimmer eingehen; darüber könnte man sehr lange reden. Ich bin aber der Meinung, daß es nicht auf die Organisation so oder so ankommt – wobei ich aber gegen fortlaufende Änderungen Bedenken hätte –, sondern es kommt im wesentlichen darauf an, ob der Wille zur Zusammenarbeit und zur Leistung vorhanden ist.

Ich möchte aber etwas sagen zu unserem Freund Katzer. Ich meine, ein überzeugendes Argument dafür, daß wir uns diese Auflösung der Konstruktion des Engeren Vorstandes überlegt haben, ist doch einfach damit gegeben, daß ein Großteil derer, die sich an den Beratungen beteiligten, selbst Mitglieder dieses Engeren Vorstandes

sind. Da wir im allgemeinen auf Einnahmen und Kosten bedacht sind, haben wir uns etwas gedacht, als wir vorgeschlagen haben, diesen Engeren Vorstand aufzuheben. Der Engere Vorstand hat nach meiner Erinnerung nur zwei- oder dreimal getagt.[22] Und wenn Dinge zur Diskussion stehen, die von besonderer Wichtigkeit sind, sollte dieser Bundesvorstand einberufen werden.

Katzer: Herr Dr. Fricke, Sie sagen, der Engere Vorstand habe nur zwei- oder dreimal getagt. – Das ist doch schon nach der Satzung unzulässig; denn darin heißt es: „Der Engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen." Wenn wir also von Ihrem Argument ausgehen, dann können wir den ganzen Vorstand auflösen. Denn nach der Satzung haben wir auch nicht die entsprechenden Tagungen des Bundesvorstandes abgehalten, vom Bundesparteiausschuß ganz zu schweigen!

Ich darf also nochmals sagen, dieses Argument zieht nicht. Es zieht auch nicht das, was Herr Dufhues gesagt hat: Es überzeugt mich auch nicht! Ich bin nicht des Glaubens, daß dieses Präsidium in dieser Zusammensetzung in der Lage ist, in den monatlich vorgesehenen Sitzungen des Präsidiums die jeweils anstehenden Fragen entscheiden zu können, weil nicht alle Sachgebiete entsprechend vertreten sind. Ich möchte also meinen, Herr Dufhues, daß es gerade in Ihrem Interesse außerordentlich wichtig wäre, wenn Sie sachgerecht beraten würden, damit nicht Entscheidungen fallen, die nachher vom Bundesvorstand nicht bejaht werden oder die zu irgendwelchen Diskussionen in der Partei führen können.

Adenauer: Darf ich mir auch eine Bemerkung erlauben! Bisher hat sich der Vorstand vornehmlich beschäftigt mit den Angelegenheiten der Bundespolitik, und zwar aus Gründen, die in der Sache selbst lagen und weil ein Problem schnell dem anderen folgt. Dabei hat der Vorstand der Bundestagsfraktion einen sehr großen Spielraum überlassen, was ich auch für richtig gehalten habe.

Aber der Bundesvorstand wird sich in Zukunft auch mehr beschäftigen müssen mit den Vorgängen in den Landesparteien und in den Ländern. Denn es ist auf die Dauer unmöglich, daß der Bundesvorstand nicht auch damit beschäftigt wird, weil doch die Partei zusammenhängen muß in allen ihren Funktionen.

Bei der Überlegung zu dieser Bestimmung sollte man also auch daran denken, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo sich der Bundesvorstand mehr mit den Vorgängen der Landesparteien beschäftigen muß. Dann muß er allerdings gut besetzt sein. (*Krone:* Diese Konstruktion erfordert, daß der Bundesvorstand öfter als bisher zusammentritt. – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Zustimmung.*) Herr Katzer stellen Sie einen Antrag?

Katzer: Ich möchte den Antrag stellen, es bei dem bisherigen Engeren Vorstand zu belassen.

Scheufelen: Wir haben bisher immer bedauert, daß die Funktion unserer Partei nicht so geklappt hat, wie wir uns das gedacht hatten. Das kam daher, daß wir bei unserer Organisation zu viel Repräsentation hatten. Was wir hier wollen, ist doch,

---

22 Tagungen des Engeren Vorstandes fanden statt am 6. Juli 1960 (PROTOKOLLE 3 S. 700–734) und am 7. Februar 1962 (Nr. 3a).

dieses Funktionelle in Ordnung zu bringen. Deswegen erscheint mir der Vorschlag mit dem Präsidium logischer zu sein. Außerdem spricht gegen den Engeren Vorstand einfach der Tatbestand, daß er nur dreimal getagt hat, obwohl er nach der Satzung auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern innerhalb einer Woche hätte einberufen werden können.

Aus allen diesen Gründen hat offensichtlich keine Notwendigkeit bestanden, den Engeren Vorstand funktionsfähig zu machen. Das ist der zwingende Beweis dafür, daß er keine Daseinsberechtigung mehr hat.

Adenauer: Wir kommen zur Abstimmung. Sind sich alle darüber klar, worüber abgestimmt wird? Herr Katzer hat beantragt, zu beschließen, daß der Engere Vorstand bestehen bleibt und hier wieder eingeordnet wird. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, eine Hand zu erheben, – und diejenigen, die dagegen sind! – Das Letzte ist die große Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung darüber, ob dem Bundesparteitag in Dortmund diese Vorschläge in dieser Form gemacht werden sollen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben, – und diejenigen, die dagegen sind! – Einstimmig angenommen!

Burgbacher: Wäre es nicht möglich, jetzt noch die anderen Änderungen zu behandeln? Als Bundesschatzmeister habe ich natürlich die Frage, wer haftet, wenn Schulden entstehen? Nach der bestehenden Rechtslage haftet jeder von Ihnen an diesem Tisch voll für die Verbindlichkeiten der Partei. Das scheint mir schlecht zumutbar zu sein. Deshalb schlagen wir Ihnen die vorliegende Satzungsänderung vor. Ich darf auf die Verlesung verzichten. Wir möchten also um Ihre Zustimmung bitten. (*Adenauer:* Ist das rechtlich alles einwandfrei?) Wir haben es uns überlegt, Herr Bundeskanzler, und Herr Kollege Rechtsanwalt Benda hat mit großer Gründlichkeit die Frage geprüft und uns ein Gutachten vorgelegt. Und das ist das Ergebnis.

Adenauer: Dann fahre ich fort zu fragen; denn ich habe auch einmal Jura studiert. Es heißt im § 26 2. Absatz: „Für rechtsgeschäftliche Verpflichtungen der Partei haften die Mitglieder gesamtschuldnerisch nur mit dem Parteivermögen." (*Etzel:* Kann man das ausschließen?)

Burgbacher: Das ist in der Tat der neuralgische Punkt, aber ohne das ist es noch schlimmer. *(Lebhafte Unruhe.)* Wir sind sozusagen im gewissen verpflichtet ... *(Anhaltende starke Unruhe.)* Darf ich um Ihr Gehör bitten, meine Damen und Herren!

Adenauer: Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren! Das ist doch für Sie alle von Bedeutung.

Burgbacher: Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Wenn Sie das beschlossen haben, wird die Geschäftsstelle bei der Erteilung von Aufträgen und beim Eingehen von Verbindlichkeiten immer Bedingungen stellen, in denen das ausdrücklich niedergelegt ist. (*Anhaltende lebhafte Unruhe. – Etzel:* Ich kann es im Augenblick nicht übersehen, aber es soll durch eine Eintragung im Register die Haftung des Vorstandes eingeschränkt werden.)

Krone: Nach dem Gutachten von Benda läßt sich die Haftung nur dann nicht ausschließen, wenn ein Fall von Fahrlässigkeit vorliegt. Und dieser Fall ist hier ausdrücklich ausgenommen. In allen übrigen Fällen läßt sich die Haftung ausschließen bzw. auf das Vermögen der Partei beschränken, wie es im Statut festgelegt ist. Wenn denjenigen, die Forderungen an die Partei haben, eine Möglichkeit gegeben wird, von dieser Bestimmung Kenntnis zu geben, dann entspricht das offenbar den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. (*Zuruf:* Hier steht doch „Vorsatz"!) Entschuldigung, es muß „Vorsatz" heißen.

Adenauer: Ich wende mich an die berufsmäßigen Juristen. Hat unsere Partei die Rechtsverbindlichkeit? (*Dufhues:* Sie ist ein nicht eingetragener Verein.) Das ist eine faule Sache! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ist es z. B. fahrlässig, wenn der Bundesgeschäftsführer etwas bestellt und er kein Geld hat? (*Etzel:* Die Frage ist, was ist Vorsatz dabei?)

Dufhues: Bei diesem Vorschlag kann es sich nur um eine Übergangsregelung handeln. Wir sollten anstreben, daß die Bundespartei eines Tages ein eingetragener Verein wird. Damit erreichen wir auch eine größere Verhandlungsfähigkeit bei politischen Prozessen, während bei der gegenwärtigen Situation sich alle Mitglieder der Bundespartei daran beteiligen müssen. *(Anhaltende starke Unruhe.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich Sie noch einmal bitten, doch zuzuhören. Das ist doch für Sie alle sehr wichtig.

Dufhues: Das Ziel muß sein zu erreichen, daß die Bundespartei als rechtlich eingetragener Verein handlungsfähig wird. Für eine Übergangszeit ist das eine etwas schwerfällige, aber doch gangbare Lösung. Es können natürlich Bedenken geltend gemacht werden. Naturgemäß müssen alle, die für die Partei handeln, darauf achten, daß sie eine Haftung nur für das Parteivermögen übernehmen; sonst ist nur eine interne Bestimmung für die Vorstandsmitglieder verpflichtend, auf die wir uns aber nicht berufen können, wenn einer Geschäfte im Vertrauen mit uns macht. *(Anhaltende Unruhe.)*

Adenauer: Bitte hören Sie doch endlich zu! Eine Partei muß eine gute finanzielle und Rechtsbasis haben, sonst kann ein großes Unglück passieren. Wie die Dinge bisher sind, stehen wir alle mit einem Fuß im oder – sagen wir besser – neben dem Gefängnis. *(Bewegung und Unruhe.)* Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe! Jetzt bekommen wir durch den Haushaltsplan des Bundes so viel Geld, daß wir die Partei in einem gewissen Umfang wenigstens finanziell sichern können. Und weil wir das bekommen, sollte man diesen nicht gerade sehr wohlgefällig klingenden Ersatz der Regelung in Kauf nehmen, bis wir das Geld vom Bund bekommen, um dann die Rechtspersönlichkeit zu erstreben und die Vermögens- und Geldfrage in Ordnung zu bringen.

Etzel: Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, wir sollten die Rechtspersönlichkeit sofort anstreben; denn damit lösen wir diese Frage. Das ist ja nicht abhängig vom Geld, wie Sie meinen. Es wird keine juristische Person im Sinne des GmbH-Gesetzes gemacht.

Adenauer: Ich vermute, wir haben Schulden. (*Etzel:* Ja!) Sie sagen so vergnügt „Ja"! Wenn wir uns aber umwandeln, müssen wir doch vorher die Schuldenfrage klären. (*Etzel:* Wir müssen beides tun! – *Burgbacher:* Nacheinander.)

Von Hassel: Wir haben uns über die Frage der Rechtsfähigkeit der Partei im Jahre 1959 lange unterhalten.[23] Aber ich bin nicht in der Lage zu sagen, was nun dafür und dagegen sprach. Es war aber so, daß man diese Frage zunächst offenhalten sollte. Vielleicht können wir einige Herren damit beauftragen, dieses Thema zu Ende zu diskutieren.

Kraske: Zu dem Vorschlag von Herrn Etzel möchte ich zweierlei sagen: Ist im Parteiengesetz vorgesehen, den Parteien die Rechtsfähigkeit zu geben?[24] Die Lösung eines eingetragenen Vereins ist bei der Struktur der CDU für die Bundespartei außerordentlich schwierig, weil es im Gegensatz zu den Kreisverbänden in der Bundespartei keine Einzelmitgliedschaft gibt. Man kann in der CDU nur Mitglied eines Kreisverbandes werden, aber nicht der Bundespartei.

Die Frage ist also, wer Mitglied dieser e.V. Bundespartei sein soll. Es ist aber sicher nicht zu lösen auf der Basis des eingetragenen Vereins. Das ist früher geprüft worden, aber es hat sich als ungeheuer kompliziert erwiesen, zumal bei solchen Geschäften sämtliche Unterschriften beigebracht werden müßten.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, daß der Vorstand die Bundesgeschäftsstelle oder ein Mitglied des Vorstandes beauftragt, diese Frage zu prüfen, und zwar im Zusammenhang mit dem Parteiengesetz. Wir wollen für die Übergangszeit erreichen, daß eine Haftungsbeschränkung im juristisch möglichen Umfang eintritt.

Adenauer: Es ist wohl jeder dafür, heute keinen Beschluß zu fassen, sondern die Sache zu vertagen.

Dufhues: Herr Bundeskanzler, es geht nur um die Übergangslösung. Wenn wir ein rechtsfähiger Verein sind, brauchen wir diese Regelung nicht mehr. Der Übergang bereitet uns keine Sorge, weil wir in andere Verhältnisse kommen. Aus diesem Grund habe ich keine Bedenken, unsere Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes auszuklammern.

Adenauer: Jetzt bekommen die Parteien vom Bund Geld. Der Rechnungshof wird prüfen, an wen das Geld auszuzahlen ist. (*Dufhues:* Die Gewerkschaften sind auch zum Teil nicht rechtsfähige Vereine.)

Von Merkatz: Ich wehre mich gegen eine Vertagung dieser provisorischen Schutzbestimmung. Was der Kollege Benda ausgearbeitet hat, entspricht der neuerlichen Rechtsprechung in bezug auf die nicht rechtskräftigen Vereine. Die Frage, wie die CDU bei ihrer Struktur zu einem rechtsfähigen Verein gemacht werden soll, bedarf einer sofortigen Überlegung. Denn allein die Tatsache, daß die Gesamtpartei als rechtsfähig bezeichnet wird, würde hinsichtlich der Haftung nicht viel aussagen. Wenn z. B. ein Kreisverband große Verbindlichkeiten eingeht, ist nach der Lage,

23 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 426–437, passim.
24 Zum Parteiengesetz vgl. PROTOKOLLE 3 S. 534 Anm. 12.

auch wenn die Gesamtpartei Rechtsfähigkeit hat, wahrscheinlich ein Mitglied dieses Kreisverbandes in Anspruch zu nehmen. Ich bin dafür, es genau durchzusprechen.

Fricke: Ich melde Bedenken an – verzeihen Sie, Herr von Merkatz, wenn ich widerspreche. Wenn ich von Herrn Dufhues höre, daß wir auf dem Wege sind, damit fertig zu werden und es sich nur um eine Übergangsperiode handelt, meine ich, macht das keinen guten Eindruck. Für die CDU Niedersachsen würde ich die Haftung stets in vollem Umfang übernehmen. *(Bewegung und Heiterkeit.)*

Kraske: Wir haben noch vor dem Bundesparteitag in Dortmund eine Sitzung des Bundesvorstandes. Wir könnten bis dahin mit Herrn Benda die Sache noch einmal prüfen und dann dem Vorstand darüber berichten. Wenn dann der Bundesvorstand zu einem positiven Ergebnis kommt und das dem Bundesparteitag vorlegt, wird sich der Parteitag wohl anschließen, so daß es keiner langen Vorbereitung mehr dazu bedarf.

Adenauer: Ich glaube, damit sind Sie wohl alle einverstanden. – Es darf nur keine Vertagung ad calendas graecas geben. Die Sache wird also am Vorabend der Eröffnung des Parteitages erledigt. Damit kommen wir zum Punkt 3. der Tagesordnung:

Bundesparteitag 1962

Das Wort dazu hat Herr Dufhues.

Dufhues: Der Bundesvorstand und die Konferenz der Landesvorsitzenden haben eine Kommission beauftragt, sich Gedanken über den Ablauf des Bundesparteitages in der Zeit vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund[25] zu machen. Ich will auf die Einzelheiten, insbesondere auf die äußeren Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag stehen, nicht näher eingehen. Die intensiven Vorarbeiten der Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Dortmund sind soweit gediehen, daß mit einem guten und wirksamen Ablauf zu rechnen ist.

Im Zusammenhang mit dem Parteitag soll eine große Kundgebung in der großen Westfalenhalle stattfinden, die etwa zwei Stunden dauern soll. Als Redner sind vorgesehen Bundeskanzler Dr. Adenauer, Vizekanzler Professor Erhard, Ministerpräsident Meyers und Bundesminister Blank, der ja aus Dortmund kommt. Es schwebt uns vor, daß die Redner etwa eine halbe Stunde lang sprechen, wobei natürlich die Zeiten verschieden sein können. Es ist dafür gesorgt, daß die Halle bis zum letzten Platz gefüllt sein wird, so daß diese Kundgebung ein wirksamer Auftakt für den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen darstellen wird.

Am Samstag, dem 2. Juni, tritt zunächst um 15 Uhr der Bundesvorstand zusammen. Hieran schließt sich um 17 Uhr eine Sitzung des Bundesausschusses an. Der Bundesausschuß ist in der Vergangenheit regelmäßig über das Ergebnis der Beratungen des Bundesvorstandes unterrichtet worden. Der Kommission schwebt

25 11. Bundesparteitag der CDU vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund. Vgl. Kleinmann: CDU-Geschichte S. 185–196.

vor, daß auf der Sitzung des Bundesausschusses Herr Dr. Barzel Gedanken über die künftigen Aufgaben der Partei vortragen soll. Wir glauben, daß in diesem Kreis ein angemessener Rahmen zur Erörterung dieser Fragen gegeben sein wird.

Am Sonntag, dem 3. Juni, sind um 9.15 Uhr Gottesdienste unter Mitwirkung des Erzbischofs von Paderborn[26] für die Katholiken und des Vizepräses aus Bielefeld[27] für die Evangelischen.

Wir legen Wert darauf, daß der Parteitag nicht durch eine Fülle von einzelnen Referaten überlastet wird. Wir sind der Meinung, daß zwei oder drei große Referate genügen. Im übrigen wird sich der Parteitag zu Arbeitskreisen zusammenfinden, die in voller Öffentlichkeit tagen, wozu insbesondere auch die Presse eingeladen werden soll. Der Andrang der Presse ist in diesem Jahr viel stärker als früher, so daß wir durchaus die Möglichkeit haben, in den Arbeitskreisen zu demonstrieren, daß die CDU eine lebendige Partei ist. Ich glaube, das ist viel wirksamer als Referate. (*Adenauer:* Darüber müssen wir aber noch sprechen.)

Es wird vorgeschlagen, drei Arbeitskreise zu bilden. Neben Herrn Schmücker, der im Arbeitskreis II „Wirtschafts- und Sozialpolitik" referiert, wird noch ein Freund aus den Arbeitnehmerkreisen sprechen. Für den Arbeitskreis III „Künftige Aufgaben der CDU" bitte ich den Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, einen einleitenden Vortrag zu halten und damit die Grundlagen für die Beratungen zu legen. Freund Barzel wird sich in diesem Arbeitskreis zum Wort melden.

Im einzelnen lautet der Programmentwurf wie folgt:

Samstag, 2. Juni	
15.00 Uhr	Sitzung des Bundesvorstandes
17.00 Uhr	Sitzung des Bundesausschusses
	Referat Dr. Barzel
Sonntag, 3. Juni	
9.15 Uhr	Gottesdienste
11.00 Uhr	Eröffnung des Bundesparteitages
	1) Wahl des Präsidiums
	2) Begrüßungsansprache des Parteitagspräsidenten
	3) Begrüßung durch den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und den Vertreter der Stadt Dortmund
	4) Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste

26 Lorenz Jäger (1892–1975), 1941–1973 Erzbischof von Paderborn, 1965 Kardinal.

27 D. Dr. Hans Thimme (geb. 1909), evangelischer Theologe; 1960–1968 Theologischer Vizepräsident der Landeskirche und Stellvertreter des Präses, 1969–1977 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, 1972–1975 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union (EKU) im Bereich West, 1973–1979 Mitglied des Rates der EKD.

	5) Grundsatzreferat des Ersten Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Adenauer
15.30 Uhr	Öffentliche Kundgebung in der großen Westfalenhalle Leitung: Minister Dufhues Redner: Bundeskanzler Dr. Adenauer Vizekanzler Professor Erhard Ministerpräsident Meyers Bundesminister Blank
Montag, 4. Juni	
9.00 Uhr	2. Plenarsitzung Referat „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung" Redner: 1) Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard 2) Bundesminister Blank Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste – Fortsetzung Bildung von Arbeitskreisen
14.30 Uhr	Konstituierung und Beratung der Arbeitskreise I: „Deutschland und Europa" Leitung: Ministerpräsident Kiesinger Referat: Bundesminister Dr. Schröder Berichterstattung im Plenum: Bundesminister Dr. Krone II: „Wirtschafts- und Sozialpolitik" Leitung: Staatsminister a.D. Schmidt, Wuppertal Referat: Dr. Schmücker, MdB Berichterstattung im Plenum: Bundesminister a.D. Etzel III: „Künftige Aufgaben der CDU" Leitung: Ministerpräsident von Hassel Referat: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier Berichterstattung im Plenum: Dr. Heck, MdB
Dienstag, 5. Juni	
9.00 Uhr	3. Plenarsitzung 1) Bericht des Bundesvorstandes: Ministerpräsident von Hassel 2) Bericht der Bundestagsfraktion: Bundesminister a.D. Dr. von Brentano 3) Berichte aus den Arbeitskreisen: Bundesminister Dr. Krone (I) Bundesminister a.D. Etzel (II) Dr. Heck, MdB (III) 4) Entschließungen
15.00 Uhr	4. Plenarsitzung 1) Satzungsänderungen

2) Wahl der Vorsitzenden
3) Referat des neugewählten Geschäftsführenden Vorsitzenden
4) Schlußansprache des Ersten Vorsitzenden

Adenauer: Wir danken Herrn Dufhues und den Herren, die mit ihm das Ganze überlegt haben, für die Arbeit, die wir hier sehen. Ich habe nun einige Fragen, die ich zunächst einmal aufwerfen möchte. Ich beginne mit der Sitzung des Bundesausschusses mit dem Referat von Herrn Barzel. Ich weiß nicht, ob damit gemeint ist die umfangreiche Studie von Herrn Barzel, über die wir nachher noch sprechen werden. Ich fürchte, wenn das gemeint ist, wird dieser Arbeit nicht die Ehre zuteil, die ihr gebührt; denn im Bundesausschuß vor dem Beginn des Bundesparteitages kommen alle möglichen geschäftlichen Angelegenheiten zur Sprache, es entstehen Auseinandersetzungen, Differenzen usw. Ich meine also, daß dann dieses Referat zu kurz kommt. Ich würde es viel eher begrüßen, wenn in den Wochen danach der Bundesausschuß zu einer besonderen Sitzung zusammentritt, um diese Arbeit in Ruhe durchzusprechen und zu würdigen.

Dann kommt die Frage, wie groß sollen diese Arbeitskreise sein? Weiter: Wer wählt die Mitglieder? Oder wählen die Mitglieder sich selbst? Wie ist das alles gedacht? (*Dufhues:* Die Delegierten melden sich bei den Arbeitskreisen.) Und dann wollen Sie die Presse dazu laden? Dann haben Sie aber mehr Mut als ich. Ich kann hier in aller Offenheit sagen, ein Parteitag einer so großen Partei ist eine Demonstration. Aber er ist selbstverständlich nicht dafür da, um einer sensationslüsternen Presse Stoff zu liefern zum Kampf gegen uns. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und das erreichen Sie prompt und gut, wenn Sie die Arbeitskreise, die ganz zufällig zusammengesetzt sind, mit ihren Diskussionen sofort der Presse vorführen. Das halte ich für völlig unmöglich. Das wird, verlassen Sie sich darauf, nicht gut enden. Sie müssen doch daran denken, daß da nicht die CDU-Presse allein vertreten sein wird, sondern da ist auch die sozialdemokratische Presse in starkem Maße vertreten. Nach außen wirkt es auch nie gut, wenn aus einer solchen Veranstaltung die sozialdemokratische Presse sich diejenigen Äußerungen heraussucht, die unserer Partei schaden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas von der Pressekonferenz sagen, die ich in Berlin abgehalten habe. Nur die „New York Times" bringt über solche Pressekonferenzen ein übersichtliches Bild, indem sie auch die Fragen wiedergibt. Man kann niemals eine Antwort richtig verstehen und wiedergeben, wenn man nicht die Frage kennt, auf die die Antwort zu geben ist. Sie werden dann erleben, daß entweder eine absolut gelenkte Diskussion stattfinden muß – was ich nicht begrüße – oder daß wir der gegnerischen Presse wirklich anheimgegeben sind in dem, was sie an Schädlichem für uns herausholt. Das Gute wird sie nicht bringen, sondern das Schädliche wird sie herausstellen.

Ich bitte Sie deshalb, das sehr zu überlegen. Ich kann Ihnen nur versichern, ich habe große Sorgen davor, zumal jeder, der in den Arbeitskreis will, auch hineinkommt, ohne daß irgendwie eine Auswahl stattfindet. Aber diese Auswahl können Sie

auch gar nicht vornehmen; denn wenn sich jemand meldet, können Sie ihn nicht ablehnen.

Zum Arbeitskreis III – so ist mir von Herrn Globke berichtet worden – soll es an sich heißen: Die CDU in Bund und Ländern. Es handelt sich um das, was ich eben in einem anderen Zusammenhang angedeutet habe. Wir haben uns bisher auf den Arbeitstagen zu wenig um die Arbeit der CDU in den Ländern und zum Teil auch in den Kommunen gekümmert. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir in Nordrhein-Westfalen einmal die Mehrheit in den meisten Großstädten gehabt haben, die inzwischen aber wieder verlorengegangen ist. (*Weber:* Sie ist überall verlorengegangen.) Die Kommunalpolitik ist von so eminenter Bedeutung für das Leben und das Wachstum einer Partei, daß ich glaube, wir werden einen guten Teil unserer Arbeit und Aufmerksamkeit der CDU in den Ländern und in den Kommunen widmen müssen.

Endlich bitte ich Sie, einmal zu überlegen, ob man von vornherein eine bestimmte Größe für die einzelnen Arbeitskreise vorsehen soll, damit sie nicht zu groß werden. Zum Beispiel werden sich zu dem Arbeitskreis I „Deutschland und Europa" wahrscheinlich viele Teilnehmer melden. Andere Arbeitskreise werden nicht diesen Zuspruch haben.

Dann noch ein wichtiges Wort zu dem Punkt 4 der Plenarsitzung am Dienstag. Dort heißt es: Entschließungen. Die Entschließungsentwürfe – so nenne ich sie – kommen aus den Arbeitskreisen. Dann müssen sie aber von irgendeiner zentralen Stelle kontrolliert werden. (*Dufhues:* Vorbereitet werden.) Jetzt sagt Herr Dufhues „vorbereitet werden". Dann weiß ich nicht, was Sie mit der Diskussion in den Arbeitskreisen machen wollen. Das ist eine gefährliche Sache. Vielleicht gibt Herr Dufhues dazu noch einige Erläuterungen.

Dufhues: Die entscheidende Frage scheint mir zu sein, ob wir den Parteitag in Dortmund sich so entwickeln lassen, wie z. B. den Parteitag in Köln.[28] (*Zurufe:* Nein!) Wer diesen Parteitag in Erinnerung hat, wird mit einigem Gefühl der Bedrückung daran denken, daß es eine Unzahl von Beiträgen und Referaten gab, die unsere Delegierten geradezu ermüdeten, so daß es nicht leicht war, jene Resonanz zu finden und zu erhalten, die wir erwartet hatten. Diese Resonanz ist nur dadurch zu erreichen, daß man das öffentliche Interesse weckt. Das öffentliche Interesse wird nicht durch wohlvorbereitete Vorträge allein geweckt, sondern auch dadurch, daß zunächst einmal der Eindruck einer lebendigen Diskussion innerhalb des Parteitages entsteht. Diese Diskussion wird nur möglich sein, wenn man sich auf dem Parteitag zu sogenannten Arbeitskreisen zusammenfindet.

---

28 10. Bundesparteitag der CDU vom 24. bis 27. April 1961 in Köln. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 180–185; PROTOKOLLE 3 S. 885–915 und S. 933–935.

Wenn man jetzt beschlösse, die Arbeitskreise unter Ausschluß der Presse tagen zu lassen, so würde ich das nicht für richtig halten, und ich könnte es auch nicht akzeptieren. Die Christlich-Demokratische Union muß den gleichen Mut haben wie die SPD, die weit mehr auf Funktionäre angewiesen ist als wir. Wir müssen doch zur Diskussion in gleichem Maße fähig sein, wie es diese Partei der Funktionäre ist, und wir sollten auch Vertrauen zu unseren Delegierten haben und auch zu den Besuchern des Parteitages. Naturgemäß wird man die Diskussion in den Arbeitskreisen vorher mit den verantwortlichen Leitern durchdenken müssen, auch mit einzelnen Parteifreunden, die sich einschalten, wenn Bemerkungen gemacht werden, die wir nicht für abgewogen halten. Eine solche Diskussion kann durchaus noch den Eindruck eines lebendigen Gedankenaustausches vermitteln, der dann auch den Weg in die Presse, in den Rundfunk und das Fernsehen findet. Worauf es ankommt, ist folgendes: Es muß der Eindruck erweckt werden, daß die Partei lebt. Man muß sagen, sie wagt es, auch heiße Eisen anzupacken.

Deshalb möchte ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie den Versuch mit uns unternehmen, in Arbeitskreisen den Parteitag lebendiger werden zu lassen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Damit im Zusammenhang steht auch die Frage der Entschließungen. Es ist natürlich schwierig, den Entschließungen durch die Diskussion in den Arbeitskreisen ihre endgültige Form zu geben. Es ist richtig, daß man sich vorher Gedanken darüber macht und auch darüber, wie die Diskussion in den Arbeitskreisen vorbereitet werden soll. Deshalb sehe ich auch keine großen Schwierigkeiten bei den Diskussionen in den Arbeitskreisen. Die Formulierung der Entschließungen muß so durchgeführt werden, daß die CDU nicht nur keinen Schaden erleidet, sondern im Gegenteil als wirksame und lebendige Partei in der Öffentlichkeit erscheint.

Adenauer: Ich stelle zunächst fest, daß eine Diskussion im Plenum des Parteitages überhaupt nicht vorgesehen ist. Es sind nur einige Reden und Berichte vorgesehen. Das ist keine Diskussion. Wenn Sie also sagen, der Parteitag muß lebendig sein, dann bin ich sehr damit einverstanden. Aber ich stelle fest, daß eine Diskussion im Plenum des Parteitages überhaupt nicht vorgesehen ist. (*Schmidt:* Das ist nicht ausgeschlossen! – *Zuruf:* Das können Sie nicht verhindern!) Verstehen Sie mich recht, ich bin glücklich darüber, wenn da nicht Gott weiß wie diskutiert wird. Herr Dufhues hat gerade davon gesprochen, daß er die Arbeitskreise für die Presse öffnen will. Dadurch soll ein lebendiges Bild der Partei für die Öffentlichkeit entstehen. Nun freue ich mich sehr darüber, daß er doch gemeint hat: eine vorbereitete Diskussion. Damit könnte ich mich schon viel eher zufriedengeben, aber nicht etwa in der Weise, daß nun jeder eine Rolle zu spielen hat, aber daß jedenfalls mit einigen Mitgliedern, die in diesem oder jenem Arbeitskreis sind, vorher die Fragen besprochen werden, wie die Diskussionen ablaufen sollen. Das setzt aber voraus, daß man sich darüber klar wird, wer in die einzelnen Arbeitskreise hineingeht. Wenn das so vorbereitet wird, Herr Dufhues – ich hoffe nur, daß dann das sprühende Leben auch noch sprüht –, bin ich damit einverstanden.

Wenn Sie wüßten, was die Sozialdemokraten jetzt schon für Vorbereitungen für ihren Parteitag in Köln[29] treffen! Glauben Sie ja nicht, daß etwa Herr Wehner dulden wird, daß Herr Mommer[30] eine andere Ansicht äußert, als es Herr Wehner haben will. Wenn die Sozialdemokraten einmal frei und ungehemmt sprächen, dann wäre das für uns ein großes Vergnügen, und dann würden Sie staunen, wie verschieden die Ansichten dort sind. Das aber werden die nicht tun. Und wenn eine Partei genau nach der Ordnung marschiert, die ihr zur Zeit gesetzt ist, dann ist es die Sozialdemokratische Partei.

Wir sind in vieler Beziehung viel freidenkender als die Sozialdemokraten. Wir dulden auch in unserer Partei viele Gegenvorstellungen, die voneinander abweichen. Das tut die Sozialdemokratie aber nicht. Immerhin möchte ich darauf hinweisen, daß für eine gewisse Vorbereitung der Diskussion und der Entschließungen in den Parteikreisen gesorgt werden muß. Wenn Sie das vorhaben, bin ich absolut damit einverstanden. Wovor ich einen Schrecken hatte, war folgender Grund, daß sich plötzlich zuviel Geist offenbaren wird. *(Lebhafte Heiterkeit.)*

Gradl: Was Sie am Schluß gesagt haben, Herr Bundeskanzler, das hat uns gefallen. Ich wollte nur, weil wir zu Hause mit unseren Gremien darüber sprechen müssen, noch ein Wort zu der Frage sagen, ob es wirklich gefährlich ist, die Arbeitskreise öffentlich zu machen und die Presse dazu einzuladen. Herr Bundeskanzler, Sie können gar nicht verhindern, daß über das, was in den Arbeitskreisen gesprochen wird, von der Presse berichtet wird. Es sind Arbeitskreise, an denen im Durchschnitt etwa 120 bis 140 Delegierte teilnehmen werden. Wenn Sie also die Presse nicht zulassen, werden erst recht aus dieser großen Zahl von Delegierten Nachrichten herauskommen. Und die letzten Dinge sind dann schlimmer als die ersten, d. h., es wird viel schlechter berichtet, als wenn wir die Presse dabei haben.

Glauben Sie auch, Herr Bundeskanzler, für die Popularität unserer Partei wird es weiß Gott wirkungsvoller sein, wenn wir zeigen, daß wir eine freie Diskussion in der Öffentlichkeit führen. Wir haben das einige Male gemacht, in Stuttgart und in Hamburg.[31] Damit haben wir immer die besten Ergebnisse in der Öffentlichkeit; denn dadurch wurde gezeigt, daß wir eine Partei sind, die sich etwas zutraut und die bereit ist, auch andere Auffassungen offen zu hören.

Im übrigen möchte ich wünschen, daß auf unserem Parteitag nicht soviel Selbständigkeit oder Eigenwilligkeit zum Ausdruck kommt wie bei der SPD. Sie haben die SPD als Vorbild hingestellt. (*Adenauer:* Was sagen Sie, als Vorbild?) Keiner von uns hat angenommen, daß die Diskussion nicht irgendwie gesteuert werden soll, sondern es ist so, daß sich diejenigen, die besonders interessiert sind, vorher

29 Vgl. Nr. 3 b Anm. 12.

30 Dr. Karl Mommer (1910–1990), 1949–1969 MdB (SPD, 1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 414 Anm. 173.

31 6. Bundesparteitag der CDU vom 26. bis 29. April 1956 in Stuttgart, 7. Bundesparteitag der CDU vom 11. bis 15. Mai 1957 in Hamburg. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 163–169.

überlegen und absprechen, wie eine Diskussion erfolgen soll. Und das ist für uns so selbstverständlich, Herr Bundeskanzler, daß darüber wohl auch Herr Dufhues vorhin nicht gesprochen hat.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich möchte zu drei Punkten eine kurze Bemerkung machen. Erstens hätte ich zur Sitzung des Bundesausschusses die aufrichtige Bitte, daß wir die Formulierung, die hier steht, stehenlassen, daß wir nämlich das Referat unseres Freundes Barzel entgegennehmen. Wenn wir das nicht machen, schaden wir uns selbst und bringen Herrn Barzel in eine Situation, die für ihn unerträglich ist. Ich darf daran erinnern, mit welcher Art diese Arbeit von Herrn Barzel in der „Kölnischen Rundschau" behandelt worden ist.[32] Wir sollten also den Mut haben, das Referat im Bundesausschuß entgegenzunehmen und dann sagen, die Diskussion darüber muß auf später verlegt werden; denn dazu bedarf es einer sorgfältigen Vorbereitung.

Zur Presse brauche ich nichts mehr zu sagen; denn ich unterstelle hier das, was gesagt worden ist. Selbstverständlich muß die Diskussion ein wenig gelenkt sein. Dafür haben wir ja Vorsitzende, die dieser Sache Herr werden. Eine Diskussion, die auch Meinungsverschiedenheiten im Detail bringt, kann uns nur gut tun. Wenn wir eine Diskussion im Plenum erleben, dann ist sie vielleicht noch weniger geregelt. Der Vorsitzende hat es ja in der Hand, das Wort zu geben und entsprechend zu verfahren. Deswegen sehe ich da keinerlei Bedenken. Ich glaube also, daß ist die richtige Lösung.

Ferner wollte ich sagen, man sollte schon heute überlegen, ob man nicht eine Art Redaktionskommission vorsehen will; denn die Entschließungen müssen doch aufeinander abgestimmt werden. Es könnte sein, daß im Arbeitskreis II eine Entschließung gefaßt wird, die mit derjenigen des Arbeitskreises III nicht übereinstimmt. Deshalb sollte hier eine Redaktionskommission schon am ersten Tag für die Bearbeitung der Entschließungen eingesetzt werden, die dann nach der Sitzung der Arbeitskreise noch einmal mit den Referenten zusammentritt, um diese Resultationen aufeinander abzustimmen.

Blumenfeld: Ich unterstütze die Begründungen von Herrn Dufhues und Herrn Gradl. Wir sollten auch als Bundesvorstand den Delegierten unserer Landesverbände etwas mehr Vertrauen und politische Verantwortung zumuten. Wenn Sie sich in den Arbeitskreisen als Delegierte zu Wort melden, dann dürfte es insbesondere für die Führung der Partei und für die Bundestagsfraktion sehr interessant sein, von diesen Delegierten vor aller Öffentlichkeit etwas gesagt zu bekommen. Wir können das aber sehr leicht dadurch beheben, daß der Vorsitzende oder andere Freunde, die in der Verantwortung stehen, Bemerkungen, die eventuell zu weit gehen, korrigieren.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die SPD für die Öffentlichkeit gerade deswegen interessant erscheint, weil auf ihren Parteitagen nicht die Prominenz, sondern

32 Vgl. Anm. 49. – „Kölnische Rundschau" vom 28. April 1962 „Hohes ‚C'. Dr. Barzels Studie über die künftigen Aufgaben der CDU".

die SPD-Funktionäre unmittelbar und frei ihre Meinungen äußern, so daß damit das Bild einer lebendigen Partei vermittelt wird. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, wir hätten eine freiere Art, miteinander zu verkehren. Aber das sollten wir auch in der Öffentlichkeit dadurch zeigen, indem wir das etwas schiefe Bild, das wir der Öffentlichkeit darbieten, korrigieren und richtigstellen. Dazu ist in den Arbeitskreisen die beste Gelegenheit. Das ist eine moderne Auffassung.

Die Diskussion, die ich im Anschluß an die Berichte der Arbeitskreise vermißt habe, sollte man noch mit dem Wort „Aussprache" einfügen; denn im Plenum wäre sie so gesteuert, daß sie die Presse nicht einmal aufnähme. Die Ungleichgewichtigkeit der freien Entscheidung der Delegierten müssen wir auf alle Fälle aufrechterhalten. Das ist selbstverständlich. Aber das Plenum des Parteitages hat es in der Hand, die Ungleichgewichtigkeit auszugleichen und Korrekturen vorzunehmen, wo sie notwendig sind aufgrund der Befürchtung, die Sie ausgesprochen haben.

Ich bitte Sie also, Herr Bundeskanzler, Ihre Bedenken hinsichtlich der Öffentlichkeit zurückzustellen, um so mehr, als wir bei diesem Parteitag leider auf eine große Anzahl von Parteifreunden werden verzichten müssen wegen der unglücklichen Sachlage, daß die Räumlichkeiten nicht ausreichen, wir aber im Gegensatz eine große Anmeldung von Presseleuten haben, womit wir allerdings die Öffentlichkeit im ganzen Bundesgebiet erreichen können. Wir müssen also die Presse einbeziehen. Deswegen bitte ich Sie noch einmal, für eine breiteste Öffentlichkeit Sorge zu tragen.

Gerstenmaier: Ich stimme der Kritik von Herrn Dufhues an dem Kölner Parteitag zu. Ich bin auch mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung, daß trotz allem, was publizitätswirksam bei der SPD ist, diese nicht vergleichbar ist mit den Diskussionen innerhalb der CDU. Die SPD verfügt über ein völlig anderes Netz, das in der Hauptsache aus vorgeschalteten Bildern besteht, bis überhaupt oben an der Spitze etwas an die Öffentlichkeit dringt. Insofern stimme ich dem Herrn Bundeskanzler zu. Ich bin der Meinung, daß es ein Risiko ist, was wir hier mit dieser Diskussion machen wollen. Herr Dufhues hat entweder die Möglichkeit, ein Maximum an Lenkung in der Diskussion wirksam werden zu lassen; aber dann ist die Spontaneität weg, und der Effekt bei der Presse ist so bescheiden, daß es sich nicht mehr lohnt. Sie können also entweder das eine oder aber das andere machen. Wenn das Programm so angelegt ist, daß es überhaupt keine Diskussion im Plenum, sondern nur eine in den Arbeitskreisen gibt, dann muß ich trotz meiner Bedenken Herrn Dufhues zustimmen, daß man die Presse nicht ausschließen kann.

Ich finde, daß das Programm allmählich zu weit geht, Herr Dufhues. Sehen Sie sich das Programm einmal an. Wir haben vor dem Grundsatzreferat des Ersten Vorsitzenden über die Grundlagen der Partei – worauf doch die Aufmerksamkeit konzentriert werden muß – eine Reihe von liebenswürdigen, aber in der Substanz für die Partei völlig belanglosen Reden von ausländischen oder anderen Gästen stehen, die uns einfach die beste Zeit wegnehmen. Das hat mich auf den Parteitagen, auf denen ich zu sprechen hatte, immer geärgert. Dieses ewige Bla-Bla vorher und nachher ist doch gruselig. Meistens wird man mit diesen Leuten nicht fertig, aber man

muß kostbare Zeit aufwenden, nur um protokollarische Verpflichtungen zu erfüllen. Dasselbe ist auch hier auf dem Programm zu finden. Am Montag, wo das Kernstück dessen verhandelt wird, was Herr Barzel uns ins Gewissen und ins Gehirn blasen will, folgt nachher nicht etwa ein Echo auf der illustren Volksversammlung über die aktuellen Existenzfragen der Union, nein, da geht es weiter mit der Fortsetzung von Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. Und das kann man nicht machen.

Nun zu den Arbeitskreisen! Herr Dufhues, ich halte es für risikolos, in „Deutschland und Europa" eine ungelenkte Diskussion zuzulassen und dazu die gesamte Presse der Welt einzuladen. Das können Sie ruhig riskieren. Welche tiefsinnigen Nuancen nun über die Außenpolitik zwischen unserem geschätzten Außenminister und unserem geschätzten Fraktionsvorsitzenden bestehen, darüber lassen Sie die Presse ruhig weiterhetzen. Ich bin der Meinung, daß solche Nuancen, wenn es sie überhaupt gibt, nur interessant sein können und diesem Arbeitskreis einen Zulauf von beträchtlichem Ausmaß sichern. Daß dies überhaupt nicht gefährlich ist für die Diskussion, darauf können Sie sich verlassen.

Schwieriger sehe ich die Sache schon bei der „Wirtschafts- und Sozialpolitik" an, wenn hier in der Diskussion auf Probleme eingegangen wird, die völlig ungeklärt bei uns sind; oder wenn die Studie von Herrn Barzel nicht nur als ein liturgischer Akt – der vorweg zelebriert wird –, sondern als ernsthafte Diskussionsgrundlage betrachtet wird, dann ist die Sache bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht so harmonisch, wie sich die Sache vielleicht ausnimmt. Es könnte sein, daß dann alle guten Vorsätze zu einer gesteuerten Diskussion nicht den Ertrag haben, den man sich vorstellt.

Was man sich eigentlich bei der Ziffer III gedacht hat, darüber habe ich nachgerätselt. Der Herr Bundeskanzler hat die Katze aus dem Sack gelassen und gesagt, eigentlich hätte es heißen sollen: CDU in Bund und Ländern. – Dann kommt aber die Frage, was gibt es neben der Außenpolitik und der Innenpolitik? Hier etwa den Geist vom Leib zu abstrahieren – das ist schon sehr gefährlich bei den Kirchen, aber eine politische Partei kann sich das unter keinen Umständen erlauben. Ich sage Ihnen, ich wirke an einer solchen Abstraktion nicht mit. Wir müssen uns doch auf politischem Gebiet bewähren. Wenn man von der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik einmal absieht, könnte man sagen: Wir wollen Strukturfragen der Bundesrepublik und der CDU aufgreifen. Aber in den Strukturfragen ist eine knallharte Verfassungsfrage enthalten. Wollen Sie die in diesen Arbeitskreisen angreifen? (*Krone:* Und andere auch!) Zunächst steht hier die knallharte Frage, wie ist es mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Das ist zunächst drin! Wir sind eine Verfassungspartei. Wie oft haben wir uns das gegenseitig versichert.

Die andere Frage, die damit zusammenhängt, die ebenfalls knallhart ist, ist die der Kulturpolitik. Glauben Sie wirklich, daß wir etwa nur diese zwei Kernfragen – hinsichtlich der Verfassung und der Kompetenz zwischen Bund und Ländern – hier implizieren? Es geht um die Finanzsituation, es geht um die ganzen kontroversen Fragen in unserem Kreis, und zwar nicht nur wegen der kulturpolitischen Zuständig-

keiten, sondern auch wegen der kulturpolitischen Grundorientierung. Und wollen Sie das wirklich alles zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion machen?

Ich kann nur sagen, daß unsere Verhandlungen hier an diesem Tisch zu diesen Punkten noch nicht soweit gediehen sind, daß ich empfehlen könnte, einen solchen Versuch im Rahmen einer öffentlichen Diskussion auf einem Parteitag zu machen. Ich würde mir das zutrauen, wenn wir an diesem Tisch über diese Frage schon eine Grundsatzdiskussion geführt hätten, so daß wir wüßten, worauf wir gemeinsam hinauswollen. Da es aber noch nicht soweit ist, würde ich ergebenst empfehlen, hier doch kurzzutreten.

Deshalb frage ich, ob man es am Ende nicht genug sein lassen könnte mit den Arbeitskreisen I und II. Ich halte es nicht für gut, statt der Frage „Bund und Länder" den Bericht von Herrn Barzel zur Diskussion zu stellen. Dieser Bericht umfaßt 225 Abschnitte. Das ist also einfach zu groß.

Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt auf den nächsten Tagesordnungspunkt vorgreife. Herr Barzel hat für die Durchführung der Diskussion einen Hinweis gegeben, indem er 18 Punkte herausgeschrieben hat. Ich habe mir erlaubt, noch 2 Punkte zusätzlich hinzuzuschreiben. Man kann natürlich nicht über 20 Punkte diskutieren. Wenn ich aber einzelne Punkte herausgreife, dann wird in den anderen Kreisen wiederum über andere Punkte diskutiert, und dann bleibt nur noch ein gewisses geistiges und moralisches Substrat übrig. Und das halte ich nicht für glücklich.

Ich würde deshalb darum bitten, noch einmal zu prüfen, ob es nicht die Möglichkeit gibt, im Plenum so etwas wie ein kurzes öffentliches Echo auf die Grundsatzrede des Herrn Bundeskanzler und auf die beiden Referate des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesarbeitsministers folgen zu lassen. Denn der Redner hat einen Anspruch darauf, daß ein öffentliches Echo erfolgt. Das gilt auch für die beiden anderen Themen.

Krone: Herr Kollege Gerstenmaier! Es ist schwer, einen Vorschlag zu machen, der allen gefällt. Aber ich finde, daß dieser Vorschlag sehr gut durchdacht ist. Ich habe nicht daran mitgearbeitet, deshalb kann ich ihn loben und sagen, daß sehr viel für ihn spricht. Ich spreche mich aus für eine öffentliche Diskussion in den Arbeitskreisen. Die Diskussion ist nicht zu unterbinden. Wenn sie da nicht geführt wird, dann wird sie im Plenum stattfinden. Eine Reihe von Fragen hängen in der Luft. Sie müssen auch angesprochen werden. Wir sollten den Mut haben zu der modifizierten Form, wie sie der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen und Herr Dufhues bejaht hat. Wenn wir diese Diskussion nicht machen, geht es uns wie in Kiel, wo nachher noch sehr lange über das Thema von Herrn Gerstenmaier wegen der Liberalisierung diskutiert worden ist.[33]

Ich bin auch der Meinung, daß die Arbeit von Herrn Kollegen Barzel – der mit Absicht geschrieben hat „Untersuchung" und nicht mehr – nicht im Mittelpunkt der

33 Gerstenmaier sprach zum Thema „Staatsordnung und Gesellschaftsbild". Druck in: CDU, 8. Bundesparteitag S. 90–108. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 169–173.

Beratungen des Parteitages stehen kann. Aber es muß irgendwie angepackt werden. Das ist auch nicht zu vermeiden; denn wenn über diese Studie schon lange Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und in der „Kölnischen Rundschau" gestanden haben[34], dann kann man nicht verhindern, daß dieses Thema auch auf dem Parteitag zur Sprache gebracht wird. Wir müssen aber die richtige Form finden, wie man das machen kann. Das liegt in der Hand derer, die die Arbeitskreise leiten.

Wir wollen auch nicht im Grundsätzlichen steckenbleiben, sondern konkret werden. Wir brauchen aber nicht gerade noch ungeklärte Fragen auf dem Parteitag zur Sprache zu bringen. Herr Gerstenmaier hat über verschiedene Fragen, z. B. über Bund und Länder, Kulturpolitik usw., gesprochen, in denen es bei uns noch keine restlose Klarheit gibt. Es liegt deshalb in der Hand des Leiters, hier Entsprechendes zu sagen, da ein bißchen mehr, und da ein bißchen weniger.

Dieser Bundesparteitag wird weniger im Zeichen der Außenpolitik als im Zeichen der Innenpolitik stehen, namentlich aber der Gesellschaftspolitik. Dem können wir nicht ausweichen. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt die Tür zu einer guten Aussprache öffnen. Auch was die evangelische Kirche zur Frage des Eigentums gesagt hat, sollte bejahend zur Sprache gebracht werden.

Dittmar: Die CDU hat bislang auf ihren Parteitagen gute Erfahrungen mit einer öffentlichen Diskussion gemacht, z. B. in Stuttgart, wo Herr Dr. Friedensburg[35] eine von der offiziellen Außenpolitik sehr abweichende Meinung geäußert hat. Der Herr Bundeskanzler hat es aber dann wieder glänzend erreicht, daß der gesamte Parteitag die offizielle Meinung der Regierung über die deutsche Außenpolitik unterstützt hat. Am letzten Tage auf dem Parteitag in Stuttgart hat es eine Diskussion über eine Entschließung gegeben, die zu Kontroversen geführt hat. Auch hier ist es dem Geschick des Herrn Bundeskanzler gelungen, diese Kontroversen sehr schön zu schlichten. Damit konnte dann die Einmütigkeit der Partei bewiesen werden, auch wenn es da und dort Nuancen in den Auffassungen gegeben hat, die insbesondere bei Formulierungen in Erscheinung traten.

Ich bin Herrn Dufhues dankbar dafür, daß er darauf hingewiesen hat, man wolle diesen Parteitag als eine Demonstration betrachten, und deshalb müßten diese Arbeitskreise in ihrem äußeren Bild der Struktur der Union angepaßt werden. Auf gut Deutsch gesagt, ich möchte der Anregung von Herrn Dufhues folgen, daß ein maßgeblicher Mann aus dem sozialen Bereich unserer Partei hier in Erscheinung treten möge. Bislang hat es die Parteitage der CDU in hervorragender Weise ausgezeichnet, daß wir der Öffentlichkeit stets die tatsächliche Optik der CDU vor Augen führten. Dieses Erscheinungsbild muß die CDU auch weiter haben, wenn sie eine Union bleiben will.

---

34 FAZ vom 30. April 1962 „Barzels Studie ist ein Versuch geblieben". – Vgl. Anm. 32.

35 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1952–1965 MdB (CDU, Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 417 Anm. 145. – Ausführungen Friedensburgs in: CDU, 6. Bundesparteitag S. 70–73.

Brauksiepe: Wir fanden vor einiger Zeit in unseren Postfächern eine Nachricht darüber, daß wir zurückhaltend sein sollten, da in Dortmund die Platzfrage schwierig geworden sei. Der Unmut mancher Freunde darüber bei uns ist groß. Es hieß sogar: In der Woche können Sie verreisen; Sie sind in Dortmund nicht nötig.

Dufhues: Ich habe darauf hingewiesen, daß wir entscheidend angewiesen sind auf die Mitwirkung der Delegierten und auf einen kleinen Kreis von Gastdelegierten. Das tut mir leid, aber es hat auch seine Vorteile; denn damit tritt die Geschlossenheit des Parteitages stärker hervor.

Adenauer: Das hängt aber nicht notwendig zusammen! *(Lebhafte Heiterkeit.)*

Lorenz: Was der Arbeitskreis III besprechen soll, habe ich von vornherein so aufgefaßt, daß darüber erörtert wird, was hier summarisch als Parteireform beraten worden ist. Wir haben in der letzten Zeit eine öffentliche Diskussion darüber gehabt, daß die CDU an eine Parteireform herangehen will. Jeder kennt die Untersuchungen von Herrn Barzel. Nun wird überall gefragt, was steht eigentlich in dieser Untersuchung drin, und wann wird darüber diskutiert? Auf unserem Landesparteitag ist das geschehen.[36] Dort hieß es, wenn der Bundesvorstand davon Kenntnis genommen hat, wird die Diskussion anlaufen. Die Leute erwarten also, daß auf dem Parteitag etwas darüber gesagt wird.

Ich freue mich, Herr Präsident Gerstenmaier, daß Sie als Redner vorgesehen sind, Sie sind sozusagen der Chefideologe der Partei, und als solcher haben Sie sich auf den Parteitagen bewährt. *(Heiterkeit.)* Sie sind eine ungeheuer wichtige Persönlichkeit. Ich möchte nicht, daß Sie mich mißverstehen. Natürlich soll die Weiterentwicklung der CDU im Zusammenhang mit dem gesehen werden, was unserem Volke nützt, also im Hinblick auf die praktischen Aufgaben. Sehr wichtig wäre es, Herr Präsident Gerstenmaier, wenn Sie bei der Themenstellung des Arbeitskreises III mit den Herren Dufhues und Kraske mitwirkten. Es soll auch in der Entschließung nicht etwas darüber gesagt werden, was die CDU in den nächsten 25 Jahren zu machen gedenkt, aber sie kann gewisse Richtlinien setzen. Dieser Ausgangspunkt ist damit gleichzeitig der Auftakt für die Diskussion in den anderen Gremien. Der Auftrag, über diese Dinge zu diskutieren, muß vom Bundesparteitag gegeben werden.

Hellwig: Für die Aussprache in den Arbeitskreisen wird es sehr wichtig sein, sich sobald wie möglich über die Schwerpunkte zu verständigen, die vorgetragen werden sollen. Bisher heißt es in einer allgemeinen Überschrift nur „Wirtschafts- und Sozialpolitik". Aber ich glaube, daß das weite Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik unmöglich an einem Nachmittag ausdiskutiert werden kann. Deshalb wäre es zweckmäßig, Schwerpunkte festzusetzen, und zwar für das Referat, die Diskussion und die Entschließung.

---

36 35. Landesparteitag der Berliner CDU am 28. April 1962; das Referat von Josef Hermann Dufhues (TOP 4) und die sich anschließende politische Aussprache liegen als Tonbandaufzeichnung vor (ACDP III-012-324).

Neben dem Bericht von Herrn Barzel wird man es nicht vermeiden können, daß in Dortmund tagespolitische Probleme, wie z. B. die Kohle und was damit zusammenhängt, zur Diskussion gestellt werden. Es muß so schnell wie möglich geklärt werden, in welchem Umfang man Schwerpunkte für die Arbeitskreise II und III bilden will. Für den Arbeitskreis I liegen die Schwerpunkte anders. Aber denken Sie daran, daß wir besonders in Dortmund an tagespolitischen Fragen nicht vorbeikommen.

Stoltenberg: Der Sinn der Arbeitskreise ist, eine intensive Diskussion mit einer breiten Beteiligung zu ermöglichen. Diese Arbeitskreise sind der Sache nach nötig. Sie sollen nicht Einzelfragen der Satzung oder der Organisation im Detail diskutieren, sondern nur einige große Linien.

Ich möchte darauf hinweisen, Herr Dr. Gerstenmaier, daß die Stellung der Parteien insgesamt im Staate und in der Öffentlichkeit durch manche Diskussion in der Wissenschaft und in der Publizistik gefährdet ist. Nun habe ich gelesen, daß gerade Sie in Frankfurt a.M. vor einigen Tagen einige sehr deutliche Ausführungen zur Frage der Stellung der Parteien im Staate gemacht haben.[37] Das könnte ein Ausgangspunkt sein für die Diskussion über die Frage „die CDU als Partei". Hier könnte man einige Hauptlinien aufzeigen über die staatspolitische Frage und die Stellung der Parteien überhaupt in unserem Staate, insbesondere auch deshalb, weil wir uns einer Opposition in intellektuellen Kreisen gegenübersehen.

Anschließend könnte man dann Überlegungen an die Studie von Herrn Barzel anknüpfen. Ich glaube also, daß der Arbeitskreis III notwendig ist und daß er auch keine Überschneidung mit den anderen Kreisen bedeutet.

Gerstenmaier: Natürlich könnte man die Sache so machen. Ich finde nur, daß es nicht sehr attraktiv für unseren Parteitag ist, solche Fragen zur Diskussion zu stellen, in denen wir einer Meinung sind. Was Sie gesagt haben, das können Sie natürlich aufnehmen, aber das braucht uns nicht zu veranlassen, eine Art Defensive auf dem Parteitag zu machen. Im übrigen würde ich meinen, daß es zur Zeit noch nicht so brennend notwendig ist.

Weber: Was ich sage, sage ich nur ungern, aber ich muß es doch zum Ausdruck bringen. Ich habe bis jetzt darauf gewartet, daß für irgendein Gremium auch einmal eine Frau benannt wird. Das ist aber in der ganzen Zeit bisher noch nicht geschehen. Ich denke an meine Vergangenheit. In der Zentrumspartei wäre so etwas unmöglich gewesen. Deshalb bitte ich Sie, Herr Dufhues, diese Frage einmal zu überlegen. Ich will keinen Vorschlag machen. In der Öffentlichkeit ist bekannt, daß wir die Partei sind, die sich am meisten auf die Frauen stützen kann. Deshalb sollten die Frauen

37 Eugen Gerstenmaier: „Die Bildung und die Macht". Vortrag aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Hochschule für internationale pädagogische Forschung in einer akademischen Feierstunde am 5. Mai 1962 in Frankfurt a.M. Druck in: Eugen LEMBERG (Hg.): Bildungswesen als Gegenstand der Forschung (Veröffentlichungen der Hochschule für internationale pädagogische Forschung Bd. 3). Heidelberg 1963 S. 7–20.

auch nach außen hin zumindest genannt werden. Das ist nicht umsonst, wenn ich das hier sage.

Adenauer: Ich meine, wir sollten eine Pause machen. Aber lassen Sie mich bitte noch einige Bemerkungen machen. Zunächst möchte ich sagen, daß ich mit einer solchen Diskussion in den Arbeitskreisen, die in der Hauptsache etwas gelenkt ist, durchaus einverstanden bin. Ich war und bin nur erschrocken, als ich hörte, daß Sie die Presse – gleichgültig wer es ist – in ein intimes Beratungsgremium hineinlassen. Wenn ich mir z. B. vorstelle, die sozialdemokratische Presse hätte das Recht, den Sitzungen der Bundestagsfraktion beizuwohnen, was würden die daraus berichten! Zur Bundestagsfraktion gehören viele gute CDU- und CSU-Leute. Trotzdem haben sie sehr verschiedene Ansichten, und die müssen sie auch haben. Die sozialdemokratischen Pressevertreter würden sich aber, wenn sie an den Sitzungen teilnähmen, nur die für sie entsprechenden „Rosinen" herauspicken. Wenn es aber so gemacht wird, wie vorgeschlagen wurde, sind die Befürchtungen, die ich gehabt habe, genommen.

Nun möchte ich eines zu meiner Entschuldigung sagen. Dieses kleine Gremium, das beauftragt war, diesen Vorschlag zu machen, hat – wenn ich das Datum richtig behalten habe – seine Beratungen am 3. April abgeschlossen. Durch einen Zufall, den ich noch nicht habe aufklären können, habe ich das erst am 5. Mai bekommen, und zwar als ich wieder hier in Bonn war.[38] Vorher habe ich es überhaupt nicht gesehen. Herr Dufhues hat sich auch einige Tage lang nicht darum kümmern können, weil seine Frau erkrankt war. Wir freuen uns aber – ich hörte das eben –, daß es seiner Frau wieder besser geht.

Allgemein möchte ich sagen: Prophezeien Sie bitte nichts darüber, was genehm oder was nicht genehm auf dem Bundesparteitag sein wird. Herr Krone hat z. B. gesagt, für die Außenpolitik habe man kein besonderes Interesse mehr. Warten Sie doch einmal ab. Es können bis dahin Ereignisse eingetreten sein, die gerade die Außenpolitik zu einem brennenden Gegenstand machen. Das also kann kein Mensch voraussagen.

Sie wissen, daß ich offene Gespräche liebe. Aber Sie sehen unsere Partei viel wohlwollender und viel sicherer an, als ich das tue. Denken Sie an die Democrazia Cristiana, die einen ähnlichen Namen hat wie wir und von de Gasperi[39] damals ins Leben gerufen worden ist, und daran, daß Segni erst nach neun Abstimmungen gewählt werden konnte. Zu groß sind dort die inneren Spannungen.

Nun möchte ich ein Bild auf dem Parteitag zeichnen – was mir bezüglich unserer Partei immer vorgeschwebt hat und noch vorschwebt –, daß nur eine auf christlich-humanistischem Boden stehende Partei Deutschlands gegenüber dem atheistischen Kommunismus halten kann. (*Zurufe:* Sehr gut!) Das ist doch das Wichtigste von

38 Adenauer war vom 19. April bis zum 3. Mai 1962 in Urlaub – vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66 f.

39 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1945–1953 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 67 Anm. 33.

allem. Es muß die communis opinio der ganzen Wähler sein, daß es sich noch jahrzehntelang um diesen Kampf gegen den kommunistischen Atheismus handeln wird. Deshalb müssen wir immer daran denken, daß wir die sehr große Aufgabe haben, die Freiheit zu retten.

Es ist dann von Frau Weber mit Recht bemängelt worden, daß nirgendwo im Programm von einer Frau die Rede ist. *(Unruhe.)* Ich könnte dazu sagen, daß wir ganz sicher auch von den Landwirten gesagt bekommen: Wie könnt ihr von den Landwirten nichts sagen. Es ist also ein großes Problem, wie wir den Parteitag gestalten. *(Anhaltende Unruhe.)* Um die Aufmerksamkeit des Herrn Wuermeling, der sich großartig amüsiert, wenn man spricht, zu bekommen, möchte ich Ihnen sagen, Herr Wuermeling, bitte betrachten Sie einmal unsere Bevölkerungsstatistik. Machen Sie den Leuten in geeigneter Weise klar, daß wir in zehn Jahren – wenn es so bleibt – ein Volk sind, das nicht mehr mit den Franzosen, nicht mehr mit den Holländern – allenfalls noch mit den Engländern – konkurrieren kann. (*Wuermeling:* Das sage ich landauf, landab. Es wird nur nicht gehört.) Dann sagen Sie es in einer überzeugenden Form.

Es sind riesige Probleme, die vor uns stehen. Aber alle Probleme können nicht auf einem Parteitag zur Sprache kommen. Und ein Parteitag – und dabei bleibe ich – ist im Grunde genommen eine große Demonstration. Das muß er auch sein. Jede große Demonstration darf nicht lauter Raketen enthalten und ständig Geist sprühen lassen. Natürlich brauchen wir Geist sehr, aber der Geist muß in der gleichen Richtung überall wehen. Und deswegen, lieber Freund Dufhues, würde ich mich freuen, wenn Sie die Vorarbeiten für den Parteitag in den nächsten Wochen noch sehr eifrig in die Hand nähmen.

Ich schlage nunmehr vor, wir machen eine Stunde Pause.

Pause von 13.45 Uhr bis 14.45 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wie das so üblich ist, um die Mittagszeit lichten sich die Reihen. Ich denke, jetzt findet im ernsten Sinne eine würdige Tafelrunde statt. Was heute morgen über den Parteitag gesagt worden ist, sollten wir nun nicht mehr in extenso wiederholen. Die Aussprache heute morgen war sehr gut und ergiebig, aber der Parteitag verlangt, daß wir unsere Ansprüche an ihn aufeinander abstimmen. Ich darf folgendes feststellen: Wir sind uns darüber im klaren, 1. daß die Diskussion in den Arbeitskreisen in guter und vorsichtiger Weise gelenkt wird; 2. daß auch im Plenum des Parteitages eine Diskussion stattfinden muß. Wir müssen auch überlegen, wann sie gehalten wird. Ich meine, nicht nach jeder Rede; 3. daß die Entschließungen der Arbeitskreise kontrolliert und aufeinander abgestimmt werden müssen. Hier darf nur ein geschlossenes Bild entstehen.

Zu den Themen möchte ich noch sagen: Ich glaube nicht, daß über die Organisation der Partei da groß gesprochen wird. Dabei kommt auch nichts Vernünftiges heraus. Außerdem ist es für die Leute nicht interessant genug. Wir müssen uns aber

an den Gedanken gewöhnen, daß ein Bundesparteitag nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch das gesamte Parteileben in den Ländern und Kommunen behandeln muß. Daß das natürlich nicht ins Detail gehen kann, darüber sind wir uns klar. Ich meine, Herr Kollege Gerstenmaier, wenn Sie diesen Arbeitskreis in die Hand nehmen, wird schon etwas Gutes dabei herauskommen.

Es bleibt noch die Frage der Frauen übrig, worauf Frau Weber hingewiesen hat. Ich bin durchaus der Auffassung von Frau Weber, daß eine Frau an einer guten Stelle sprechen muß. Weiter meine ich, daß wir dem Kulturkongreß – so heißt das schöne Wort –, der im Herbst stattfinden soll[40], nicht das ganze Gebiet der Kulturpolitik überlassen sollen. Wir können wohl auf diesen Kulturkongreß hinweisen, aber es müssen unsere kulturellen Wünsche und Forderungen in irgendeiner Weise auch vorgetragen werden in einem der Arbeitskreise. Und das muß in der Entschließung aufgenommen werden.

Wenn Sie im großen und ganzen damit einverstanden sind, dann dürfen wir Herrn Dufhues bitten, zusammen mit den Herren, die bisher mit ihm zusammengearbeitet haben, die Fragen weiter zu lösen.

Ich möchte aber noch einmal die Frage aufwerfen, ob wir über Berlin etwas sagen sollen. Sollen wir über diesen ganzen Themenkreis etwas sagen? Ich bin der Auffassung, das sollten wir tun nicht nur um der Menschen willen, die im Ostsektor und in der Zone wohnen, sondern auch deshalb, damit wir gegenüber unseren Bündnispartnern nicht an Gelände verlieren. Ich halte das also für unbedingt notwendig. Wir müssen uns darüber klar sein, je mehr Zeit seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 dahinfliegt, desto schwächer wird der Gedanke in den Seelen der deutschen, insbesondere aber der anderen Menschen an all das Vergangene. Ich würde aber, um das noch einmal zu wiederholen, nicht so sehr von unserem Recht und unseren Schicksalsempfindungen sprechen; denn seien Sie sich darüber klar, daß auch unsere besten Freunde auf dem Standpunkt stehen: Die haben doch den Krieg angefangen, und sie haben ihn verloren. Und für den verlorenen Krieg müssen sie auch bezahlen. – Wir finden also auch bei den besten Freunden nicht den entsprechenden Widerhall, wenn wir in dieser mehr nationalen oder völkerrechtlichen Weise sprechen.

Deshalb sollten wir sehr stark und sehr intensiv das Menschliche betonen. Was da Menschliches alles passiert, das ist den Amerikanern, den Engländern und Franzosen in keiner Weise klar; auch nicht den Beneluxländern. In unserer Zeit, in der von der öffentlichen Meinung der Welt nicht geduldet wird, daß im Innersten Afrikas noch ein koloniales Volk besteht, wird aber fast geduldet, daß im Herzen Europas 16 Millionen Menschen der Freiheit entbehren müssen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn Sie im großen und ganzen mit diesen meinen Ausführungen einverstanden sind, dann können wir in der Tagesordnung weiter fortfahren.

---

40 Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

Dufhues: Vielleicht darf ich Ihre Ausführungen noch um einige technische Punkte ergänzen, Herr Bundeskanzler. Die erste Frage ist die, ist der Vorstand bereit, den Bundesparteitag in Dortmund unter ein Gesamtthema zu stellen und vielleicht das Gesamtthema unseres Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen „Friede, Arbeit, Ordnung" zu übernehmen? Die Frage ist also, ob dies erwünscht ist. (*Adenauer:* Auch für den Bundesparteitag?) Das würde den Wahlkampf erleichtern. (*Zimmer:* „Sicherheit" ist z. B. nicht drin.)

Gerstenmaier: Herr Dufhues, während Sie das sagen, überlege ich mir, ob es wahr ist, was ich heute in der Zeitung gelesen habe, daß unsere dreißig- bis fünfzigjährigen Männer offenbar nicht mehr in ihrer Mehrheit uns wohlwollend sind.[41] (*Dufhues:* Die SPD schreibt aber, daß sie in größerer Zahl zu uns gekommen sind.) Ich denke mir, daß es vielleicht die gesteigerte kritische Distanz in dieser Schicht unserer Zeit ist gegenüber solchen Formulierungen wie „Friede, Arbeit, Ordnung".

Adenauer: Die Leute, die im Jahre 1945 15 Jahre alt waren, die also nur noch eine Erinnerung an die Vergangenheit haben, sind heute 32 Jahre alt. Wenn wir einen solchen Slogan – oder nennen Sie es, wie Sie wollen – oder Spruch nehmen, dann müssen wir an die jungen Leute und an die Zukunft denken. Und hierfür empfehle ich Ihnen ganz dringend, auf alle Fälle „Europa" mit hineinzunehmen. Die Jugend denkt in der Tat an Europa und verspricht sich auch mit Recht etwas von Europa. Und gerade die Jugend müssen wir doch haben.

Dufhues: Das würde also bedeuten, daß wir diesen Spruch nicht übernehmen, sondern daß ein anderer übernommen wird. Vielleicht können wir das dem Bundesparteivorsitzenden überlassen.

Die zweite Frage lautet: Können wir die Übung vergangener Parteitage aufgeben, indem wir die Begrüßungsansprachen auf eine reduzieren? Es wird dabei ja nicht viel gesagt, sondern es sind meistens unverbindliche Worte. Wir könnten unsere Gäste bitten, sich auf einen Sprecher zu einigen. (*Blumenfeld:* Das können Sie nicht machen! Das ist doch ausgeschlossen!) Wir verlieren aber die beste Zeit für diese Reden.

Adenauer: Der Präsident des Parteitages kann mit den Leuten sprechen und ihnen sagen, jeder möchte sich auf vielleicht zwei Minuten beschränken. (*Blumenfeld:* Die italienischen Freunde müssen Sie in ihrer Rede zeitlich begrenzen.)

Dufhues: Die dritte Frage lautet: Wie ist es mit der Aussprache? Ich würde vorschlagen: Sie sprechen zunächst, Herr Bundeskanzler, am Sonntag. Am Montag vormittag sprechen die Herren Erhard und Blank. Im Anschluß daran würde ich die Aussprache zulassen über alle vorangegangenen Referate. Außerdem würde ich vorschlagen, für den Dienstag nach den Berichten aus den Arbeitskreisen eine Aussprache vorzusehen. Damit ist diese Frage auch für den Bundesparteitag gelöst. Würden Sie damit einverstanden sein?

---

41 Vgl. FAZ vom 10. Mai 1962 „Meinungsumfrage bei den Wählern" (EMNID).

Zimmer: Eine technische Anregung: Damit die Beschickung der Arbeitskreise einigermaßen gleichgewichtig nach allen Richtungen hin erfolgt und auch der Ablauf der Diskussion dort gesichert wird, würde ich vorschlagen, daß diese durch die Landesvorsitzenden vorbereitet wird. Ansonsten würde ich anregen, genügend Zeit für den Abend des ersten Tages zu lassen, damit sich die Delegierten dort treffen können. (*Müllenbach:* Das ist vorgesehen.)

Adenauer: Lassen wir uns doch alle treffen. Warum nur Rheinland-Pfalz oder Berlin für sich? (*Zimmer:* Es geht darum, die Arbeitskreise richtig zu beschicken und den Ablauf der Diskussion vorzubereiten.) Mein lieber Herr Zimmer, ich schätze und achte und ehre die Landesparteien, überhaupt die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden, aber ich möchte sie nicht bevollmächtigen, uns die Leute dorthin zu schicken. Auch hier müssen wir Freiheit gewähren. *(Heiterkeit.)*

Dufhues: Bei der Berichterstattung zu den Arbeitskreisen habe ich angeregt, die Frage zu prüfen, ob im Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik" neben Herrn Schmücker noch ein Parteifreund sprechen kann, der sich mehr der Arbeitnehmerseite verpflichtet fühlt. Wie ich höre, haben die Vertreter der Arbeitnehmer in der Pause darüber beraten. Vielleicht kann Herr Blank etwas dazu sagen.

Blank: Wir wollen nach Dortmund gehen, weil wir bei der Gelegenheit im Hinblick auf den Wahlkampf unsere besondere Verbundenheit mit den Arbeitnehmern dartun wollten. Wir haben in der Pause darüber gesprochen. Ich möchte ausdrücklich sagen, der Herr Staatsminister a.D. Dr. Schmidt ist uns hochwillkommen, auch die Herren Schmücker und Etzel, aber es wäre vielleicht richtiger, wenn auch Herr Katzer in Erscheinung träte. Wenn Sie sich aufeinander abstimmen, dann läßt sich das schon machen.

Adenauer: Die Arbeitnehmer haben sich auf Herrn Katzer verständigt. (*Blank:* Wird das akzeptiert?) Ja!

Schmidt: Ist das als Korreferat oder als eine Teilung des zu behandelnden Problems aufzufassen? (*Zurufe:* Keine Aufteilung!) Ich wollte das nur klären. (*Dufhues:* Sie sollen sich gegenseitig ergänzen und durchdringen.)

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß sich die Kollegen Erhard und Blank zusammensetzen und das besprechen.

Dufhues: Ich halte es für richtig, daß sich die Herren Erhard und Blank mit den Herren Schmücker und Katzer zusammensetzen, um die Thematik dieses Arbeitskreises zu behandeln, damit keine Schwierigkeiten entstehen.

Ich würde weiter vorschlagen, daß sich die Parteifreunde, die für die Leitung, die Referate und die Berichterstattung vorgesehen sind, unmittelbar nach der Vorstandssitzung in den nächsten Tagen zusammensetzen, um die Behandlung der verschiedenen Themen in den Arbeitskreisen festzulegen und zu klären. Sie sollten auch von sich aus Anregungen für die Diskussionsbeiträge und die Formulierung der Entschließungen geben. Letzten Endes muß die Verantwortung für die Diskussion, die Referate und die Berichterstattung bei denen liegen, die vom Parteitag bestellt worden sind. Ich bin gerne bereit, mich um eine

Koordinierung zu bemühen, aber die Verantwortung muß bei den Referenten und den Leitern liegen.

Adenauer: Wer ist das? Wer soll das machen? (*Dufhues:* Jeweils der Leiter eines Arbeitskreises. – *Krone:* Die Einberufung müssen Sie vornehmen.) Ich glaube, das ist absolut notwendig, sonst geht die Sache in verschiedene Richtungen. Leiter muß sein, wer das Ganze übernimmt.

Dufhues: Ich bitte die Herren, die die Repräsentanz übernehmen wollen, auch zu den Terminen zu kommen. Ihren Hinweis, Herr Bundeskanzler, darf ich so verstehen, daß ich mit dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier das Thema und die Thematik im einzelnen noch formuliere. Das würde also vom Bundesvorstand akzeptiert werden.

Adenauer: Herr Gerstenmaier, dann wären auch einige Worte von Ihnen notwendig. (*Gerstenmaier:* Diese Sache ist unabhängig vom Thema. Ich frage aber, wird das Grundsatzreferat vom ersten Tag vorher schriftlich vorliegen?) Ich weiß es nicht, aber streichen wir das Wort „Grundsatz". (*Gerstenmaier:* Das Wort „Grundsatz" wollen Sie streichen?) Ich möchte Sie bitten, mir etwas Freiheit zu lassen, weil kein Mensch weiß, wie die Welt an diesem Tage politisch aussehen wird. (*Gerstenmaier:* Also sagen wir: Rede des Ersten Vorsitzenden.) Ich rede nicht lange.

Gerstenmaier: Zu dem Grundsatzreferat – falls Sie es halten sollten – wäre ich der Meinung, daß es von großer Wichtigkeit für die Arbeitskreise ist, daß wir es vorher in der Hand hätten. Wenn es aber eine politische Rede zur Situation des Staates ist...

Adenauer: Herr Gerstenmaier, darf ich Ihnen sagen, was mir vorschwebt. Ich habe es heute vormittag schon angedeutet unter dem Eindruck der Vorgänge in der Democrazia Cristiana und unter dem Einfluß, den der MRP heute in Frankreich besitzt.[42] Hier kann doch der Gedanke auftauchen: Ist die Zeit der christlichen Parteien vorbei? Ich möchte gerade unter Hinweis auf die kommunistische Gefahr in der Welt – die man nach meiner Meinung nicht groß genug sehen kann – darauf aufmerksam machen, daß nur eine auf christlich-humanistischer Basis stehende Partei allein dem kommunistischen Atheismus entgegentreten kann.

Gerstenmaier: Dann muß noch über die Denkschrift von Herrn Barzel, auf die man ja immer wieder kommen wird, gesprochen werden.

---

42 In Italien wurde am 21. Februar 1962 durch den Ministerpräsident Amintore Fanfani eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der Christlich-Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Republikanischen Partei gebildet, die von der Sozialistischen Partei Nennis unterstützt wurde (AdG 1962 S. 9686 f.). Bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten am 6. Mai stimmten jedoch die Sozialdemokraten, die Republikaner und die Sozialisten nicht für den Kandidaten der Christlich-Demokraten, Antonio Segni. Dieser wurde im 9. Wahlgang mit den Stimmen der Christlich-Demokraten sowie der Liberalen, Monarchisten und Neofaschisten gewählt (AdG 1962 S. 9849). – In Frankreich trat am 11. April 1962 der Ministerpräsident, Michel Debré, zurück. Der von de Gaulle nominierte Nachfolger, Georges Pompidou, bildete am 15. April die neue Regierung, der fünf Mitglieder des MRP (Mouvement Républicain et Populaire) angehörten; sie demissionierten aber am 16. Mai wegen der Europapolitik de Gaulles (AdG 1962 S. 9810, 9862).

Dufhues: Nun kommt die letzte Frage: wo und wie eine Frau eingesetzt werden soll. Ich überlege gerade, ob wir Frau Schwarzhaupt[43] bitten sollten, die Leitung des Arbeitskreises II zu übernehmen. Wären Sie damit einverstanden, Herr Schmidt? (*Schmidt:* Ich bin sehr gern bereit. – *Etzel:* Das kann sie nicht. Das ist doch völlig ausgeschlossen. – *Zurufe:* Sehr richtig, das geht nicht!) Bin ich denn ermächtigt, diese Frage mit unseren Frauen zu behandeln und dann zu entscheiden?

Adenauer: Ich schlage vor, Ihnen diese Ermächtigung mit Freuden zu geben. – Können wir nun in der Tagesordnung fortfahren? Das Wort hat Herr Krüger.

Krüger: Ich möchte auf das zurückkommen, was Sie eben sagten, Herr Bundeskanzler, daß wir bei der Behandlung der Frage Berlins und der Wiedervereinigung nicht so sehr von unserem Recht Gebrauch machen, sondern mehr das Menschliche herausstellen sollen. Das ist grundsätzlich richtig; denn wenn man mit Ausländern spricht, sind sie damit sehr ansprechbar. Man könnte dabei auch noch die Frage nach den Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie stellen. Von den Polen wird die Zahl mit 900.000 angegeben. Nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses des Auswärtigen Amtes vom vorigen Jahr sind es etwa 1,2 Millionen Menschen.[44] Ich meine, daß nach dieser Richtung hin ein Diskussionsbeitrag durchaus gebracht werden könnte. Wir brauchen nicht nur die außenpolitischen Verhältnisse zu berühren, sondern wir müssen auch zu den innenpolitischen Problemen Stellung nehmen. Ich würde hierzu im Arbeitskreis „Deutschland und Europa" etwas sagen.

Diese Frage berührt noch etwas anderes. In den letzten Wochen ist von prominenten Politikern unserer Partei die Grenzfrage angeschnitten worden. Das mag im Grunde genommen richtig sein, aber ich halte es für verfehlt, daß das überhaupt geschieht. Das Memorandum der acht Evangelischen[45] hat leider – auch außenpolitisch gesehen – sehr großen Schaden angerichtet, vor allen Dingen deshalb, weil diese betreffenden Menschen von einem Punkt her zu dieser politischen Äußerung gekommen sind, der den Realitäten – wie Sie das z. B. in der Dokumentation des Auswärtigen Amtes zur Oder-Neiße-Linie[46] feststellen können – widerspricht.

---

43 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 252 Anm. 18.

44 Ergänzung zum Schriftlichen Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (3. Ausschuß) vom 9. Juni 1961 (Drs. IV/2807).

45 „Memorandum der Acht" – Acht evangelische Persönlichkeiten übten Kritik an der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung (FAZ vom 24. Februar 1962). Zur Oder-Neiße-Linie heißt es: „Wir sagen nicht Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengeben müssen." (AdG 1962 S. 9697 f.).

46 Auswärtiges Amt: Dokumentation „Oder-Neiße-Linie". Urkundentexte und zusätzliche Erklärungen zur Frage der deutschen Ostgebiete vom Potsdamer Abkommen (2. August 1945) bis April 1959. 2. Aufl. Bonn 1959.

Vor allen Dingen ist es doch auch so: Wenn wir die Wiedervereinigung mit den 17 Millionen Menschen schon erreichen wollen, dann dürfen wir uns auf keinen Fall dieser Rechte begeben, die uns praktisch noch aus dem Potsdamer Abkommen[47] zustehen. Und wenn wir heute in unserer Partei erkennen lassen, daß ein großer Teil schon nach dieser Richtung hin völlig resigniert, dann weiß ich nicht, welche innenpolitischen Folgerungen für unsere zukünftigen Entscheidungen daraus erwachsen.

Ich erinnere daran, daß Sie bei keinem Angehörigen der SPD und auch der FDP z.Z. ein Abrücken vom Standpunkt der Bundesregierung feststellen, die davon ausgehen – wie dies auch im Jahre 1950 im Bundestag festgestellt worden ist[48] –, daß die zukünftige Grenzregelung einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regelung vorbehalten bleibt.

Wir können sehr zufrieden sein, daß, nachdem sich die Verbände der Vertriebenen zusammengeschlossen haben, hier eine völlig einheitliche Linie mit den politischen Parteien und vor allen Dingen mit der Regierung besteht und daß nach dieser Richtung von keiner Seite mehr irgendwelche Angriffe gegen die Bundesregierung erfolgt sind. Das sollte man einmal berücksichtigen, wenn man von unserer Seite zu diesen Fragen Stellung nimmt.

Es ist z. B. nicht akut, wenn über die Frage der Territorien gesprochen wird. Das ist nur durch das Memorandum der Acht hochgespielt worden. Und nun glaubt der eine oder andere, er müsse dazu etwas sagen. Er wird oft dazu herausgefordert durch Fragen von Journalisten. Wir erleben hier immer wieder, daß meist eine völlig falsche Darstellung gegeben wird, so daß dann stets eine Richtigstellung erfolgen muß.

Ich bin also der Ansicht, wenn wir uns auf die klare Stellungnahme der Regierungen zu dieser Frage beziehen, wenn wir uns die Disziplin angewöhnen, die erforderlich ist, und es vermeiden, über die Grenzfrage überhaupt zu reden, daß wir damit unserer Partei den größeren Dienst erweisen.

Ich bitte noch – und deswegen habe ich heute die Gelegenheit benutzt – die Landesvorsitzenden darum, in ihren Landesparteien darauf hinzuwirken, daß die Grenzfragen nicht erörtert werden.

Adenauer: Herr Krüger, ich meine, dem Parteitagspräsidenten – ich weiß nicht, wer es sein wird – sollte gesagt werden, er möchte in seiner Ansprache der Vertriebenen und diesem ganzen Fragenkomplex besonders gedenken.

Krüger: Damit bin ich einverstanden. Da an sich die Bundesregierung und wir auf einer Linie liegen, besteht gar keine Befürchtung, daß es irgendwie zu einer unerwünschten Diskussion kommen wird. Wenn der Präsident eine entsprechende Erklärung abgibt, ist die Sache erledigt.

---

47 Schlußkommuniqué der Konferenz der „Großen Drei" (Stalin, Truman, Attlee) vom 17. Juli bis 2. August 1945. Zur Aktenlage vgl. Rudolf Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. 3. überarb. und erw. Aufl. München 1995 S. 131.

48 Interfraktionelle Erklärung zum Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie in der 68. Sitzung des Deutschen Bundestags am 13. Juni 1950. Vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd. 4 S. 2457–2459.

Adenauer: Herr Dufhues wird uns noch mitteilen, wer der Präsident des Parteitages sein wird. (*Dufhues:* Das ist jeweils der örtlich Zuständige.) Also, der örtlich Zuständige, Sie haben es gehört, meine Damen und Herren, also Herr Dufhues. (*Dufhues:* Ja!) Wir können nunmehr übergehen zum Punkt 4 der Tagesordnung:

Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU[49]

Barzel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich darf mich ganz kurz fassen in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit. Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, daß in der vorhergehenden Debatte viele Redner dafür eingetreten sind, dafür zu sorgen, daß auf dem Parteitag nicht etwas passiert, was als endgültig aufgefaßt werden könnte. Ich möchte mich vor allem bedanken beim Herrn Bundeskanzler, der so liebenswürdig gewesen ist, mich in den letzten Monaten wegen dieser Denkschrift zu empfangen.

Ich darf Sie an Ihren Beschluß vom 11. Dezember 1961 erinnern, der auf Antrag des Herrn Bundeskanzler hier gefaßt worden ist. Als ich diesen Beschluß annahm, dachte ich mir, die Erstellung dieser Arbeit wäre sehr viel leichter, weil ich hörte, daß eine Reihe von zuständigen Herren des Geisteslebens – seien es Professoren, seien es andere – bereit sein würden, in einer relativ kurzen Zeit ihre Erfahrungen und Vorschläge auf 10 oder 20 Seiten auf Papier zu bringen, die man dann diskutieren und redigieren könnte. Das war aber leider eine Illusion, weil die ersten Kräfte, die es in Deutschland gibt, stark überlastet sind mit sonstigen Verlagsarbeiten und Vorträgen. Sie sind zwar bereit, einen für einen Tag oder einen Abend zu empfangen; aber dann geht man weg und hat nur ein Verzeichnis von Literatur, so daß das meiste doch bei einem selber bleibt. Es ist auch nicht möglich, für drei Monate einen Sekretär oder Assistenten zu bekommen, so daß also diese Arbeit einen sehr starken persönlichen Charakter trägt.

Da ich, wie Sie wissen, katholischer Konfession bin und es um grundsätzliche Fragen ging, habe ich mich besonders bemüht, mit evangelischen Herren zu sprechen. Ich will keinen einzelnen nennen, aber ich darf mich besonders bei denen bedanken, die mir geholfen haben. Ich darf sagen, daß ich ein großes Verständnis auf dieser Seite gefunden habe.

Wenn Sie ein Urteil über diese Schrift abgeben, dann darf ich Sie bitten, dieses Urteil zu bemessen an dem Auftrag, der mir zuteil war, und nicht an anderen Dingen, die nicht zum Auftrag gehörten. Der Auftrag ist in der Schrift formuliert, und der Herr Bundeskanzler hat ihm zugestimmt. Ich bitte Sie auch, das Urteil zu bemessen an der

49 Rainer Barzel: Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11. Dezember 1961. O.O. 1962.

Zeit, die zur Verfügung stand, und schließlich an dem Maß, das ich selbst gesetzt habe in der Ziffer 3 dieser Schrift, wo es heißt „Diese Studie ist ein Versuch". In der gesetzten Frist war es mehr ein erster Diskussionsbeitrag, aber kein abschließendes Ergebnis.

Der Verfasser bekennt, daß er schon zufrieden wäre, wenn der Bundesvorstand diese Arbeit als Grundlage von Erörterungen gelten ließe und zum Ausgangspunkt spezieller und gründlicher Prüfung von Einzelfragen nähme. Dies ist der Maßstab, den ich auch für die Beurteilung anzusetzen bitte. Und wenn ich hinzugefügt habe, auch in dieser Vorbemerkung: „Diese Studie stützt sich weitgehend auf wissenschaftlich exakte Ergebnisse, ist aber in der Sprache der Politik niedergelegt, stark verkürzt in den Einzelheiten und zusammenfassend formuliert", dann bitte ich Sie, das gleichfalls hier noch gelten zu lassen.

Wenn jemand einen Roman schreiben will, dann kann man ihn nicht beurteilen aufgrund eines wissenschaftlichen Gutachtens und umgekehrt. Und was manche Vorwürfe betrifft, diese Schrift enthalte auch einige Gemeinplätze, Selbstverständlichkeiten und forsche Parolen, so möchte ich darauf sagen, daß wir schon seit Churchill[49a] wissen, welche Bedeutung der Gemeinplatz und das Ressentiment in der Politik haben. Jeder weiß, daß es ungleich schwieriger ist, eine Sache in ein paar Sätzen zu formulieren, als sie in 20 Seiten etwa darzutun. Ich hätte Ihnen auch 1.000 Seiten vorlegen können, viel leichter als diese 200 Seiten, aber dann wäre es so kompliziert geworden, daß ich mich selbst nicht mehr hätte durchfinden können.

Ich habe noch eine Bitte. Wir sind eine Union, und das ist ein Ort der Toleranz. Zur Toleranz scheint mir zu gehören, daß wir jedem seine Handschrift zubilligen. Es ist nicht eine Union von Uniformität oder ein Verein zur Sterilisation, sondern wir wollen jedem seine Geistigkeit gelten lassen, soweit sie vorhanden ist.

Ich habe mich deshalb bemüht, aus dem Abstand – es ist schon sechs Wochen her – noch einmal die Studie zu lesen. Ich habe die Pressestimmen gelesen und die Briefe, die mir zu dieser Studie zugegangen sind. Gleichwohl – das sage ich nach ernsthafter Prüfung – möchte ich erklären, daß ich voll und ganz zum Inhalt dieser Studie stehe wie auch zu der Art dieser Arbeit. Sie ist nun einmal meine auf redlicher Überzeugung gegründete Auffassung. Ich erwarte nicht, daß diese meine Überzeugung die von Ihnen allen ist.

Ich hoffe sehr, daß ich durch diese Diskussion, die wir haben werden – und die hoffentlich nicht im Sinne eines Begräbnisses 1. Klasse enden wird –, viele Gesichtspunkte erfahren werde, die dann dazu führen können, daß ich meine Überzeugung in der einen oder anderen Frage akzentuiere.

Sollten Sie aber daran denken, hier weiterzugehen und diese Studie zu einer Grundlage für eine offizielle Äußerung der Union zu machen, dann bin ich gerne bereit, mich in Disziplin und Toleranz einzuordnen. Gleichwohl möchte ich Sie darum bitten, heute dem Grunde nach auch einen Beschluß zu fassen und hierbei

---

49a Sir Winston Churchill (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 brit. Premierminister.

zu berücksichtigen, daß 1. diese Arbeit nicht mein privates Hobby war; 2. es eine von mir nicht bewirkte öffentliche Diskussion gegeben hat, die auch nicht frei von Böswilligkeiten ist; 3. den Beschluß zu fassen hinsichtlich meiner Beteiligung am Parteitag. Denn die Nachfrage nach Exemplaren dieser Arbeit gerade aus unserer Union im Bund und in den Ländern ist so stark, daß man sich nach meiner Meinung auch schon deswegen zu einem Beschluß hier durchringen muß.

Ich möchte aber darauf verzichten, einen Vorschlag zu weiterem Procedere zu machen. Durch die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Frage der Eigentumsbildung[50] sowohl in der Gesellschaftspolitik wie in den grundsätzlichen Ansätzen der Politik wäre einiges nachzutragen. Ich habe mich bemüht, das heute in einem Aufsatz im „Rheinischen Merkur" zu tun.[51] Ich meine deshalb, daß ich Ihnen einige Worte schuldig bin über die Kritik, die geäußert worden ist.

Der erste Punkt aus den Reihen des Vorstandes lautet, die Arbeit sei zu kompliziert, zu unverständlich und zu lang; der Vorstand könne nichts damit anfangen. Der zweite Punkt war die Kritik aus der Zone. Darüber will ich mich nicht auslassen. Der dritte Punkt war die Kritik in der „Kölnischen" und „Bonner Rundschau" vom 28. April 1962, worin gesagt wurde:

„Die Aussichten Barzels, zum Parteitheoretiker aufzurücken, sind nicht allzu gut. In einigen christlich-demokratischen Kreisen wird bereits offen die Meinung vertreten, diese Studie sei keine Studie, sondern ein etwas in die Breite geratenes erbauliches Traktat, allenfalls als Vorlage für Wahlkampfreden auf Orts-, höchstens Kreisebene geeignet."

Ich habe das mit Schmunzeln zur Kenntnis genommen. (*Adenauer:* Das war doch ein Lob!) Ja! (*Krone:* Wer ist der Verfasser?) Ein Herr Iserlohe[52]. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"[53] war so „liebenswürdig", dieser Studie, bevor sie überhaupt da war, ihre Aufmerksamkeit zu widmen mit der Überschrift „Der falsche Wegweiser", und sie hat dann in einem später erschienenen Artikel Kritik geübt, aber nicht am Inhalt, sondern gesagt, ich sei der Faszination schöner Worte erlegen. Jedenfalls fasse ich das nicht als eine echte Kritik auf. Ich hätte mich aber gefreut, wenn sie sachlich geblieben wäre.

Ernster zu nehmen ist ein kritischer Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung".[54] Am ernstesten nehme ich persönlich einen Aufsatz in der Zeitschrift „Christ und Welt" vom 11. Mai 1962. Aber auch hier wird gesagt, diese Schrift von mir trage einen katholischen Duktus. Und das, so muß ich gestehen, ist ein wenig schmerzlich. Ich

---

50 „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung – Eine evangelische Denkschrift zur Eigentumsfrage in der Bundesrepublik Deutschland" vom 6. April 1962. In: Die Denkschriften der EKD. Texte und Kommentar. Hg. von Karl-Alfred Odin. Neukirchen 1966.

51 „Rheinischer Merkur" vom 11. Mai 1962 „Die unaufgebbare Basis. Zur Debatte über die Reform der christlich-demokratischen Parteien".

52 Norbert Iserlohe (1930–1985), Journalist; 1959–1985 Redakteur der „Kölnischen Rundschau". Vgl. Anm. 32.

53 Vgl. Anm. 34.

54 NZZ vom 3. Mai 1962 „Gespräche über eine Parteireform in der CDU".

nehme es sehr ernst. Offensichtlich ist mein Bemühen, mich mit den evangelischen Freunden zu verstehen, nicht überall richtig durchgekommen.

Es liegen auch ganz andere Voten von namhaften evangelischen Theologen vor. Ich bin gerne bereit, über diesen Punkt in der Diskussion jetzt noch mehr zu sagen. Ich hoffe allerdings nicht, daß für uns in der Union etwa der katholische Duktus identisch wäre mit einem evangelischen Postulat.

Gleichzeitig bin ich informiert worden – ich habe es noch nicht gelesen –, daß das „Echo der Zeit" aus Recklinghausen in dieser Woche auch einen kritischen Aufsatz schreiben wird[55], in welchem steht, daß in einigen Punkten auch katholische Forderungen nicht genügend formuliert seien. Ich will nun nicht sagen, ich liege wunderbar in der Mitte, sondern man sollte diese Dinge sehr sorgfältig prüfen.

Ich hatte vor, in einem zweiten Kapitel das zu tun, was ich am Schluß sage, nämlich Anregungen für die künftige Arbeit der Union zu geben. Ich möchte heute davon absehen, weil ich erst über das, was jetzt vorliegt, ein Urteil haben will. Ich möchte also das Bild nicht weiter verwirren. Es ist zunächst einmal genug Stoff da für die Diskussion. Lassen Sie mich noch einige wenige Worte zum Schluß dieser Einführung sagen. Ich will es ganz schlicht ausdrücken. Ich bin der Auffassung, daß unsere Union, wenn sie eine Zukunft haben soll und eine Volkspartei bleiben will, ein geistiges Band braucht, das sie eint und eine gemeinsame Politik möglich macht, daß sie ferner eine Konzeption für die einzelnen Sachgebiete braucht, wobei nicht der Interessenausgleich des Tages mit einer Konzeption verwechselt werden darf.

Ich habe geschrieben, daß die Sozialdemokratie eine Nachlaufbewegung der Union geworden ist und zu einer Partei werden will, die ihre Aufgaben der Demoskopie entnimmt. Darauf habe ich dann einige Antworten zu geben versucht. Der verfassungspolitische Auftrag, den wir als Partei haben, nämlich mitzuwirken bei der Willensbildung des deutschen Volkes nach Artikel 21 des Grundgesetzes, heißt nicht, daß wir uns darauf beschränken dürfen, nur einseitig unsere Pflicht zu tun, sondern wir haben auch die Pflicht, an der öffentlichen politischen Diskussion teilzunehmen.

Hier möchte ich ganz offen einer Sorge Ausdruck geben, die Sie vielleicht verwundert aus meinem Munde hören. Ich habe gesagt, wie positiv ich die Denkschrift der evangelischen Kirche bewerte. Müssen wir uns nicht auch Rechenschaft darüber geben, daß hier die Kirchen in ein Vakuum vorstoßen, das wir aufzufüllen haben, und daß wir als eine christliche politische Partei in eine nicht ganz bedenkenfreie Situation kommen werden, weil wir keine Entwürfe nach vorne liefern, keine Idealbilder an die Wand malen und keine große Konzeption liefern, die Kirchen das aber tun und wir nachkommen müssen und nur an diesen Voten gemessen werden? (*Bewegung. – Zurufe:* Nicht klar!) Ich bin dankbar dafür, daß die Kirchen das tun. Aber wenn wir in ein Vakuum kommen, dann sollten wir dieses Problem sehen. Wir sollten sehen, daß bei unserer Jugend – bei der akademischen Jugend insonderheit – immer wieder

55 „Das ‚C' im Namen bleibt" („Echo der Zeit" vom 13. Mai 1962).

gefragt wird nach irgendeiner geistigen Visitenkarte der Union. Ich weiß, was wir im Programm haben. Ich kenne auch die Dinge, die es in Frankfurt vor der Wahl um die Düsseldorfer Leitsätze[56] gegeben hat.

Ich meine deshalb, wir müssen auf diesem Gebiet neue Überlegungen und ein paar neue Formulierungen machen. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir seit vielen Jahren in der Regierung sitzen und dabei nicht als eine neue, sondern als die alte Kraft angesehen werden. Wenn hier nicht etwas geschieht, dann wird bald der Unterschied in der Fragestellung nur noch lauten: Wer hat schon regiert und wer noch nicht? Das wäre allerdings für uns eine sehr schlechte Alternative. Wir brauchen also konkrete Sachkonzeptionen mit Überschriften, die die Sache verständlich machen.

Deshalb habe ich die Bitte an die Bundesregierung, wenn sie jetzt mit dem Sozialplan und dem Finanzplan für die Legislaturperiode[57] herauskommt, dann bitte nicht nur ein Bündel von Gesetzen in der Sprache des Amts, sondern eine Überschrift, die das Ganze für vier Jahre meßbar und verständlich macht. Und da bitte ich, keine Angst vor Gemeinplätzen zu haben.

Noch etwas aus der Praxis! Es ist gut, in die Vergangenheit zu gehen; dann ist die Gegenwart nicht zu hart. Unser Parteitag im Jahre 1957 in Hamburg hatte als Parole die Themen „Wohlstand für alle" (Erhard) und „Eigentum für jeden" (Arnold) herausgestellt. Jeder von uns hatte eine Fülle von Vorschlägen, aber diese Parole war notwendig, weil die Partei vorher eine Konzeption nicht erarbeitet hatte.

So glaube ich, daß auch diese Unlust, die sich aufgrund der EMNID-Zahlen in der Bevölkerung ausdrückt[58], mit darauf zurückzuführen ist, daß wir nicht sofort nach der Wahl eine Konzeption lieferten, so daß der Eindruck entstanden ist – ob berechtigt oder nicht –, daß wir uns erst jetzt darum bemühten, einen Gesetzgebungskatalog für die nächsten vier Jahre zu finden. Das mag alles richtig sein, aber in der Öffentlichkeit, so scheint es mir, herrscht doch dieser Eindruck vor.

Am Schluß möchte ich Ihnen – eine Überzeugung, die Sie vielleicht nicht haben – eine Art Denkmodell vortragen. Ich glaube nicht, daß irgendwo steht, die Christlich-Demokratische Union sei für ewige Zeiten die tonangebende Kraft. Es ist vielleicht so, daß auf lange Sicht eine kleine sozialistische und eine liberale Gruppe miteinander konkurrieren und dazwischen eine Traditionskompanie von letzten Christen hier tätig sein wird. Ich meine, das bietet uns Grund zu Überlegungen und veranlaßt uns, etwas mehr über uns selbst nachzudenken.

---

56 Die hessische CDU und ihr Vorsitzender Werner Hilpert hatten gegen Teile des Programms am 17. Juni 1949 schriftlich protestiert und eine Veröffentlichung abgelehnt. – Vgl. Brigitte Kaff: Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991 S. 632 Anm. 4.

57 Bericht der Bundesregierung (Sozialbericht 1962) über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen (Drs. IV/641 – Sten.Ber. 4. WP. Bd. 51, 48. Sitzung vom 14. November 1962 S. 2121–2147).

58 Vgl. Anm. 41.

Daß das in der Partei der Fall ist, habe ich erfahren dürfen. Ich lade jeden ein, sich meinen Schreibtisch anzusehen mit den Briefen an und von den Universitäten usw. Hier ist in der Tat ein Bedürfnis vorhanden, über den Geist, der dahintersteht, zu diskutieren. Ich wiederhole: Dieses Bedürfnis ist da. Und wenn wir uns an dieser Diskussion nicht beteiligen, dann fürchte ich, werden wir keine gute Entwicklung nehmen.

Ich bedanke mich, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, diesen arbeitsreichen ersten Diskussionsbeitrag schriftlich zu leisten und mündlich mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu ergänzen. Es war auch nicht mein Auftrag, mehr als einen Diskussionsbeitrag zu leisten. Mehr war auch nicht mein Ziel. Was ich getan habe, ist eine redliche Bemühung mit viel Fleiß. Der Herr Bundeskanzler hat diese Arbeit und diese Aufgabe angeregt. Ich habe mich bemüht, sie weiter zu tragen.

Nun liegt es an Ihnen, meine Damen und Herren, durch Beschlüsse dafür zu sorgen, daß es weitergeht, oder aber – diese Frage ist natürlich – Sie verwerfen diese Arbeit auch als Grundlage und bitten einen anderen, das zu tun mit einem hoffentlich glücklicheren Ende. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben wohl alle das Gefühl, einen großen Dank für die Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die vor uns liegt. Wenn man die ganze Sache so ernst nimmt, wie man sie nehmen muß, dann dürfen Sie nicht so verärgert sein wegen der Kritik, Herr Barzel. Aus dem, was Sie gesagt haben über die Kritik in den Zeitungen ... (*Schmidt:* Ich glaube nicht, daß er das so gemeint hat!) Was hat er nicht so gemeint? Lassen Sie mich doch bitte einmal aussprechen, Herr Schmidt! Ich darf doch wohl meine Meinung sagen! Der Gedanke dazu ist doch von mir ausgegangen, Herr Schmidt. Ich habe doch hier angeregt, einmal eine Untersuchung darüber zu machen – ich gebrauche jetzt etwas andere Worte –, wie die Welt des Jahres 1962 ist und inwieweit sie anders ist als die Welt des Jahres 1945.

1945 lagen wir am Boden. Wir hatten einen schrecklichen Krieg hinter uns. Wir waren ein besetztes Land hier. Wir mußten wieder aufbauen. Gleichzeitig kam aber auch ein ungeheurer Fortschritt in der Technik, die den Menschen verändert hat. Meine Sorge geht nun dahin, ob wir auch in der Zukunft die führende Partei in Deutschland bleiben. Ich habe eben erklärt, was ich auf dem Parteitag sagen will. Ich habe von der drohenden Gefahr des Kommunismus gesprochen. Ich meine jetzt nicht nur den politischen Kommunismus, sondern dies ganze Denken, das ihm zugrunde liegt, nämlich die Materialisierung des menschlichen Denkens ganz allgemein.

Deshalb lege ich so großen Wert darauf, daß diese Studie fortgesetzt wird. Sie schreiben auf der Seite – leider Gottes hat sie keine Seitenzahlen –, aber unter der Ziffer 3 heißt es: Diese Studie ist ein Versuch. – Sie ist ein dankenswerter Versuch, ja mehr als ein Versuch, wenn die Untersuchungen von Ihnen weiter fortgeführt werden. Dabei kommt es mir weniger darauf an, die Kapitel zu lesen zu unserer Ehre und zu unserem Ruhm und über das, was wir geleistet haben, sondern es wäre für mich sehr wichtig, wenn ein Kapitel darin wäre, wie sich die Sozialdemokratische Partei seit

dem Jahre 1945 verändert hat, damit wir so ein möglichst genaues Bild der Gegenwart bekommen.

Dabei kann natürlich eine Rolle die Frage spielen, ob wir berufen sind, auch in Zukunft dem deutschen Volke und dem allgemeinen Wohl zu dienen. Wir haben lange über dieses Buch gesprochen. Ich würde es mehr aktivieren und konzentrieren. Ein so dickes Buch wird zu wenig gelesen. Ich würde es auch nach der einen oder anderen Seite hin ergänzen, z. B. nach der kulturellen Seite; aber auch nach der Seite der SPD hin. Ich bin der Auffassung – ich kann nur meine persönliche Auffassung wiedergeben, der eine oder andere, mit dem ich darüber gesprochen habe, war anderer Meinung –, daß diese Studie bis zu einem vollendeten Werk noch weiter durchgearbeitet werden muß.

Die Zeit, die Ihnen zur Verfügung stand, war zu kurz. Sie haben völlig recht, wenn Sie sich darüber beklagt haben, daß Sie keine Hilfe bekommen haben. Sie konnten zwar zu diesem oder jenem gehen, man sprach mit Ihnen, aber dann saßen Sie wieder allein da. Das vermindert nicht das, was ich gesagt habe. Ich könnte nun weiter hinweisen auf das Verdienst an Ihrer Arbeit; aber ich meine, es ist nicht unsere Aufgabe, nur zu sagen, das ist eine ausgezeichnete Arbeit – um dann aufzuhören.

Ich meine also, Sie sollten sich diesem Untersuchen weiter widmen. Ich meine nicht andauernd, dafür haben wir Sie zu nötig in der aktiven Politik, aber Sie sollten sich dieser Untersuchung weiter widmen. In meinen Augen sieht es so aus: Wenn ich an die Kriminalität z. B. denke, dann befinde ich mich im Gegensatz zu Ihnen; denn Sie sagen, der christliche Gedanke sei stärker geworden. Ich sage Ihnen, er ist nicht stärker geworden, im Gegenteil, er ist schwächer geworden. Und die Welt wird immer mehr laizistischer. Darüber müssen wir uns klar sein, namentlich wir als eine christliche Partei. Dann sieht sich manches anders an, als Sie es jetzt sehen.

Ich frage mich manchmal, ob wir wirklich unsere Pflicht erfüllt haben, ob nicht die Not, in der wir uns nach dem Zusammenbruch befunden haben, uns alle miteinander dazu gebracht hat, zu materiell zu denken, so daß der geistige Aufbau, wie ich fürchte, noch in seinen ersten Anfängen steckt. Wenn man das durch eine Untersuchung wirklich feststellt, dann kommt das zweite: Was können wir dagegen tun in der Zukunft?

Ich bitte Sie aber dringend, seien Sie nicht so empfindlich und nehmen Sie das nicht übel, was ich gesagt habe. Ich erkenne Ihre Arbeit restlos an, auch daß Sie diese Studie in drei Monaten fertiggestellt haben, ist wirklich etwas ganz Großes. Sie dürfen also nicht ruhen, sondern sollten weiterarbeiten. Diese Untersuchung ist auch nach der geistigen Seite hin zu ergänzen. Das gilt vor allem für die Mentalität, die jetzt vorhanden ist, die ich geradezu für fürchterlich halte. Sie droht, auch uns zu überrollen.

Sie sehen also, wie ich fürchte, die Welt zu rosig an. Ich sehe sie viel weniger rosig an. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich bitte Sie, sich hier einige Seiten mal anzusehen, damit Sie erkennen, welche Arbeit ich darauf verwendet habe. So können Sie Seite für Seite durchgehen, auf denen ich meine Bemerkungen dazu

gemacht habe. Sie sehen auch, wie ich selbst mit mir dabei gerungen habe. Ich bin also kein flüchtiger Leser, denn ich schätze die Arbeit und die ganze Aufgabe hoch.

Nun weiß ich nicht, was wir jetzt noch tun sollen in einer Diskussion, auch in einer Diskussion im Bundesparteiausschuß. Ich glaube, daß kaum die Hälfte der Parteiausschußmitglieder diese Arbeit studiert hat. (*Schmidt:* Der Bundesausschuß hat es noch nicht bekommen!) Er soll es jetzt bekommen. Es ist vorgesehen, daß am Tage vor dem Parteitag in Dortmund über diese Studie diskutiert werden soll. Hier habe ich eine gewisse Sorge, daß man nämlich der Aufgabe und der Arbeit von Herrn Barzel nicht gerecht wird, weil die Aufgabe so schwer und so entscheidend für unsere Zukunft ist.

Weil Sie es so energisch angepackt haben, wünsche ich Ihnen jetzt noch sechs Monate Zeit dazu. Dann werden Sie noch manches ergänzt haben; vieles werden Sie auch weggelassen haben, was Ihnen dann nicht mehr notwendig erscheint. Dann werden Sie, das nehme ich als sicher an, ein wirklich grundlegendes Werk für die Zukunft unserer Partei geschaffen haben. Ich wiederhole nochmals: Ich erkenne es restlos an, aber ich sage, Sie sind noch nicht fertig damit!

Gerstenmaier: Sie können sich vorstellen, daß ich Ihre Studie mit großem Interesse gelesen habe. Es sind neuerdings solche ganz modernen Worte fällig. Darin ist z. B. als Wortpräger der Landesbischof von Hannover, Hanns Lilje[59], ein Künstler. Bei ihm gehört das Wort „erregend" zu einer besonderen Kategorie. Ich mache um solche Wörter einen großen Bogen, aber diesmal, erlauben Sie mir bitte, lieber Freund Barzel, ausnahmsweise einmal davon Gebrauch zu machen. Als ich nämlich Ihr Buch las, war es für mich wenigstens passageweise erregend. Ich habe mir so viele Notizen gemacht, daß es keinen Zweck hat, auch nur mit einer hier anzufangen.

Zur ganzen Beurteilung stimme ich dem Herrn Bundeskanzler bei. Sie haben sich darum bemüht – und das gehört mit zu diesem Erregenden an dieser Untersuchung –, sich mit dem Tatbestand auseinanderzusetzen, daß die CDU geboren ist aus einer Welle der Rechristianisierung unseres Volkes, die spontan ausgebrochen war. Daß diese aus der Rechristianisierung geborene Partei nunmehr vor der Frage steht, was wird aus ihr beim Vormarsch des Säkularismus, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Nun bitte ich vor allem zu prüfen, Herr Katzer, ob dieser soziale Standard – der begrüßt werden muß – die Meinung des Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes darstellt, wenn dort vom sozialen Rechtsstaat gesprochen wird. Ich weiß nicht, ob dieser ganze Lebensstandard unter diese Artikel fällt, oder ob er nicht vielmehr ein schlichter Ausdruck der Säkularisierung ist, die deshalb nicht gefahrloser ist, weil sie sich mit kirchenfreundlichen Attitüden verbindet. In der Weimarer Republik und im Kaiserreich ließ man die Kirchen meist rechts liegen und hat sich mit ihnen nicht viel auseinandergesetzt. In der Weimarer Zeit war es eher kirchenfeindlich, nun aber ist

59 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender), 1947–1971 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 3.

es kirchenfreundlich. Das ändert aber nichts daran, daß der allgemeine Trend rasant säkularisiert ist. Es ist also klar, daß wir uns in dieser Situation mit der Existenzfrage befassen müssen: Wo stehen wir und wohin gehen wir?

Ich bin der Meinung, daß hier eine Reihe von interessanten und wichtigen Bemerkungen niedergelegt sind. Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler zu, daß zu einer Diskussion innerhalb der Partei eine Straffung der Studie nützlich ist, so daß man z. B. auf die analytischen Passagen weitgehend verzichten könnte. Das gilt auch überall dort, wo es sich um die Definition etwa des Freiheitsbegriffes handelt und Sie sich darum bemühen. Ich habe mir diese Passagen notiert, und ich glaube, daß man hier von einer Straffung sprechen könnte. Man könnte z. B. auch nach meiner Meinung die Abschnitte 93 bis 98 und 102 streichen; das gleiche gilt für die statistischen Angaben der Abschnitte 47 bis 63. Man könnte vielleicht auch einige entscheidende Punkte, die für das Selbstverständnis und die Programmatik der CDU von Bedeutung sind, straffen. Aber ich rede nicht deshalb, um hier eine Diskussion dieser Art zu eröffnen, sondern nur um die Frage zu klären, was soll damit auf dem Parteitag geschehen.

Die Aussprache, die wir hier geführt haben über die Einteilung der Arbeitskreise und die Behandlung der Diskussion auf dem Parteitag und auch das, was wir in der Mittagspause besprochen haben, drängt mich zu der Frage, ob ich mich mit unseren Ministerpräsidenten zur Freude aller Leute über den Sinn und die Bedeutung des Artikels 30[60] – dieses traurigen Artikels im Grundgesetz – unterhalten soll. Aber dann sage ich: Nichts davon!

Die Herren hier waren der Meinung, das einzig Bewegende, was in diesem Arbeitskreis diskutiert werden könne, sei das Werk von Barzel. Nun frage ich, meinen Sie, man könnte sich darauf direkt oder indirekt einlassen? Wenn man es auch nicht dem Titel nach im Arbeitskreis III macht, so wird doch das Thema irgendwie zum Vortrag kommen und in der Diskussion behandelt. Über das, was man hier als Satzungsänderung vor hat, sollte man kein Wort mehr verlieren; was geht das den Bundesparteitag an! Sollen wir diese Diskussion noch einmal wiederholen? Ich würde empfehlen, diesen Arbeitskreis III von Organisations-Reden möglichst zu entlasten.

Auch die Vorschläge von Herrn Barzel – unter seinen 18 Punkten hat er vier aufgeführt – sollten nicht zum Gegenstand des Arbeitskreises gemacht werden. Die Frage der Ämterhäufung ist natürlich ein sehr attraktives Thema. Auch zu den Fragen der hauptamtlichen Mitarbeiter und des Parteisenats würde ich empfehlen, wenn schon darüber gesprochen werden soll, dann sollte man es im Bundesparteiausschuß tun, der für solche Sachen eher zuständig ist.

Es bleibt also für den Arbeitskreis das übrig, was von programmatischer Bedeutung für die Union heute und morgen ist. Aber das läßt sich unmöglich abstrahieren von der politischen Materie. Dabei sind natürlich Fragen über die Europapolitik

60 GG Art. 30 befaßt sich mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt."

und die Orientierung Deutschlands zwischen Ost und West für uns verhältnismäßig einfach. Schwieriger und kritischer wird es – worauf Herr Barzel hinaus will, und da stimme ich ihm zu –, wenn wir uns in klarer und präziser Weise mit dem auseinandersetzen, was man neuerdings Gesellschaftspolitik nennt. Das ist wieder so ein Wort! Mein lieber Freund Katzer! Wollen Sie im Arbeitskreis III eine Diskussion des Barzel-Berichts unter solchen Programm-Absichten?

Ich bin der Meinung, daß es Möglichkeiten gibt, Herrn Barzel für seine Leistung in angemessener Weise auf dem Parteitag – ich will nicht sagen, Genüge zu tun, aber zu danken, ohne daß er damit abgefeuert wird in einem honorigen protokollarischen Akt. An dem ist es nicht. Es spielt noch eine Rolle der Artikel in der Zeitschrift „Christ und Welt", den ich noch nicht gelesen habe, aber wenn man dort von einem katholischen Duktus spricht, will man nicht eine Kritik anbringen, sondern in deren Sprache das sagen, was Barzel erklärt hat. In einem Exemplar fand ich die wegweisenden Worte meines Freundes Lilje „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt". Nun, wir haben gemeinsam in Tegel aus dem Blechnapf gegessen. Und wenn ich das sehe, frage ich mich, was macht Herr Barzel hier. Will er zeigen, wie nahe wir kirchlichen Lehrmeinungen in unserer Politik kommen oder zu erfüllen haben? Verzeihen Sie bitte, aber das ist das, was die kritischen Leute als katholischen Duktus ansehen.

Die Frage ist nun, Herr Bundeskanzler, soll man in dieser Weise auf dem Parteitag auf die Sache eingehen, oder soll man beschließen, was man sich auch denken könnte, das machen wir nicht, sondern es muß jetzt zunächst noch präzise gearbeitet werden; wir bilden im Auftrag des Vorstandes eine Kommission, die sich den Grundentwurf vornimmt und sagt, diese oder jene Passage lassen wir heraus, dieses und jenes kommt hinein, um es dann – vor einer weiteren Behandlung innerhalb der Partei – noch einmal im Bundesvorstand zu besprechen?

Hellwig: Es wird manchem so ergangen sein wie mir. Zunächst habe ich einige Zeitungsberichte gelesen und dann erst das Original gesehen. Ich muß Ihnen sagen, ich war angenehm enttäuscht. Nun, ein erheblicher Teil der Kritik kommt aus einer polemischen Grundveranlagung einer gesteuerten Presse, die auch mit einer völlig anderen Formulierung des behandelten Themas nicht hätte vermieden werden können. Ich habe Herrn Barzel schon gesagt, es sei eine Steinbrucharbeit, die er auf diesem Gebiete habe tun müssen, wobei er die Blöcke vielfach selbst habe herausprengen müssen. Diese Arbeit verdient anerkannt zu werden. Die Anerkennung muß darin bestehen, daß wir uns mit dieser Arbeit auseinandersetzen. Ich kann mir nicht denken, daß eine solche Arbeit als der Entwurf eines Manifestes für den Bundesparteitag gedacht war. Ich möchte aber meinen, daß der Parteitag in irgendeiner Weise davon Kenntnis nehmen sollte.

Im Parteiausschuß sollte durch ein Referat das Wichtigste zusammengefaßt und dann zur Diskussion gestellt werden. Diese Diskussion ist nicht eine Angelegenheit von zwei oder drei Herren, sondern dieses Werk verdient eine ausführliche Diskussion in den verschiedenen Parteigremien. Ich glaube, daß für die endgültige Form einer Veröffentlichung noch eine Fülle von Anregungen gegeben werden. Herr Barzel hat

angekündigt, daß noch verschiedene Ergänzungen notwendig sind. Es soll auch eine Straffung durch Vermeidung von Wiederholungen vorgenommen werden.

Widersprüche müßten noch einmal überprüft werden. Damit komme ich zu einem kritischen Punkt. Wir sind nunmehr seit einigen Wochen im Besitz eines Beschlusses des Bundestages, über den Haushalt den Parteien in einem größeren Umfange Mittel zur Verfügung zu stellen.[61] Die Frage ist, ist hier nicht ein Schritt zur Verstaatlichung der politischen Parteien geschehen, der im Hinblick auf bestimmte Formulierungen in Ihrer Studie einmal hinsichtlich der Vereinbarkeit überprüft werden muß?

Nun möchte ich einmal die Position der CDU/CSU darstellen, aber nicht in ihrer geistigen und weltanschaulichen Situation, auch nicht im Hinblick auf die Gefahr der Säkularisierung und des Materialismus, sondern rein institutionell; denn die Situation ist heute ganz anders geworden als in der Zeit der Ausgangsphase. Die Parteien sind Teile der Verfassung geworden, und der einzelne ist diesem Staat weiter entrückt, als er es in früheren Zeiten der parlamentarischen Demokratie gewesen ist. Nun ist vorhin von dem berühmten Vakuum gesprochen worden, einem Vakuum zwischen dem einzelnen und dem Staat plus Parteien. Sie haben das Beispiel von programmatischen Äußerungen der Kirchen in diesem Vakuum gebracht.

Nun könnte ich Ihnen die ganze Problematik der großen Verbände aufzeigen, z. B. den sozialen Defätismus, der den einzelnen Menschen in bestimmte Organisationen und Gruppenbildungen hineinbringt, und zwar nach dem Gesetz der großen Zahl, um Macht zu erringen zur Durchsetzung verschiedener Forderungen. Ich habe das Gefühl, daß in der Studie etwa festgestellt wird, die CDU sei die Integration der Verbände oder müsse es sein, ohne die Frage geprüft zu haben, ob nicht diesem Streben nach einer bestimmten organisatorischen Heimat die Partei selbst viel unmittelbarer entsprechen könnte und müßte, um damit den Verbänden gegenüber ihren eigenen Anspruch anzumelden. Wenn wir diese Resignation zu Ende denken, wird die Partei vielleicht eine Partei der Verbände nach dem Modell der Labour Party.

Diese Probleme scheinen mir über das Institutionelle von Partei und Staat hinaus auch eine Vorbelastung für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen zu sein, denn die Verbände in diesem Vakuum leben doch davon, Forderungen an den Staat zu stellen. Der Neidkomplex, den zu wecken immer wieder in der Versuchung und in der Macht von Verbandsführungen liegt, ist bereits erforscht als ein Instrument der Führung von Massenvereinigungen. Und hier droht die Gefahr der Denaturierung einer gesellschaftspolitischen Vorstellung, die die Partei eigenständig gegenüber den Verbänden entwickeln und durchsetzen will. Das möchte ich noch zur Ergänzung sagen.

---

61 Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962 sah in Kap. 06 02 Tit. 612 für die Aufgaben der Parteien nach Art. 21 GG 15 Millionen DM vor. Die von der SPD beantragte Streichung wurde am 5. April 1962 abgelehnt (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 862 f. und S. 876).

Herr Bundeskanzler! Ich betrachte die Arbeit als einen sehr erfreulichen Auftakt für die weitere geistige und politische Diskussion unserer Partei. Ich möchte bitten, daß dieser Auftrag auch seine fruchtbare Fortsetzung findet.

Adenauer: Vielleicht sage ich jetzt etwas, was mir von dem einen oder anderen von Ihnen auf die Minusseite gelegt wird. Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Gerstenmaier:* Das kann man sagen!) Sie ist mir etwas zu kirchlich auch unter folgendem Gesichtspunkt. Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. Das ist völlig ausgeschlossen.

Deshalb muß nach meinem Empfinden, Herr Barzel, nicht etwas Klerikales – beachten Sie es wohl –, sondern etwas mehr Kirchliches heraus! Sie müssen an der Arbeit bleiben. Glauben Sie mir, es fällt mir schwer, das zu sagen, aber wir dürfen die Liberalen durch Ihre Arbeit und Ihre Schrift nicht davon abhalten, CDU zu wählen. Und das können Sie fertigbringen, wenn einige Sachen herauskommen. Da ist z. B. ein Satz – das ist sehr ernst zu nehmen –: „Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot." Nun, meine Damen und Herren, was Herr Gerstenmaier sagt, das kann ich von mir als Politiker nicht sagen, daß ich meine Politik unter Gottes Gebot stelle. (*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Das ist doch nur ein Grenzwert!)

Sie können es auch nicht von allem sagen, wenn Sie ehrlich sind. Wieviel müssen wir manchmal tun, was gegen Gottes Gebot ist. (*Gerstenmaier:* Das ist nur ein Grenzwert, eine äußerste Grenze, die Ihnen gesetzt ist und wo Einheit geboten ist, aber innerhalb dieser Grenze sind Sie frei. – *Unruhe und Bewegung.*) Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun's ja doch nicht! (*Bewegung und Unruhe. – Gerstenmaier:* Doch, Herr Bundeskanzler!) Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik unter Gottes Gebot. (*Gerstenmaier:* Doch, Herr Bundeskanzler!) Ich tue es nicht! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Sie mögen es tun! – Aber Sie tun es auch nicht, Herr Burgbacher! (*Burgbacher:* Herr Bundeskanzler! Ich finde die Aussprache schon als wertvolles Ergebnis unserer Arbeit!) Welche? (*Burgbacher:* Die heutige!)

Die Aussprache ist wertvoll. Aber Herr Barzel muß an der Arbeit bleiben. Er muß straffen und wegnehmen, was nicht nötig ist, damit etwas Gutes herauskommt, was uns berechtigt und die Rechtfertigung gibt, von allen Menschen verlangen zu können, daß sie zu unserer Partei kommen. – Sie vergeben mir, Herr Gerstenmaier?

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Selbstverständlich bewegen Sie sich mit Ihrer

Politik und Ihrer Macht, die Ihnen aufgrund des Artikels 65 des Grundgesetzes[62] gegeben ist, und bei Ihrer Freiheit, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, innerhalb des Rahmens und Raumes, was mit unserem „C" ausgedrückt ist. Das ist keine materielle Vorschrift für die Politik, sondern das bedeutet, daß wir eine letzte Instanz in unseren politischen Entscheidungen als selbst festgesetzte Norm anerkennen.

Auch der letzte Liberale, wenn er noch einen Rest von Charakter hat, muß uns das zubilligen. Das hat überhaupt nichts mit Klerikalismus zu tun. Daß die Leute aufmucken gegen den Klerikalismus, das ist selbstverständlich. (*Zuruf:* Wieso?) Ich weiß, daß es einige Blüten und Typen auf dem Treibwasser gibt, die uns nicht gefallen, weder den Katholiken noch den Protestanten. Wenn wir in den Verdacht kommen, daß wir eine klerikale Partei sind, dann verlieren wir so viel Stimmen, daß es in Zukunft noch viel schwieriger als bisher mit der Bildung von Regierungen sein wird. Daß sich der Herr Bundeskanzler wehrt, in eine solche Situation zu kommen, rechne ich ihm hoch an, und vor allem, daß er sich nicht scheut, unter Umständen auch gegen kirchliche Mißverhältnisse zu rechten. Das ist gut, damit der Bundeskanzler nicht allzu vielen Mißdeutungen ausgesetzt ist, wenn auf evangelischer oder katholischer Seite in der Hinsicht etwas gesagt wird.

Nun, meine Damen und Herren, die kritischen Stimmen ans Herz zu drücken, wie es die Herren Blank und Erhard getan haben, ist vielleicht politisch nicht schlecht, aber ob es sachlich unter allen Umständen richtig ist, das weiß ich nicht. Was ist denn diese Sparvorschrift in der Analyse betrachtet? Im Konstruktiven bringt sie nicht ein einziges Wort, das wir nicht schon zehnmal in der CDU gehört haben! Aber wir sind alle Sünder! (*Adenauer:* Was haben wir damit zu tun?) Daß man nicht zu viel sündigt! *(Heiterkeit und Bewegung.)* Herr Bundeskanzler! Ich habe in Gelsenkirchen nicht gesagt, daß wir unsere Politik unter Gottes Gebot stellen.[63] Ich habe gesagt, der Unterschied zwischen uns und der säkularisierten Auffassung in der Politik ist der, daß wir uns nicht erlauben, allein nach dem Rezept vorzugehen: Schließlich bin ich selber der Herr und Gott, – sondern daß wir, wenn wir im Machtkampf stehen unter taktischen Notwendigkeiten, auch dann immer noch das erste Gebot respektieren: Ich bin der Herr, dein Gott! – Und was tut der säkularisierte Mensch? Er sagt: Ich bin mein eigener Gott. – Herr Bundeskanzler! Wo stehen Sie beim ersten Gebot? – Mit der Christenheit und mit uns allen zusammen! *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Das sind die Orthodoxen! *(Heiterkeit.)*

Von Merkatz: Der Beitrag von Herrn Barzel ist bedeutungsvoll. Wir kommen damit einem erheblichen Bedürfnis unserer Zeit entgegen. Dabei hat diese Studie auch

62 GG Art. 65 regelt die Befugnisse in der Bundesregierung: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung."

63 Gerstenmaier sprach über „Freiheit – wozu?". – Zum Kulturkongreß vgl. Nr. 2 Anm. 62.

eine Bedeutung hinsichtlich der Methode. Die Methode bedeutet, daß es gelungen ist, auf verhältnismäßig kurze und knappe Weise die aktuelle politische Literatur in ihren Grundthesen irgendwie zusammenzuführen. Wir müssen die Bildungsschichten ansprechen. Während die Politik im 19. Jahrhundert überwiegend getragen wurde von den Bildungsschichten, haben diese sich jetzt zurückgezogen wegen gewisser Plattheiten in der Politik. Die Bildungsschichten werden diese Dinge kritisieren, aber das wird uns im Grunde genommen zugute kommen.

Ich stimme zu, daß die Schrift in manchen Punkten vereinfacht werden muß, daß manches noch nicht ausgereift ist oder besser herausgelassen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Grunderlebnis der CDU und der christlichen Demokraten in Europa aus der Katastrophe des Krieges und des Totalitarismus entstanden ist. Dieses Erlebnis verblaßt aber bei den jüngeren Menschen, und damit geht aus dem Erlebnis des Zusammenbruches unseres Reiches etwas an Dynamik allmählich verloren und wird Geschichte.

An diese Stelle muß nunmehr hervortreten, was neu geschaffen werden soll. Das ist die Situation, wie sie Ortega y Gasset in seiner „Historischen Krise" beschrieben hat.[64] Ortega y Gasset hat weit vorausgesehen; er meinte damit den Zustand, daß ein altes Ordnungsdenken mit sicheren Werten, die geglaubt und gelebt werden, allmählich verblaßt und untergeht, so daß der Mensch einsam, unsicher und ängstlich wird. Er weiß nicht mehr, woran er sich halten soll.

In der Diskussion über Staat und Gesellschaft gibt es, von den Katholiken wie von den Evangelischen aus gesehen, sehr tiefe Unterschiede. (*Adenauer:* Was haben Sie da gesagt?) Ich habe gesagt, nach der theologischen Seite! (*Adenauer:* Das Wort haben Sie eben nicht gebraucht!) Ich meine zwischen der katholischen und evangelischen Auffassung von Staat und Gesellschaft (*Adenauer:* Sei ein großer Unterschied?) gibt es große Unterschiede. (*Adenauer:* Das müssen Sie mir gelegentlich mal beweisen!) Die Theologie gibt die Grundnorm. Nun, ich meinte aber, das Suchen nach festen Werten, an die sich der Mensch halten kann, das ist eine ganz große Sehnsucht in unserer Gesellschaft, um wieder etwas Verbindliches zu bekommen. (*Adenauer:* Wir sind doch keine Missionsgesellschaft!) Herr Bundeskanzler! Ich polemisiere ja gar nicht gegen diese Auffassung, aber ich betone, daß gewisse Sicherheiten in der Erkenntnis unseres Daseins – auch als Staatsbürger in der Politik und in der Gesellschaft – vorhanden sein müssen, sonst wissen die Leute nicht mehr, woran sie sich in der Not halten sollen. Das ist die Not der Zeit, das ist das, was Ortega y Gasset dargestellt hat.

Ich habe die Schrift von Herrn Barzel nicht als den Versuch einer ideologischen Darstellung angesehen, sondern als den Versuch einer Deutung dessen, was augenblicklich in der Gesellschaft ist. Man kann ein ganzes Leben daran arbeiten, um eine solche Schrift endgültig zu machen. Man sollte die Diskussion in unseren Reihen und

64 José Ortega y Gasset (1883–1955), spanischer Kulturphilosoph und Soziologe. – DERS.: Das Wesen geschichtlicher Krisen. Stuttgart 1955.

nach draußen mit den sogenannten Bildungsschichten losgehen lassen. Man sollte nicht zu lange zögern, diese Schrift in den Sturm der Kritik zu stellen.

Ich habe genau gehört, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, als er von den Liberalen gesprochen hat, daß man nämlich auf sie die entsprechende Rücksicht nehmen muß. Wir dürfen auch nicht etwa den Eindruck entstehen lassen, daß wir eine Staats- und Gesellschaftsdogmatik schaffen. Aber über die Grundfragen, mit denen sich die Menschen quälen, die hier angesprochen sind, sollte diskutiert werden. Ich halte das für politisch klug.

Schmidt: Wenn wir noch nicht gewußt haben, was das „C" in unserem Parteinamen bedeutet, dann haben wir es in dieser Stunde erlebt. Ein solches Gespräch, wie es hier geführt worden ist, kann nur in einer Partei mit diesem Vorzeichen geführt werden. Ich muß sagen, ich halte das für das beste Gespräch, was ich hier je erlebt habe. Ich möchte wünschen, daß es weitergeführt wird.

Wie auch immer man zu der Schrift von Herrn Barzel stehen mag, als ich sie zum erstenmal las, mußte ich spontan zu ihm gehen und ihm sagen, es ist ein entscheidender Fortschritt, es ist die Frucht des katholisch-evangelischen Gesprächs der letzten 15 Jahre, daß wir nämlich nicht mehr nur naiv, sondern kritisch aufeinander hören. Ich sehe hier einen Vorstoß, der zu einer gemeinsamen Terminologie werden könnte. Das ist die entscheidende Bemühung in der Denkschrift, die unser Freund Barzel geliefert hat.

Ich habe die Freude gehabt, auf dem Neußer Landesparteitag[65] den Arbeitskreis zu leiten, in dem Herr Barzel gesprochen hat, aber nicht über die Denkschrift als solche, sondern nur Gedankengänge daraus zum erstenmal dargeboten. Die meisten Delegierten drängten sich in diesen Arbeitskreis. Es war geradezu eine elektrische Spannung dort und eine Diskussion, wie ich sie in unserer Partei noch nicht erlebt habe. Es gab eine Reihe von Beiträgen, die an die Ausführungen von Barzel anknüpften.

Deshalb meine ich, es würde ein neues lebendiges Interesse in unserer Partei, insbesondere in den jüngeren Schichten, erweckt werden können, wenn wir ganz mutig die Fragen, die wir an diesem Tisch erörtert haben, auch in der Öffentlichkeit diskutieren ließen. Ich glaube, daß damit unsere Partei befruchtet würde, und viele, die politisch resignieren, würden sagen, da ist ein Ansatz, da ist doch eine Bemühung, um die es sich lohnt, sich auch politisch einzusetzen; denn im Grunde geht es darum, daß wir über die Routine, den Opportunismus und die Taktik hinaussehen. Man muß erkennen, daß es sich lohnt, um eines höheren und wertvolleren Zieles lohnt, politisch tätig zu sein.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich erinnert an unser erstes Gespräch – ich weiß nicht, ob Sie sich im Augenblick darauf besinnen können –, als wir damals im Wuppertaler Theater mit Ihnen über die Grundlagen der Partei diskutierten.[66] Damals

65 Außerordentlicher Parteitag der CDU Rheinland am 6./7. April 1962 in Neuß. Material in ACDP I-366-029/3 und ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

66 Am 5. Mai 1946. Aktennotiz Adenauers vom 7. Mai 1946 in StBKAH 08.54.

haben wir ein ähnliches Gespräch wie heute geführt. (*Adenauer:* Das beweist, daß Sie mich gar nicht verstehen!) Daß ich daran erinnere?

Adenauer: Damals mußten Protestanten und Katholiken erst zueinander finden. Das ist jetzt nicht unsere Aufgabe. Das haben wir Gott sei Dank hinter uns. (*Schmidt:* Das ist erreicht!) Aber es ist festzustellen, ob die kommende Zeit eine christliche Partei nötig hat oder nicht. (*Schmidt:* Ich würde mit Ihnen völlig übereinstimmen und sehe im Augenblick aber nicht den Grund Ihres kritischen Einwandes zu dem, was ich gesagt habe!)

Burgbacher: Herr Schmidt! Der Herr Bundeskanzler will sagen, daß die Synthese des katholischen und des protestantischen Teils damals eine notwendige Parole war, daß wir uns aber gefunden haben, nur ist jetzt eine andere Situation entstanden, und wir müssen sehen, wie wir uns anpassen können, um politisch an der Herrschaft zu bleiben. (*Schmidt:* Das hat der Herr Bundeskanzler damals schon mit Erfolg vertreten!)

Adenauer: Ich sehe mit Schrecken, wie die Jugend – wobei ich unter Jugend junge Leute bis zu 35 Jahren verstehe – immer mehr dem Christentum und dem christlichen Gedankengut entfremdet wird. (*Schmidt:* Das hat auch Herr Barzel gesagt!) Deshalb müssen wir viel mehr als vor 15 Jahren immer wieder zum Ausdruck bringen und beweisen, daß es allein die Wahrheiten des Christentums sind, auf denen – trotz der Entwicklung dieser Zeit – das Wohlergehen der Menschen aufgebaut werden kann.

Schmidt: Darin stimme ich mit Ihnen überein, aber ich sehe noch immer nicht den Grund Ihres kritischen Einwandes zu dem, was ich gesagt habe. Ich meine, wir sollten diese Frage, die wir heute hier unmittelbar am Nerv gespürt haben, miteinander weiter diskutieren.

Burgbacher: Die in den Abschnitten 113 und 114 enthaltenen beiden Sätze über die Freiheit des Gewissens halte ich für sehr wichtig im Sinne der Anregung unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Gespräch in Fluß bleibt. Wir sollten auf dem Parteitag Herrn Barzel im Bundesausschuß referieren lassen, und dann kann darüber diskutiert werden. Dann sollte eine zweite Fassung vorgelegt werden, die den Überlegungen Rechnung trägt, die Sie vorhin bei einer anderen Gelegenheit vorgetragen haben, als Sie erklärten, daß eine Politik auf christlich-humanistischer Grundlage die tragende Basis unserer Zeit und Arbeit sein müsse. Deshalb verstehe ich, was Sie meinten, als Sie davon gesprochen haben, die Schrift etwas zu entkirchlichen. Wir sollten also das Gespräch führen und im Bundesausschuß referieren und diskutieren lassen.

Wenn man die Stellung einer Partei zur geistigen und gesellschaftlichen Situation profilieren und gleichzeitig eine Lösung finden will, der jeder Bürger zustimmen kann, so ist das eine sehr schwere Aufgabe; denn die Profilierung ist meist nicht das, was die Mehrheit wählt. Dann müssen wir mit mehr Pragmatismus und mit weniger Programm arbeiten.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Es kommt auf zwei Dinge an. Es ist zweifellos so, daß es eine Grundsatzfrage für die Partei ist, wie wir die Wähler halten, die

dem kirchlichen Leben entfremdet sind. Ich würde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Konfessionen nicht als eine Selbstverständlichkeit ansehen. Innerhalb der kirchlich gebundenen Schichten bei unseren jüngeren Geistlichen gibt es Tendenzen, die es absolut notwendig erscheinen lassen, daß wir in einer Sprache der sechziger Jahre anknüpfen an die Zeit von 1945. Es sind beide Dinge, die hier diskutiert wurden, notwendig und schließen sich nicht aus.

Herr Barzel hat etwas über die innere Situation der CDU gesagt, wo es um die geistigen Grundlagen geht. Wenn er den Auftrag bekommen soll, nun weiter zu arbeiten, würde ich sagen, es wäre gut, wenn der eine oder andere aus unserem Kreis ihn bei dieser Arbeit unterstützen würde, so daß eine Gruppe mit ihm überlegen könnte, wie man hier weiterkommen kann.

Ich habe ihn so verstanden, daß er es mit einem kleinen Kreis weitermachen kann. Das wäre für diejenigen, die mit dem sogenannten katholischen oder individuellen Duktus angesprochen worden sind, wünschenswert. Ich möchte dann einige Vorschläge unterstützen, die Herr Barzel im Schlußteil gemacht hat, nämlich Anregungen für die künftige Arbeit der CDU. Wir würden der Arbeit nicht gerecht, wenn wir heute nicht einige dieser Vorschläge aufnähmen.

Neben der Behandlung im Bundesausschuß scheint es mir doch wünschenswert, daß wir unter Ablehnung des Versuchs, eine Art Grundsatzprogramm zu entwerfen, doch dazu übergehen, in einigen Tagungen, die langfristig vorbereitet werden müssen – z. B. auf dem Kulturpolitischen Kongreß –, programmatische Leitsätze zu entwerfen zu wesentlichen Fragen der Innenpolitik, der Kulturpolitik, der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, so daß wir in diesen Fragen der mehr praktischen Politik zu jener Profilierung kommen, die diese Studie für notwendig hält. Wir sollten über die geistigen Grundlagen der Union und über die Zusammenarbeit sprechen. Den Leitsätzen über die konkreten Aufgaben der Innenpolitik möchte ich mich anschließen. Ich halte es für sehr gut, wenn wir uns dazu entschließen könnten.

Krone: Die Diskussion wollen wir nicht vertiefen, so interessant sie auch ist. Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler mehrmals darüber diskutiert. Wir haben uns nicht gefunden. Ich stehe zu dem, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Der Herr Bundeskanzler wird genauso denken müssen wie wir, und er denkt auch so. Dabei weiß ich ganz genau, wie er die Selbständigkeit der Sachgebiete mit aller Verve betont. Der christliche Politiker läßt sich nicht von der Gewerkschaft sagen, das muß so oder so gemacht werden.

Wir können aber auf diese Weise auf dem Parteitag nicht diskutieren. Das geht nicht. Das ist in unseren eigenen Reihen noch nicht tief genug durchdacht. Ich nehme den Gedanken von Herrn Gerstenmaier auf, daß im Arbeitskreis III unter Mitwirkung von Herrn Barzel diskutiert wird, aber es sollte nicht so tief nach den letzten grundsätzlichen Fragen hingehen, sonst kommen wir auf Fragen zu sprechen, die auch bei uns noch nicht bis zum letzten ausdiskutiert sind. Das sollte noch nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Mein Vorschlag ist der, wir sollten Herrn Barzel Gerechtigkeit widerfahren lassen in der Öffentlichkeit. Deshalb sollten wir ihn bitten, auf dem Parteiausschuß zu sprechen. Dann sollten wir beschließen, wie diese Arbeit konkret fortgesetzt werden soll. Ich möchte warnen vor einer zu schnellen Fixierung vom Programm her, wie das Herr Stoltenberg angedeutet hat.

Adenauer: Das Wort hat Herr Professor Erhard.

Erhard: Ich fühle mich von der Arbeit des Herrn Barzel unmittelbar angesprochen, denn ich bewege mich seit geraumer Zeit in gleichen Denkkategorien. Es kommt darauf an, mit welcher Grundeinstellung man an die Lektüre herangeht. Ich habe weder ein Parteiprogramm herauslesen wollen noch etwa einen neuen Katechismus oder etwas Derartiges. Ich meine, der Wert liegt hier mehr im Analytischen, und das ist sinnenhaft zu verstehen und nicht zweckhaft.

Hier sollte nicht Zweckhaftes geleistet werden für den Hausgebrauch, sondern hier sollten die Menschen zum Nachdenken gezwungen werden. Und darum meine ich, die Aufforderung an Herrn Barzel weiterzuarbeiten sollten wir uns alle selbst zu eigen machen. Wir sollten in erster Linie weiterarbeiten. Das scheint mir der Sinn dieser Sache zu sein. Das ist kein Leitfaden für den politischen Alltag noch ist es ein Handbuch für die CDU-Politik, sonst könnte man hinten ein Sachregister anlegen, damit man sehen kann, was man zu tun hat. Das wäre also eine mißverstandene Auffassung über diese Arbeit.

Wenn wir sie recht verstehen, ist es das ehrliche Bemühen, unsere Zeit zu analysieren und weiter darüber nachzudenken. Dann wird man vielleicht dahin kommen, daß man daraus gewisse politisch-programmatische Ableitungen vollziehen kann, die dann in einem Parteiprogramm ihren Niederschlag finden können. Aber soweit sind wir noch nicht. Soweit wollte Herr Barzel auch nicht gehen.

Adenauer: Ich bitte Sie, jetzt nicht vom Parteiprogramm zu sprechen.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Kritik, die die Arbeit unseres Freundes Barzel in der Öffentlichkeit gefunden hat, ist zum Teil in einer ausgesprochen hämischen Tonart gemacht worden. Ich meine, daß wir überall dort, wo wir die Möglichkeit und die Gelegenheit haben, auch in Gesprächen mit Journalisten, dieser hämischen Tonart klar und deutlich entgegentreten sollten.

Zur Denkschrift selber! Die Aussprache hat gezeigt, daß diese Denkschrift mindestens eines vollbracht hat, daß sie nämlich eine Anzahl von Fragestellungen ins Bewußtsein gebracht hat, und zwar formuliert, wer letzten Endes für die Lösung der Aufgaben dieser Partei in der Gegenwart und in der Zukunft verantwortlich ist. Das scheint mir mit am bedeutendsten zu sein. Wenn die Fragen nicht richtig gestellt werden, dann ist der Betreffende, auch wenn er noch so intelligent ist, kaum in der Lage, zu richtigen Antworten zu kommen.

Es ist vorgeschlagen worden, die Fragen im einzelnen noch zu ergänzen. Diesen Vorschlag sollte man verwirklichen. Die Denkschrift enthält eine Reihe von konkreten Vorschlägen für die Arbeit der Partei. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn sich das neuzuschaffende Präsidium oder der bestehende geschäftsführende Vorstand einmal

mit diesen konkreten Vorschlägen befaßte, um sie dann soweit vorzubereiten, daß sie dem Bundesvorstand zur Entscheidung vorgelegt werden können.

Gradl: Ich würde es für zweckmäßig halten, die Arbeit nicht schon jetzt an die Mitglieder des Bundesparteiausschusses zu verteilen. Damit Herr Barzel mich nicht falsch versteht, füge ich hinzu, aber nicht deshalb, weil ich die Arbeit nicht für würdig halte. Aus dieser Arbeit kann jeder unerhört viel lernen. Ich habe sehr viel gelernt über die Problematik unserer Partei. Es ist vielleicht mit das Verdienstvollste an dieser Arbeit, daß wir aus der Selbstsicherheit, in der wir uns aufgrund der guten Wahlerfolge in der Vergangenheit befunden haben, herausgerissen worden sind. Im Gefühl waren wir es bereits, zumindest nach der letzten Bundestagswahl, aber durch die Arbeit von Herrn Barzel ist uns klargemacht worden, daß dieses Unbehagen sehr substantielle Gründe hat. Vielleicht haben Sie mehr darüber gewußt als ich, wo die Gründe liegen. Ich muß gestehen, durch die Arbeit von Herrn Barzel habe ich viel gelernt.

Wenn ich sage, ich würde es nicht für glücklich halten, diese Arbeit an die Mitglieder des Bundesausschusses zu verteilen, so deshalb, weil ich nach dieser Diskussion glaube, daß die Parteimitglieder, auch die des Bundesausschusses, überfordert wären, wenn sie einfach vor diese Feststellungen geführt würden. Sie wären nicht in der Lage, unmittelbar eine Antwort darauf zu geben. Es hat sich gezeigt, daß wir keineswegs übereinstimmen, was keine Schande ist, sondern das ist ganz natürlich. Aber wenn wir vor den Bundesausschuß mit dieser Arbeit treten, dann müssen wir auch in der Lage sein, von uns aus in allen wesentlichen Fragen eine klare Antwort zu geben, auch der Öffentlichkeit wegen, die ja hieran besonders interessiert ist. Ich fürchte aber, daß das in den vier Wochen bis zum Parteitag nicht möglich sein wird.

Deshalb würde ich vorschlagen, diese Arbeit bleibt zunächst in Ihren Händen. Herr Barzel kann referieren und sagen, was er in dieser Arbeit an Feststellungen getroffen hat. Das stellt er also hin vor den Bundesausschuß. Dann wird gesagt, nun denkt nach. Der nächste Vorstand, der gewählt werden muß, nimmt sich selber die Aufgabe vor, eine solche Diskussion, wie wir sie heute hier angefangen haben, in Ruhe fortzuführen. Das ist notwendig. Das müssen wir tun!

Herr Barzel sollte beauftragt werden, aufgrund der heutigen Diskussion – die ja nur ein Anfang ist – und der Diskussion, wie sie der Herr Bundeskanzler angeregt hat, diese Arbeit weiterzuführen in der Weise, daß dieser Bericht, den er jetzt gemacht hat, eine Art Zwischenbericht wird, daß wir aber dann einen Schlußbericht mit den Ergebnissen und Erkenntnissen für unsere künftige politische Grundeinstellung bekommen. Das könnte vielleicht bis zum Herbst geschehen. Dann sind wir soweit, daß wir in einem größeren Parteigremium das Ganze zur Diskussion stellen können. Wenn wir es aber vorher machen, ist nach meiner Meinung das Risiko zu groß, denn dann entsteht der Eindruck, daß wir eine sich bereits zerfasernde und auflösende Partei sind.

Barzel: Ich bedanke mich für die liebenswürdige Diskussion. Es kann aber nicht sein, daß Sie alle so wenig auszusetzen haben. Ich nehme an, Sie sind sehr höflich mit

mir. Deshalb hoffe ich, daß Sie mir wenigstens privat das Nähere sagen. Ich kenne bisher keine Kritik, zu der ich bereit gewesen wäre, mich so nett zu äußern.

Ich will zur Sache nichts sagen. Ich bitte nur, eines sagen zu dürfen. Herr Bundeskanzler! Wenn wir im luftleeren Raum wären und eine vertrauliche Sache zu behandeln hätten und wenn in Köln nichts passiert wäre, dann würde ich sofort auf Ihrem Boden stehen. Nachdem aber die Diskussion entbrannt ist und das Programm des Parteitages bekannt wird und mein Name überhaupt nicht darauf erscheint, dann wird es sofort heißen: Aha, der Barzel ist durchgefallen.

Deshalb würde ich es begrüßen, wenn ich auf dem Parteitag ein Referat halten könnte. Ich würde versuchen, etwas zu komprimieren. Dann würde ich es begrüßen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Dann können wir auf dem Parteitag selbst die Diskussion herauslassen, weil es auf dem Bundesausschuß diskutiert wird.

Es gibt noch eine praktische Frage. Wir sind völlig vergriffen mit den Exemplaren. Ich werde von allen Leuten gefragt: Warum haben Sie mir die Studie nicht gegeben? – Ich habe aber nicht so viele Exemplare. Ich weiß nicht, was wir hier tun sollen. Deshalb bitte ich Sie, das auch zu überlegen.

Adenauer: Der Vorschlag von Herrn Barzel, im Bundesparteiausschuß ein Referat zu halten, ist sehr gut. Daran wird sich auch eine Diskussion anschließen. Es kann auch ein Beschluß gefaßt werden, der aber nicht die Deutung zulassen darf, daß die Sache erledigt sei, sondern daß sie eine Grundlage darstellt, auf der dann weiter diskutiert werden soll. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich das feststellen. Nun bin ich sehr froh, daß wir hier einer Meinung sind.

Meine Damen und Herren! Wir werden jetzt noch einen Vortrag von Herrn Kraske hören.

Wahlanalyse des Bundesgeschäftsführers

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe auf der Vorstandssitzung im Februar eine mündliche Erläuterung zu der Ihnen im Januar vorgelegten Wahlanalyse gegeben in der Form einiger Thesen. Damals wurde ich beauftragt, Ihnen diese Thesen mit einer eingehenden Begründung noch einmal schriftlich zugänglich zu machen. Das ist vor etwa 14 Tagen in der Form dieser kurzen Zusammenfassung geschehen.[67]

Nachdem wir eben sehr ausführlich über das Gutachten von Herrn Barzel diskutiert haben, muß ich Sie bitten, mir zwei Vorbemerkungen zu gestatten. Die erste geht dahin, daß wir ein bißchen das Feld wechseln und daß sich die Kategorien ändern. Der Auftrag, der mir gestellt war, war nicht ein Gutachten und nicht eine Analyse vorwiegend geistiger und politischer Tatbestände, sondern in erster Linie eine solche statistisch erfaßbaren Materials.

67 Vgl. Nr. 1 Anm. 5.

Wenn hier gesagt worden ist, daß das Gutachten von Herrn Barzel zwangsläufig eine individuelle Handschrift tragen müsse, dann muß ich sagen, ein Kriterium für meine eigene Arbeit war gerade das, daß sie keine individuelle Handschrift tragen sollte, sondern eine möglichst scharfe und genaue Photographie einer bestimmten Situation der öffentlichen Meinung und der Wähler ist. Ich bitte Sie also, mich nicht haftbar zu machen für das, was auf dieser Photographie abgebildet ist, was zu einem großen Teil meinen Wünschen und idealen Vorstellungen ebensowenig entspricht wie wahrscheinlich auch Ihren.

Die zweite Bemerkung betrifft die Methode. Es ist in dieser Ergänzung meiner Wahlanalyse mehrmals die Rede von Meinungsforschungen und von allen möglichen sozial-psychologischen Untersuchungen. Ich weiß, daß das kritischen Einwänden begegnet in einer Zeit, wo allzuoft mit diesen Methoden Mißbrauch getrieben wird. Ich habe in meiner Wahlanalyse etwas ähnliches gesagt wie Herr Barzel in seinem Gutachten, daß es nämlich für eine Partei unmöglich wäre, sich ihre Politik von den Ergebnissen der Meinungsforschung vorschreiben zu lassen. Nur meine ich, wenn diese Mittel und Unterlagen nun einmal zur Verfügung stehen, sollte man ihre Ergebnisse zur Kenntnis nehmen, ganz gleichgültig, welche Schlüsse man daraus zieht und welche Folgerungen man anschließt.

Es war meine Aufgabe, Ihnen das vorzutragen bzw. hier vorzulegen. Ich bin dabei, wenn ich das zusammenfassen darf, zu folgenden Ergebnissen gekommen. Es läßt sich nach allen Untersuchungen, die in den letzten Monaten vorgelegt und ausgewertet worden sind, jetzt sagen, was ich im Januar noch nicht endgültig sagen konnte, daß die Thesen und die zahlenmäßigen Belege, die Sie in meiner Wahlanalyse finden, gesichert sind. Es haben in der Zwischenzeit so viele Untersuchungen stattgefunden, die soweit miteinander verglichen worden sind, daß man tatsächlich von diesen Ergebnissen wird ausgehen können. Manche Dinge, die ich im Januar in der gedruckten Wahlanalyse als noch nicht endgültig untersucht angab, sind inzwischen untersucht worden und haben die Hypothesen bestätigt und sind zu Thesen geworden.

Daraus ergeben sich – wie mir scheint – insbesondere drei wichtige und vordringliche Folgerungen: Erstens, daß es sich bei dem Wahlergebnis der CDU nicht, wie anfänglich von unseren Gegnern behauptet wurde, um einen Einbruch an einzelnen Stellen handelt – etwa bei den Protestanten, bei den Frauen, bei den jungen Wählern oder bei den Arbeitern –, sondern um einen allgemeinen Trend, der selbstverständlich nicht in allen Gruppen 5 % beträgt. Er schwankt zwischen minus 3 bis minus 6,5 %.

Ich habe mir erlaubt, trotzdem eine Gruppe herauszugreifen – das ist das, was man im allgemeinen mit Bildungsschicht bezeichnet –, ohne damit die These vom allgemeinen Trend widerrufen oder einschränken zu wollen. Ich habe auf diesen Punkt einen besonderen Akzent gelegt und die Meinung vertreten, daß dieser Gruppe in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit gehören sollte, und zwar aus zwei Gründen. Nach den vorliegenden Untersuchungen hat in allen Gruppen – in den Konfessionen, in den Geschlechtern, in den Altersgruppen und Berufsgruppen – ein Austausch stattgefunden, d. h. wir haben Wähler abgegeben. Aber wir haben in den gleichen

Gruppen auch Wähler gewonnen. In der Gruppe der Bildungsschichten sieht es aus, als hätten nur wir Wähler abgegeben.

Der zweite Grund ist der, daß man diese Bildungsschichten allzuleicht nur nach ihrem zahlenmäßig prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung und der Wählerschaft beurteilt, der sicher klein ist und quantitativ kaum ins Gewicht fällt. Ich glaube aber, daß wir davon ausgehen müssen, daß es sich hier um eine Sondergruppe handelt und daß der Einfluß, der von dieser Gruppe ausgeht, sich multipliziert, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch in zwei, vier oder sechs Jahren, und daß diese Einflüsse über diese zahlenmäßig begrenzte Gruppe weit hinausgreifen auf andere zahlenmäßig entscheidende Gruppen.

Es handelt sich bei der Wahl vom 17. September nicht um einen einseitigen Verlust der CDU – einseitig zu den Ergebnissen der FDP und der SPD –, sondern vielmehr um einen Austausch von Wählern zwischen allen Parteien, wobei die CDU schlechter abgeschnitten hat, indem sie mehr Wähler abgegeben als gewonnen hat, was aber zu einer relativ tiefgreifenden Änderung der Wählerstruktur geführt hat, denn in der Wahlanalyse steht, daß nur etwas mehr als die Hälfte der Wähler Stammwähler sind, daß aber alle übrigen Wähler entweder ihre Partei gewechselt haben oder Neuwähler sind. Diese These kann ich hier nur noch einmal unterstreichen. (*Adenauer:* Es steht aber auch drin, wir hätten fünf Wahlkreise gewonnen, aber die Sozialdemokratie 45!) Das ist auch unanfechtbar! (*Adenauer:* Unanfechtbar schon, aber doch sehr traurig!) Ich habe gesagt, daß wir in diesem Austausch mehr verloren als gewonnen haben. Aber es ist falsch, nach den Unterlagen davon auszugehen, daß die CDU nur Wähler verloren und die SPD nur Wähler gewonnen hätte. Auch die SPD hat Wähler verloren. Auch die CDU hat Wähler gewonnen. Es handelt sich um eine Umschichtung, die nicht im Wahlergebnis unmittelbar abzulesen ist.

Nun kommt die Frage, wo hat diese Umschichtung ihre Gründe und wo liegt der kritische Zeitpunkt dafür. Ich stehe nicht an, auch meinerseits zu behaupten, daß die Ereignisse des 13. August eine tiefgreifende Wirkung gehabt und das Wahlergebnis mit beeinflußt haben. Ich glaube aber, daß man sich es zu einfach macht, wenn man davon ausgeht, daß ohne diesen 13. August alles in bester Ordnung gewesen sei. Es mag sein, daß ohne die Ereignisse des 13. August ein größerer Teil der langfristig Meinungslosen sich zuletzt doch noch zugunsten der CDU und nicht, wie es jetzt der Fall war, zugunsten der FDP entschieden hätten, daß also das Wahlergebnis besser gewesen wäre und wir wahrscheinlich die absolute Mehrheit bekommen hätten.

Was aber kritisiert werden muß und was wir unbedingt sehen müssen, ist die Tatsache, daß wir ganz unabhängig vom 13. August in den letzten Monaten vor der Wahl – eigentlich schon in den beiden Jahren vor der Wahl – mit einer großen Labilität zu tun hatten, und zwar in weiten Kreisen der gesamten Wählerschaft, nämlich etwa bei 35 %, einer Gruppe, die wesentlich größer war als im vergleichbaren Zeitraum früherer Wahlkämpfe und Legislaturperioden. Es ist so, daß diese Labilität durch die Ereignisse des 13. August in eine bestimmte Richtung gelenkt wurde, daß aber die Gründe unabhängig davon sind und weiter zurückliegen.

Zu den Gründen – und damit komme ich zu der dritten These, die in diesem neuen Bericht den Hauptraum einnimmt – für die Labilität scheint mir nach den vorliegenden Unterlagen und nach den Ergebnissen aller Untersuchungen ein wesentliches Nachlassen eines großen Teiles der Wähler zu einer weltanschaulichen Bindung an eine politische Meinung zu gehören. Das soll folgendes besagen: Ich glaube, daß die Wählerschaft der politischen Parteien, inbesondere bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953, aber auch noch 1957, von einer stärkeren weltanschaulichen Bindung und Gruppenorientierung bestimmt war und hier ein Auflockerungsprozeß eingesetzt hat, der es nicht etwa nur der CDU, sondern allen Parteien – im Gegensatz zu früheren Jahren – schwer möglich macht, gewisse Bevölkerungsgruppen – seien es Berufs-, Konfessions-, Alters-Gruppen – für sich als sichere Wähler in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, daß die Fronten der einzelnen Parteien viel stärker durch alle diese Gruppen hindurchgehen, als das noch vor vier oder erst recht vor sechs oder acht Jahren der Fall gewesen ist.

Schließlich meine ich, daß an die Stelle dieser wirtschaftlichen und sozialen Bindungen an politische Parteien – und dies trifft insbesondere für uns und die SPD zu – eine sehr starke emotional bestimmte Entscheidung getreten ist, und zwar auf der Grundlage der vorhin genannten starken Labilität. Nachdem man zunächst diese ursprüngliche Bindung verloren hat, hat man sich aber noch nicht wieder neu orientiert und nicht neu gebunden. Man schwimmt so etwas zwischen den Parteien und trifft seine Entscheidungen sehr stark unter aktuellen Stimmungseinflüssen. Ich habe versucht, dafür eine Reihe von Belegen zu liefern. Sie finden zunächst auf Seite 9 dieses Zusatzpapieres die Feststellung, daß bei einer Umfrage nur 41 %, d. h. zwei Fünftel, erklärt haben, daß für sie vor der Bundestagswahl im Jahre 1961 immer nur eine ganz bestimmte Partei in Frage gekommen wäre, daß aber alle anderen geschwankt haben zwischen der Entscheidung für mehrere Parteien.

Sie finden außerdem auf den Seiten 11 bis 13 eine Untersuchung über die Wahlmotive und die Wahlgründe. Beide Aufstellungen unterscheiden sich insofern, als die Aufstellung auf der Seite 11 Wahlmotive als Ergebnis psychologischer Untersuchungen darzustellen sucht, während die Aufstellung auf der Seite 13 die Wahlgründe als Ergebnis einer Umfrage herausstellt, und zwar nach der direkten Frage: Was hat Ihrer Meinung nach die CDU anderen Parteien voraus? – Aus der Untersuchung nach den Motiven ergibt sich, daß eigentlich ideologische Motive in sehr viel stärkerem Maße für die SPD als für die CDU sprechen, wenn Sie etwa feststellen, daß unter den SPD-Wählern als Motiv 59 % Klassen- und Standesfragen angeben, unter den CDU-Wählern dagegen nur 11 %. Traditionelle Motive geben 50 % der SPD-Wähler und 22 % der CDU-Leute an.

Die andere Frage nach den Gründen läßt einen zeitlichen Vergleich zu, der hochinteressant ist und die vom Herrn Bundeskanzler vorgetragene These bestätigt, daß eine sehr stark zum Säkularismus hinneigende Entwicklung in der Öffentlichkeit besteht. Bei einer Umfrage im Juni/Juli 1957 stand auf die Frage, was die CDU anderen Parteien voraus habe, nämlich die christliche Einstellung, eine Gruppe von

17 % all derer, die sich geäußert hatten – das waren 64 % – noch an erster Stelle. Das Ergebnis im einzelnen sieht wie folgt aus:

Ergebnis:	Gründe:
17 %	Christliche Partei
10 %	Erfahrung aus den vergangenen Regierungsperioden
9 %	Mehrheit und Größe der Partei
6 %	Außenpolitik
5 %	Bundeskanzler Dr. Adenauer und andere hervorragende Politiker der CDU.

Bei der gleichen Untersuchung vier Jahre später im März 1961 ist aber die Tatsache der christlichen Partei als Grund für die Wahlentscheidung zurückgetreten. Hier sieht das Ergebnis wie folgt aus:

14 %	Leistungsbeweis
11 %	Größe und Stärke der CDU
7 %	Christliche Partei und Klarheit im Programm.

Ich glaube zwar, daß dies ein Anzeichen für eine Änderung ist, aber bestimmt nicht ein Anzeichen, aus dem wir die Folgerung zu ziehen hätten, das „C" aus unserem Parteinamen zu streichen, wohl aber für eine Änderung, die wir sehen müssen, um zu wissen, in welcher Form wir die Wähler in der Zukunft anzusprechen haben.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auf die Zunahme der Meinungslosen hinzuweisen. Die zu Beginn unserer Sitzung vom Herrn Bundeskanzler zitierte Meinungsumfrage – die Sie auf der Seite 16 dieser Untersuchung finden – weist auch jetzt einen Anteil von 35 % Meinungslosen aus, der ungleich viel höher ist, als wir das in früheren Jahren je gekannt haben.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Das ist der Versuch, Ihnen anhand dieser Meinungsumfrage zu zeigen, wie sich einerseits die CDU, die SPD und die FDP zusammensetzen und wie sich andererseits gewisse Gruppen der Bevölkerung parteipolitisch aufgliedern. Ich brauche das nicht Zahl für Zahl vorzutragen, aber ich möchte doch Ihr Augenmerk auf einige Punkte richten, die mir sehr wesentlich zu sein scheinen. Die Untersuchung – und das müssen Sie zugrunde legen sozusagen als Momentaufnahme –, von der diese ganze Sache ausgeht, basiert auf einem Anteil der CDU von 31 %, der SPD von 28 % und der FDP von 5 %. Wenn Sie jetzt die einzelnen Altersgruppen nehmen, ergibt sich folgendes interessante und – wie ich meine – in gewisser Weise für uns durchaus erfreuliche Bild.

Von 100 Wählern zwischen 21 und 25 Jahren liegt der Anteil der CDU bei 35 %, der SPD bei 23 %; also ein klares Übergewicht bei den jüngsten Wahlberechtigten. Bei den 25- bis 30jährigen beträgt der Anteil der CDU 25, der SPD 37. Hier ist also die SPD stärker. Das gleiche gilt für die 30- bis 50jährigen: CDU 27, SPD 30. Es ändert sich erst wieder bei den Jahrgängen über 50: CDU 35, SPD 28.

Nun folgt die gleiche Untersuchung für 100 Männer, 100 Frauen, 100 Katholiken und 100 Protestanten. Wir haben ein klares Übergewicht der CDU bei den Frauen. Von 100 Frauen sind 33 für die CDU, 22 für die SPD. Wir haben aber nach dem

heutigen Stand ein klares Übergewicht der SPD bei den Männern. Die Zahlen lauten wie folgt:

	CDU	SPD
100 Männer	29	35
100 Katholiken	43	22
100 Protestanten	23	32

Nach der soziologischen Aufschlüsselung möchte ich Ihnen nur eine Zahl nennen. Die FDP liegt im Mittel dieser Untersuchung bei 5 %. Unter 100 Menschen, die Selbständige sind oder freien Berufen angehören, hat die FDP einen Anteil von 16 %, also das Dreifache ihres durchschnittlichen Anteils.

Auf der anderen Seite gibt es bei der Aufschlüsselung von jeweils 100 Anhängern der einzelnen Parteien – wie Sie aus der ersten Tabelle ersehen – bei der CDU ein klares Übergewicht der Frauen, bei der SPD ein solches der Männer. Interessant ist folgendes: Eine Aufschlüsselung von 100 CDU-Wählern nach Berufsgruppen entspricht etwa der statistischen Verteilung dieser Gruppen, wenn auch mit gewissen Abweichungen, während bei der SPD ein sehr verzerrtes Bild besteht. Von 100 SPD-Anhängern sind 56 Arbeiter, die restlichen 44 verteilen sich auf die übrigen Berufsgruppen.

Daraus folgere ich ein letztes Wort über die SPD, aber nicht als Partei, sondern als Wählerschaft oder als potentielle Wählerschaft. Wir müssen im Augenblick innerhalb der SPD zwei Tendenzen erkennen. Diese Tendenzen scheinen mir in ihrer Kombination für uns besonders gefährlich zu sein. Es ist so, daß die SPD, im Gegensatz zu uns oder jedenfalls mehr als wir, heute noch eine Partei ist, die sehr stark von ideologischen, standesmäßigen und traditionellen Bindungen lebt. Sie sehen das aus den vorhin zitierten Angaben über die Motive zur Parteiwahl und aus dem sehr hohen Anteil von Arbeitern als Wähler der SPD. Das war für uns ungefährlich, solange sich die SPD auf diese betonierte Gruppe beschränkte und damit in ihrem „30%-Turm" blieb. Nun aber kommt das gefährliche zweite Moment hinzu, und zwar seit etwa vier Jahren, nämlich die Auflösung der klassen- und gruppenmäßigen Bindung, so daß im Bürgertum – und zwar in allen Berufsgruppen –, wo man vielleicht bei der Bundestagswahl im Jahre 1961 noch die CDU gewählt hat, heute schon davon gesprochen wird: Die SPD ist ja inzwischen nicht mehr für uns ausgeschlossen. Sie ist jetzt eine attraktive Partei. Man kann auch SPD wählen.

Sicher gibt es auch für uns noch eine stärkere Gruppe von unanfechtbaren Stammwählern. Ich glaube aber, daß dieses Gefühl, die SPD sei inzwischen zu einer attraktiven Partei geworden, in allen Berufsgruppen und auch in den beiden konfessionellen Gruppen vorhanden ist. Das gilt sogar auch für die älteren Jahrgänge. Wenn man – und diese Untersuchung haben wir kurz vor der Bundestagswahl gemacht – konkret fragt: „Wissen Sie etwas über das neue SPD-Programm, und glauben Sie, daß sich die SPD inzwischen geändert hat?", dann bekommt man kaum eine Antwort, und bei denen, die etwas sagen können, sind diejenigen, die daran glauben, und diejenigen, die das Ganze mehr für eine taktische Sache halten, gleich

groß. Trotzdem gibt es auf der anderen Seite das unterbewußte und nicht rationell definierbare Gefühl, daß die SPD heute nicht mehr das ist, was sie etwa 1953 war.

Das gilt zunächst einmal für ihre Politik und für das, was Rainer Barzel mit Recht als „Nachlaufbewegung" bezeichnet hat. Das gleiche gilt aber auch – jedenfalls nach außen – für die gewandelte ideologische Fundierung. Die SPD wird zwar beileibe nicht in der Bevölkerung als eine christliche Partei angesehen, aber während sie früher von einem großen Teil der Wähler als eine unchristliche oder antichristliche Partei angesehen wurde, gilt das heute schon nicht mehr. Jedenfalls ist dieses Gefühl auf eine ganz kleine Gruppe von Stammwählern der CDU beschränkt. – Das ist eine erste Momentaufnahme dieser Situation zwischen CDU und SPD, und zwar an der Wählerschaft gemessen im März 1962. Wir werden selbstverständlich diese Untersuchung laufend fortsetzen müssen, zumal wir Anhaltspunkte erst dann gewinnen, wenn wir die Tendenz und den Trend kennen. Wir müssen uns aber über dieses Bild klar sein, so wenig schön es auch für uns sein mag, damit wir wissen, welche Überlegungen wir von dieser Situation aus anzustellen haben. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sie haben durch Ihren Beifall gezeigt, daß wir für diese ausgezeichnete Darstellung Herrn Kraske sehr dankbar sind. Ich nehme an, daß sich Nordrhein-Westfalen diese Feststellungen bei den Wahlkämpfen sehr zunutze machen wird. Sie werden auch daraus sehen – er hat es gesagt –, daß das Wort „christlich" allein es nicht mehr tut. Das Wort galt damals mehr, denn die Nazizeit lag gerade hinter uns, und auch die Sozialdemokratie war damals ganz anders als heute. Wir werden uns also bemühen müssen, das Wort „christlich" noch irgendwie weiter mit Substanz zu füllen, aber nicht in dem Sinne, daß wir die Politik unter Gottes Gebot stellen – so weit kriegen Sie mich nicht, auch nicht unser verehrter Bundestagspräsident! *(Bewegung und Unruhe.)* Also, das ist es nicht. Es war auch, verehrter Herr Barzel, einer meiner Gedanken, warum ich damals im März anregte, eine solche Untersuchung einzuleiten, ob eine auf christlich-humanistischem Boden stehende Partei auf die Dauer weiter bestehen kann, oder ob nicht allmählich bei diesem fortschreitenden Laizismus und bei der Entkirchlichung des ganzen Lebens wir immer – ich weiß nicht, wie es nachher sein wird – weniger werden.

Jedenfalls sind wir Ihnen, Herr Kraske, außerordentlich dankbar, und wir werden alle unsere Lehren daraus ziehen.

Dufhues: Ich möchte einige Gedanken zur Situation der SPD vortragen, weil ich den Eindruck habe, daß die Christlich-Demokratische Union gegenwärtig die Schwächesituation der SPD nicht hinreichend ausnutzt. Ich denke nicht nur an die Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen. Dabei handelt es sich nicht nur um persönliche Streitigkeiten zwischen Kaßmann[68], Kühn und anderen, sondern diese Auseinandersetzungen sind zugleich Ausdruck gewisser Richtungskämpfe innerhalb der Sozialdemokratie.

---

68 Dr. Fritz Kaßmann (1908–1991), 1954–1966 MdL NW (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 212 Anm. 55.

Wenn meine Informationen richtig sind, wird in den Ortsgruppen der SPD sehr lebhaft darüber diskutiert, ob die SPD mit uns auf der Grundlage der Einführung des Godesberger Programms den richtigen Weg gegangen ist. Ich weise ferner auf die sehr kritische und schwierige Auseinandersetzung innerhalb der Sozialistischen Studentenschaft und der Falken hin. Ich weise darauf hin, daß entgegen dem Votum des Vorstandes der SPD und des DGB zahlreiche Kräfte des sozialistischen Lagers an Protestmärschen teilgenommen haben, und zwar in einer klaren Frontstellung gegen die Politik, die angeblich vom Vorstand der SPD vertreten wird.

Ich weise schließlich auf die ungewöhnlich scharfe Auseinandersetzung innerhalb der Jugend des DGB auf dem letzten Jugendkongreß in Berlin hin.[69] Dort hat sich die Führung des DGB, die in weitgehendem Ausmaß die Politik der SPD vertritt, nicht durchsetzen können; sie ist auf schroffe Ablehnung der Jugendfunktionäre des DGB gestoßen. (*Kiesinger:* Sie hat es auch besonders „geschickt" gemacht!) Das ist völlig gleichgültig! Ich trage das vor, um hier eine Schwächesituation der SPD aufzuzeigen, die geradezu eine Herausforderung für die CDU in allen Landesverbänden sein muß, nun ihre Position zu verstärken. Ich meine aber, daß wir diese Situation nicht hinreichend ausnutzen.

Wir werden es in Nordrhein-Westfalen beim kommenden Wahlkampf tun. Ich möchte meinen, daß man auch in den übrigen Landesverbänden diese Situation sehen und nutzen sollte zum Wohle unserer Partei. Die Jugend des DGB hat rund 500.000 Mitglieder.

Adenauer: Diese Worte müssen uns sehr erfüllen. Wir müssen im Wahlkampf – da stimme ich Ihnen zu – sehr viel mehr Gebrauch davon machen und viel mehr auf die Unehrlichkeit der ganzen sozialdemokratischen Politik hinweisen.

Kraske: Von der Bundestagsfraktion und vor allem von den Landesverbänden bekomme ich dauernd Anfragen: Wir lesen, daß es eine Wahlanalyse gibt. Wir brauchen sie dringend für unsere Arbeit. Deshalb möchte ich fragen, ob wir den analytischen Teil in irgendeiner geeigneten und natürlich auch verkürzten Form innerhalb der Partei verteilen können.

Adenauer: Ich würde es ein bißchen straffen und dann verteilen.

Zum Punkt 6 der Tagesordnung, Kulturkongreß 1962, hat Herr Heck das Wort.

Kulturkongress 1962

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß Sie noch einige Minuten in Anspruch nehmen. Der Vorstand hat in der vorletzten Sitzung beschlossen, in diesem Herbst wieder einen Kulturkongreß abzuhalten. Wir waren der Meinung, daß es zweckmäßig sei, weil es hier einen gewissen Nachholbedarf gibt, alle zwei

69 5. Bundesjugendkonferenz des DGB am 13./14. April 1962 in Berlin. Vgl. UiD Nr. 16 vom 19. April 1962.

Jahre mit einem solchen Kongreß an die Öffentlichkeit zu treten. Als Zeitpunkt für diesen Kongreß ist Ende Oktober, Anfang November vorgesehen. Der Vorstand müßte auch noch darüber beschließen, wo dieser Kongreß stattfinden soll. Darüber hinaus möchte ich noch die Zustimmung des Vorstandes zu den Themen haben, die wir behandeln wollen.

Diese Frage ist behandelt worden a) im Kulturpolitischen Ausschuß der Bundespartei, b) im Kulturpolitischen Arbeitskreis der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion. Wir schlagen vor, uns auf zwei Themenkreise zu beschränken, die in den nächsten Monaten noch vorbereitet werden müssen. Ich denke, daß wir für die übernächste Sitzung des Bundesvorstandes einen genau formulierten Programmvorschlag werden vorlegen können. Die Themenkreise sind: 1. Berufsbildung, Berufsausbildung und Berufsweiterbildung. Hier treffen wir ganz gut zusammen mit dem, was auf der Regierungsebene vorbereitet wird. 2. Leibeserziehung, Sport und Spiel, (*Adenauer:* Das wollen Sie auf dem Kulturkongreß behandeln?) was den Bereich der Schulen wie auch den Bereich der Gesellschaft anbelangt.

Der Zwischenruf des Herrn Bundeskanzlers rechtfertigt dieses Thema, weil wir tatsächlich auf dem besten Wege sind, Sport und Spiel und Leibeserziehung nur noch als öffentlichen Zirkus und Spektakel anzusehen. Und gerade dem müssen wir begegnen. Bei dem Thema „Freizeitgestaltung" spielt es auch eine sehr große Rolle. Wenn wir heute in die großen Stadien gehen, Herr Bundeskanzler, dann sehen wir sicher keine Spur mehr von Leibeserziehung. (*Adenauer:* Das ist doch keine Kultur!) Doch, Herr Bundeskanzler! (*Adenauer:* Das ist doch höchstens Körperkultur!) Wir möchten gerade dem Zirkusbetrieb entgegenwirken. Es ist unsere Auffassung, daß im allgemeinbildenden Schulwesen bei uns die Körperkultur und die Leibeserziehung nicht die genügende Berücksichtigung erfahren.

Das ist der Vorschlag, den ich im Auftrag des Kulturpolitischen Ausschusses und des Arbeitskreises zu machen habe. Ich wäre dankbar, wenn Sie dem zustimmten und darüber hinaus noch eine Entscheidung darüber fällten, wo der Kulturkongreß stattfinden soll.

Adenauer: Was schlagen Sie vor? (*Heck:* Die Bayern hatten darum gebeten, wir sollten diesen Kongreß in Bayern abhalten!) In Bayern können sie gut Kultur gebrauchen. (*Heck:* Weil dort ein Kongreß der CSU sein soll.) Wenn Sie meine Meinung hören wollen, dann folgendes: Als wir uns überlegten, einen Kulturkongreß abzuhalten, haben wir daran gedacht, gerade in die intellektuellen und geistig gehobenen Schichten – von denen Herr Kraske eben gesprochen hat – einzudringen; denn wir gelten doch in diesen Kreisen – lassen Sie mich das ganz offen sagen – als eine Banausenpartei. Wie wir nun diesem Anliegen durch die Sportgeschichte Rechnung tragen können, das weiß ich nicht. Machen Sie meinetwegen einen CDU-Sporttag, jederzeit, aber als Kulturkongreß! Das erfüllt doch nicht den Zweck, den wir mit unserem Kulturkongreß verfolgt haben.

Heck: Herr Bundeskanzler! Die Überlegungen, die wir angestellt haben, gehen bis hin zu den Wahlen im Jahre 1965. Wir haben nicht nur den Kulturkongreß im Jahre

1962, sondern auch den des Jahres 1964 in unsere Überlegungen einbezogen. Auf dem letzten Kulturkongreß haben wir das Thema des allgemeinbildenden Schulwesens und der Universitäten behandelt. Das berufsbildende Schulwesen, vor allem die Berufsweiterbildung, sind bei uns noch nicht behandelt worden. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß z. B. die Deutsche Olympische Gesellschaft mit ihrem Goldenen Plan[70] ein außergewöhnlich starkes Echo in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Adenauer: Das beweist gar nichts! Auch ein Boxkampf ist ein großes Ereignis. Wollen Sie auf dem Kulturkongreß einen Boxkampf veranstalten? (*Heck:* Nein, aber ein Thema, das auch in den Bildungsschichten eine Behandlung erfahren soll.)

Ich habe heute wirklich Pech. Ich liege immer falsch in den Augen und Ohren meiner Zuhörer mit dem, was ich sage. Sehen Sie mal, Herr Heck, der Schulunterricht in der Bundesrepublik ist hundsmiserabel. Hier in der Universität in Bonn werden Klassen eingerichtet, damit die jungen Leute, die dahin kommen, im ersten Semester Deutsche Geschichte und Latein lernen.

Da sollten Sie hineinsteigen! Wenn Sie die Leute sprechen, die in den europäischen Organisationen in Brüssel tätig sind, dann werden Sie hören, daß z. B. die Franzosen an Bildung und Können weit über uns stehen. Und wenn die Sache so weitergeht, wie es jetzt im Gange ist in Deutschland, dann garantiere ich Ihnen, ist Frankreich in zehn Jahren ein viel höherstehendes Land als wir. Weil letzten Endes auch die wirtschaftliche Produktion auf dem Können und Wissen der Menschen beruht, wird es mehr und besser produzieren als wir.

Deswegen bin ich mit Haut und Haaren gegen Ihren Vorschlag. Aber wir können ja darüber abstimmen, ob wir einen Sportkongreß statt eines Kulturkongresses abhalten sollen. Machen Sie meinetwegen drei Sportkongresse, aber nennen Sie das um Gottes willen nicht Kulturkongreß. Das paßt gerade in unsere deutsche Entwicklung hinein!

Lorenz: Ich meine nicht, daß der Sport das Hauptleitbild sein soll, aber der Akzent liegt sehr darauf. Wäre es nicht ratsam, wenn wir heute grundsätzlich beschlössen, es soll ein Kulturkongreß stattfinden? Alles Weitere über den Inhalt usw. könnten wir vorläufig weglassen. Dann können die Herren, die mit der Vorbereitung befaßt sind, bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes vor dem Parteitag noch einmal einen überdachten Programmvorschlag machen.

Nun habe ich den Wunsch meines Landesverbandes und die Bitte vorzutragen, diese Veranstaltung in Berlin abzuhalten. Es gibt dafür drei Hauptgesichtspunkte. Erstens, daß wir es dankbar begrüßten, wenn eine größere Veranstaltung nach dem 13. August in Berlin wäre. Der Herr Bundeskanzler hat uns besucht, aber die Partei als solche ist noch nicht da gewesen. Zweitens planen wir in Berlin den Ausbau eines Kulturzentrums. Das würde also gut hineinpassen. Drittens: Das einzige, was uns zur

70 Deutsche Olympische Gesellschaft: Memorandum zum „Goldenen Plan" für Gesundheit, Spiel und Erholung. Frankfurt/M. 1960.

Zeit mit den Menschen in der Ostzone verbindet, ist die gemeinsame Sprache und die Kultur.

Adenauer: Ich würde auch vorschlagen, in dieser schwachen Besetzung keinen Beschluß zu fassen. Wir wollen es uns durch den Kopf gehen lassen. Herr Heck! Ich wurde im Jahre 1917 Oberbürgermeister von Köln. Wir standen damals, nachdem wir zusammengebrochen waren, in der großen Gefahr, den Separatisten zum Opfer zu fallen. Ich habe damals den Anstoß dazu gegeben, Turner und Sportler zusammenzurufen. Es ist uns dann im Laufe von zwei Jahren gelungen, 70.000 aktive Turner und Sportler auf die Beine zu stellen, mit denen wir alles hätten zurückschlagen können. Ich sage das nur, damit Sie sehen, daß ich nicht gegen den Sport bin. Die Stadt Köln hat unter meiner Leitung damals das erste große Stadion in Deutschland gebaut. Aber Kultur ist etwas ganz anderes! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Krone: Es war in Gelsenkirchen auch gesagt worden, wir sollten uns auf den kommenden Kongressen mit den Fragen Film und Funk als Massenmedien befassen.[71]

Adenauer: Nehmen Sie noch das Fernsehen dazu. (*Krone:* Ja, natürlich! – *Kraske:* Es ist von der Banausenpartei gesprochen worden. Es gibt Schichten, wo dieses Wort die Runde macht!) Wissen Sie, was ein Banause ist? (*Zurufe:* Nein!) Das ist einer, der ein Handwerk ausübt, ohne zur Innung zugelassen zu sein.

Kraske: Ich würde zu erwägen geben, ob man nicht auch einmal auf einem solchen Kongreß ein Referat oder einen Vortrag halten läßt, der die moderne Literatur, das moderne Theater usw. behandelt. Ich gebe zu, das hat ein bißchen demonstrative Wirkung. Man kann in einer Partei nicht gut darüber diskutieren, aber es könnte geschehen, damit gewisse Kreise in Deutschland sehen, daß wir auch für diese Probleme offen sind. Davon würde ich mir eine gute Wirkung versprechen.

Süsterhenn: Ich würde vorschlagen, den Kulturkongreß unter das Thema „Kultur und Freiheit" zu stellen. Das ist etwas, was die intellektuellen Kreise anspricht. Das sind Dinge, in die wir etwas von unserem geistigen und auch politischen Interesse hineinlegen können. Das ist auch das, was uns vom Osten unterscheidet. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, daß wir das betonen.

Von Merkatz: Es wurde von Berlin gesprochen. Berlin ist ganz hervorragend geeignet, um zu Kulturfragen Stellung zu nehmen. Hier müßte das Thema weitergefaßt sein als das, was Herr Heck vorgeschlagen hat. Ich weiß nicht, ob man das Thema „Kultur und Freiheit" als solches nehmen soll. Jedenfalls hat es etwas Attraktives für Berlin. Vielleicht kann man es noch konkretisieren.

Es wäre eine Auseinandersetzung zwischen der totalitären Kulturauffassung und der freiheitlichen Kulturauffassung. Ich habe mir gedacht, daß das Thema „Bildung und Massenmedien" interessant wäre, wobei man auch die tiefgründigen Probleme des Fernsehens ansprechen könnte.

---

71 Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

Wir sind in einer bedrohlichen Entwicklung. Ich habe mir die Ergebnisse einer Intelligenzprüfung von französischen Rekruten angesehen; sie waren in einer Zeitschrift abgedruckt. Acht schwierige Fragen, und zwar meist auf die französische Literatur bezogen, mußten richtig beantwortet werden, um diese Prüfung zu bestehen. Ich möchte eine Wette eingehen, daß der durchschnittlich gebildete Akademiker bei dieser Prüfung durchgefallen wäre.

Schmidt: Ich möchte nicht dafür plädieren, daß wir das Thema „Leibesübungen und Sport" behandeln, aber anknüpfen an das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Sie haben vom Humanismus gesprochen und erklärt, in dem Kampf gegen die kommunistische Gefahr müßten wir den Materialismus bekämpfen, indem wir im Prinzip ... (*Adenauer:* Das habe ich nun wieder nicht gesagt!) Dann folgen Sie mir bitte einmal in dem Gedankengang, Herr Bundeskanzler. Gerade auf dem Gebiete des Sports und der Leibesübung ist das entscheidende Problem, daß wir vom Materialismus dieser Zeit wegkommen und in einem humanistischen Sinn zu einem anderen Verständnis für die Leib-Seele-Geist-Beziehung kommen. Das ist die eigentliche innere Beziehung zu dem, was man will, ohne daß ich Stellung dazu nehme.

Adenauer: Bei den alten Griechen war z. B. die Gymnastik eine Kultur. Im heutigen Deutschland ist das nicht mehr der Fall. (*Schmidt:* Vielleicht!) Herr Schmidt! Lassen wir die Deutschen lieber zunächst einmal richtig schreiben und lesen lernen! (*Schmidt:* Dagegen habe ich nichts!) Man muß sich einmal damit beschäftigen, wieviel höher die französischen Schulen stehen als die deutschen. (*Schmidt:* Da würde ich Ihnen zustimmen!)

Heck: Ich muß einiges in Erinnerung rufen. Wir können auf dem nächsten Kulturkongreß nicht das gleiche Thema behandeln, was wir auf dem letzten Kulturkongreß behandelt haben. Auf dem letzten Kulturkongreß in Gelsenkirchen ist über das Thema „Staat und Kultur" in extenso und über das allgemeinbildende Schulwesen diskutiert worden. Das können wir nicht wiederholen. Wir haben uns überlegt, daß wir im Rahmen unseres Bildungs- und Ausbildungswesens noch Teile behandeln müssen, weil wir künftig zum großen Teil auf die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Bürger angewiesen sein werden. Dieser Teil umfaßt die Berufsbildung, die Berufsausbildung und die Berufsweiterbildung. Die zweite Frage betrifft den Sport und die Leibesübungen.

Ich verstehe den Einwand, daß man angesichts des Sports die Frage stellt, was hat das mit Kultur zu tun, aber auf der anderen Seite möchte ich sagen, daß natürlich die degenerierte und entartete Form der Leibeskultur kein Beweis dafür ist, daß Leibeskultur nicht zur Kultur gehört. Ich meine, das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir gerade heute besonders berücksichtigen müssen bei der Verkürzung der Arbeitszeit und der Ausdehnung des Wochenendes. Es kommt vor allem auf die vernünftige Gestaltung der Freizeit an.

Ich bin der Meinung, daß es sich um ein sehr wichtiges Problem der Kultur handelt. Wenn in unseren Schulen die Kinder nicht zur Leibes- und Körperkultur

erzogen werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß der Sportbetrieb in der Gesellschaft kulturlos geworden ist. Deshalb meinten wir, daß es sich hierbei um ein Thema handelt, das dringend behandelt werden sollte. Wir wollten das, was die Bildungsschichten angeht, eigentlich erst auf dem Kulturkongreß im Jahre 1964 – also zeitlich nahe bei den nächsten Bundestagswahlen – behandeln.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, wir schließen jetzt die Diskussion und kommen darauf zurück. Herr Heck ist so freundlich und überlegt einmal das, was wir hier gehört haben.

Und nun sollten wir uns nach diesem langen Durchhalten alle gegenseitig bedanken dafür, daß wir hier eine gute Arbeit den ganzen Tag über geleistet haben. Damit darf ich die Sitzung schließen.

6

Dortmund, Samstag 2. Juni 1962

Sprecher: Adenauer, Benda, [Blumenfeld], Frau Brauksiepe, Dichtel, Dufhues, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, [Kraske], Krone, [Lücke], Meyers, Röder, [Scheufelen], [Schmidt], Schröder, Süsterhenn.

Ablauf des Bundesparteitages. Wahlen und Satzungsänderungen. Verschiedenes.

Beginn: 16.30 Uhr *Ende: 17.50 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben heute nur kurz Zeit. Deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, daß Herr Kollege Dufhues zum Punkt 1 der Tagesordnung referiert.

Ablauf des Bundesparteitages

Dufhues: Meine Damen und Herren! *(In diesem Moment entsteht ein heftiger Lärm draußen.)* Der Bundesparteitag beginnt mit einem Krach! *(Heiterkeit.)* Als Punkt 1 der Tagesordnung finden Sie „Ablauf des Bundesparteitages". Ich kann es mir sicherlich ersparen, noch einmal einen zusammenfassenden Bericht über die